

StaWi

STATISTIK HESSEN

Staat und Wirtschaft in Hessen

69. Jahrgang 8/9|2014

Die Lage der hessischen Wirtschaft im Frühjahr 2014

Alterssicherung und die Entwicklung in Europa

Daten zur Wirtschaftslage

Impressum

ISSN 0344 – 5550 (Print)
ISSN 1616 – 9867 (Digital)

Copyright:
Hessisches Statistisches
Landesamt, Wiesbaden, 2014

Vervielfältigung und Verbreitung, auch
auszugsweise, mit Quellenangabe
gestattet.

Herausgeber:
Hessisches Statistisches Landesamt,
Wiesbaden, Rheinstraße 35/37
Telefon: 0611 3802-0,
Telefax: 0611 3802-890
E-Mail: vertrieb@statistik.hessen.de
Internet: www.statistik-hessen.de

Schriftleitung:
Siegfried Bayer, Rheinstraße 35/37,
Wiesbaden, Telefon: 0611 3802-804

Haus-/Lieferanschrift:
Hessisches Statistisches Landesamt,
Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden

Postanschrift:
Hessisches Statistisches Landesamt,
65175 Wiesbaden

Bezugspreis:
Print: Einzelheft 6,50 Euro
(Doppelheft 13,00 Euro),
Jahresabonnement 66,30 Euro
(jew. inkl. Versandkosten)
PDF-Datei als kostenloser Download im Internet.

Gesamtherstellung:
Hessisches Statistisches Landesamt

Auskünfte und Informationen
aus allen Bereichen der hessischen
Landesstatistik erteilt die zentrale
Informationsstelle:
Telefon: 0611 3802-802 oder -807,
E-Mail: info@statistik.hessen.de

[GESUNDES unternehmen]



Zeichenerklärung

- = genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung eingetreten.
- 0 = Zahlenwert ungleich Null, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit.
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.
- ... = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.
- () = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch unsicher ist.
- / = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll (oder bei Veränderungsraten ist die Ausgangszahl kleiner als 100).

D = Durchschnitt.

s = geschätzte Zahl.

p = vorläufige Zahl.

r = berichtigte Zahl.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind nur negative Veränderungsraten und Salden mit einem Vorzeichen versehen.

Positive Veränderungsraten und Salden sind ohne Vorzeichen.

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden.

Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.

Editorial



Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Ausgabe von ***Staat und Wirtschaft in Hessen*** überprüft das Hessische Statistische Landesamt seine Anfang Dezember 2013 veröffentlichte „Konjunkturprognose Hessen 2014“ auf Basis der vorläufigen Daten für 2013, der ersten Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für 2014 und der Beurteilungen wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute. Im Ergebnis wird das Bruttoinlandsprodukt – wie prognostiziert – in diesem Jahr voraussichtlich um 1,9 % steigen.

Unser externer Beitrag befasst sich mit der Alterssicherung in Europa. Es werden die infolge der Schulden- und Finanzkrise ergriffenen Maßnahmen zur Alterssicherung beleuchtet und der Einfluss Europas auf die sozialen Sicherungssysteme der Mitgliedstaaten erörtert. Der Artikel stellt die Notwendigkeit einer gesetzlichen Solidarität für die soziale Sicherheit im Alter heraus – dies vor dem Hintergrund, dass das Alter in der Grundrechte-Charta der EU bereits als soziales Risiko anerkannt ist und die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, diesem Risiko zu begegnen.

Der Quartalsbericht „Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung“ bescheinigt der hessischen Wirtschaft für das zweite Quartal eine positive Entwicklung: Die Umsätze und die Auftragseingänge der hessischen Industrie erreichten zwar nicht das Vorjahresniveau, aber im Bauhauptgewerbe und im Einzelhandel stiegen die Umsätze, die Zahl der genehmigten Mehrfamilienhäuser nahm zu, der Arbeitsmarkt verzeichnete einen weiteren Beschäftigungsaufbau und die Inflation blieb stabil.

Ich wünsche eine interessante Lektüre.

Ihre

Dr. Christel Figgner

Präsidentin des Hessischen Statistischen Landesamts

Ganz kurz	219	
Gesamtwirtschaft	221	
Die Lage der hessischen Wirtschaft im Frühjahr 2014. Konjunktur in Hessen zieht an. Von <i>Dr. Frank Padberg</i>	221	
Sozialleistungen	231	
Alterssicherung und die Entwicklung in Europa. Bericht über die Jahrestagung des Forschungs-Netzwerkes Alterssicherung (FNA) 2014. Von <i>Dr. Bernd Eggen</i>	231	
Daten zur Wirtschaftslage	241	
	Hessischer Zahlenspiegel	255
© Andreas F. - Fotolia.com	Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Erwerbstätigkeit	255
	Soziales, Landwirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung	256
	Handwerk, Baugewerbe, Baugenehmigungen, Großhandel	257
	Einzelhandel, Gastgewerbe, Außenhandel	258
	Tourismus, Verkehr	259
	Geld und Kredit, Gewerbeanzeigen, Preise, Steuern	260
	Verdienste	261
	Buchbesprechungen	264



© pressmaster - Fotolia.com

Ganz kurz

Bevölkerungszahl in Hessen 2013 auf 6,045 Mill. gestiegen – mehr Zuwanderungen aus dem Ausland

Im Jahr 2013 stieg die Bevölkerungszahl in Hessen um 29 000 oder 0,5 % auf gut 6,045 Mill. Die Bevölkerungszunahme fiel geringfügig höher aus als im Vorjahr (2012: + 22 700 bzw. + 0,4 %). Maßgeblich für den Bevölkerungszuwachs waren weiter gestiegene Zuwanderungen aus dem Ausland (40 100), überwiegend aus der Europäischen Union (28 800). Per Saldo zogen die meisten Menschen aus Polen (7000), Rumänien (4600), Italien (3500) und Spanien (3100) zu. Die Bilanz aus Geburten und Sterbefällen schlug mit einem gestiegenen Geburtendefizit von 11 700 weniger Geborenen als Gestorbenen zu Buche. Auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise verlief die Bevölkerungsentwicklung im Jahr 2013 wieder recht unterschiedlich. In den kreisfreien Städten sowie in 13 der 21 hessischen Landkreise nahm die Bevölkerungszahl zwischen 0,04 % (Landkreis Limburg-Weilburg) und 1,97 % (Frankfurt am Main) zu; in 5 nordhessischen Landkreisen sowie im Vogelsbergkreis, im Odenwaldkreis und im Lahn-Dill-Kreis ging die Bevölkerungszahl um 0,31 % (Lahn-Dill-Kreis) bis 0,55 % (Werra-Meißner-Kreis) zurück. Die absolute Zahl der Einwohner wuchs in den kreisfreien Städten Frankfurt am Main (+ 13 575), Offenbach am Main (+ 2258) und Darmstadt (+ 1818) am stärksten. Die höchsten absoluten Verluste verbuchten der Landkreis Kassel (- 854), der Schwalm-Eder-Kreis (- 850) und der Lahn-Dill-Kreis (- 779).

Aufenthalt im Krankenhaus so kurz wie noch nie

Vollstationär in hessischen Krankenhäusern aufgenommene Patientinnen und Patienten wurden im Jahr 2013 bereits nach durchschnittlich 7,6 Tagen wieder entlassen. Die Verweildauer war damit so kurz wie noch nie: Seit dem Beginn der Krankenhausstatistik im Jahr 1990 ist diese Zeitspanne stetig gesunken; damals dauerte ein

Krankenhausaufenthalt im Durchschnitt noch etwas über 13 Tage. Im Jahr 2013 wurden in den 172 hessischen Krankenhäusern 1,33 Mill. Patientinnen und Patienten vollstationär behandelt, 12 700 mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Behandlungstage ging im Vergleich zum Vorjahr geringfügig um 15 500 auf rund 10,16 Mill. zurück. Für die Versorgung der Bevölkerung standen im Jahr 2013 in Hessens Krankenhäusern insgesamt 36 160 aufgestellte Betten zur Verfügung (2012: 36 230). Die Bettenauslastung lag mit 77 % geringfügig über dem Niveau des Vorjahres (76,8 %). Mit gut 86 % lag diese Quote im Jahr 1990 noch um 9 Prozentpunkte höher.

Fast 65 000 BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger in Hessen

In Hessen erhielten im Jahr 2013 insgesamt 64 800 Personen Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Die Zahl



© MH - Fotolia.com

der BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger blieb damit im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Mehr als drei Viertel bzw. 49 800 waren Studierende an einer hessischen Hochschule. Weiterhin besuchten 15 000 Geförderte eine allgemeinbildende oder berufliche Schule. Eine Vollförderung und damit den maximalen Förderbetrag erhielten 47 % der BAföG-Empfängerin-

nen und -Empfänger. Die maximale Förderhöhe oder der Bedarfssatz ist abhängig von der Ausbildungsstätte und der Art der Unterbringung. Eine Teilförderung erhielten knapp 53 %, da Einkommen und Vermögen der Geförderten oder deren Eltern bestimmte Grenzen überstiegen. Durchschnittlich erhielten eine geförderte Schülerin oder ein geförderter Schüler monatlich 408 Euro; bei Studierenden lag dieser Wert bei 453 Euro. Bei den Eltern wohnte knapp ein Drittel der BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger. Im Jahr 2013 wurden für die Förderung nach dem BAföG von Bund und Land über 225 Mill. Euro und damit etwa 900 000 Euro weniger ausgegeben als im Jahr 2012. Fast 138 Mill. Euro wurden als Zuschuss und gut 87 Mill. Euro als Darlehen gewährt.

Hessischer Tourismus – mehr Gäste im ersten Halbjahr 2014

Die hessischen Beherbergungsbetriebe mit 10 oder mehr Betten und die Campingplätze mit mindestens 10 Stellplätzen empfingen von Januar bis Juni 2014 rund 6,4 Mill. Gäste. Die Zahl der Gästeankünfte lag damit um 2,5 % über dem Niveau der ersten 6 Monate 2013. 4,9 Mill. Gäste stammten aus Deutschland und knapp 1,6 Mill. aus dem Ausland. Dies waren 3,1 % mehr Inlandsgäste und 0,7 % mehr Auslandsgäste. Auch bei den Übernachtungen war von Januar bis Juni 2014 ein Anstieg im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zu verzeichnen. Diese legten um 2,4 % auf rund 14,6 Mill. zu. Die Zahl der Übernachtungen der inländischen Gäste, die fast vier Fünftel aller Übernachtungen ausmachte, war von Januar bis Juni 2014 mit rund 11,5 Mill. um 2,3 % höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Übernachtungen von Auslandsgästen erhöhte sich im Beobachtungszeitraum um 2,7 % auf knapp 3,1 Mill.

9 von 10 Auszubildenden bestehen ihre Kammerprüfung

Im Jahr 2013 nahmen 33 600 junge Frauen und Männer zum Abschluss ihrer betrieblichen Ausbildung an der Kammerprüfung (Gesellenprüfung) teil; deren Zahl lag um 870 oder 2,5 % unter der des Vorjahres. Bestanden wurden 29 800 Abschlussprüfungen; damit lag die Erfolgsquote

wie in den Vorjahren bei 89 %. Etwa 3070 oder 9,1 % der Prüfungen wurden von Auszubildenden abgelegt, die zum wiederholten Male an der Abschlussprüfung teilnahmen. Ferner wurden über 4200 Auszubildende aufgrund guter Leistungen oder einer entsprechenden schulischen Vorbildung vorzeitig zur Prüfung zugelassen; das entsprach einem Anteil von 12,6 % an allen Prüfungsteilnehmern. Mit 19 400 wurden fast zwei Drittel der erfolgreichen Abschlussprüfungen von den Industrie- und Handelskammern abgenommen. Die Handwerkskammern meldeten 6410 frischgebackene Gesellinnen und Gesellen; das entsprach einem Anteil von knapp 22 %. Mit 2270 wurden 7,6 % der erfolgreichen Abschlussprüfungen von Auszubildenden des Ausbildungsbereichs „Freie Berufe“ abgelegt. Zu den zuständigen Stellen dieses Bereiches zählen u. a. die Ärzte-, Rechtsanwalts- und Steuerberaterkammern. Die zuständigen Stellen für die Berufe des Öffentlichen Dienstes meldeten 1150 (3,9 %) und diejenigen für die Berufe der Landwirtschaft 560 (1,9 %) bestandene Abschlussprüfungen.

Hessischer Straßenverkehr – Zahl der getöteten Personen im Juni 2014 rückläufig

Im Juni 2014 gab es auf hessischen Straßen 1937 Unfälle mit Personenschaden. Dies waren im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat 46 Unfälle weniger und entsprach einem Rückgang von 2,3 %. Von den dabei insgesamt 2537 Verunglückten sind 13 gestorben, 472 Personen wurden schwer und 2052 Personen leicht verletzt. Es starben somit im Juni 2014 9 Personen weniger bei Straßenverkehrsunfällen als im Juni 2013. Von Januar bis Juni 2014 gab es in Hessen 10 252 Unfälle mit Personenschaden. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum nahm die Zahl der Unfälle um 10,9 % zu. Bis Juni 2014 verunglückten 13 667 Personen, 1123 mehr als von Januar bis Juni 2013. Insgesamt starben in den ersten 6 Monaten 2014 im hessischen Straßenverkehr 101 Personen, 2356 Personen wurden schwer und 11 210 Personen leicht verletzt. Die Zahl der Getöteten war um 4 niedriger als von Januar bis Juni 2013 (- 3,8 %).

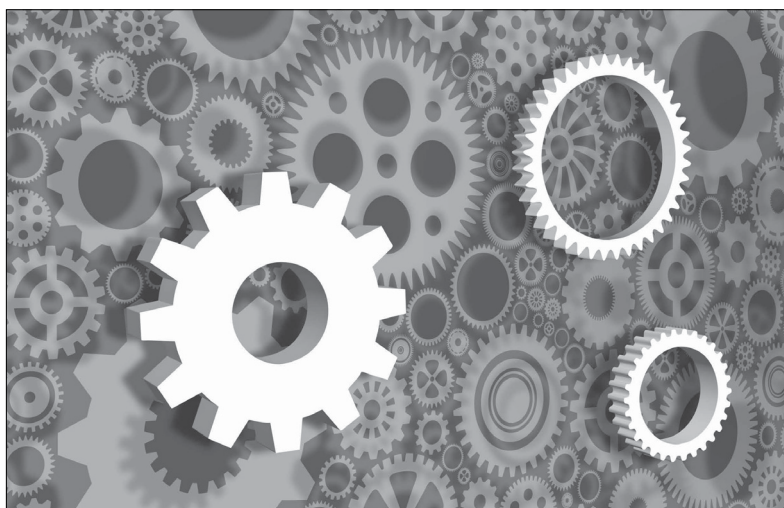
Die Lage der hessischen Wirtschaft im Frühjahr 2014

Konjunktur in Hessen zieht an

In Deutschland setzte sich der moderate Aufschwung des Jahres 2013 auch im Frühjahr 2014 fort. Das Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr voraussichtlich um 1,9 % steigen. Treibende Kraft ist die Binnennachfrage. Aber auch die weltwirtschaftliche Nachfrage expandierte in den ersten Monaten des Jahres 2014 im Gefolge der globalen Produktion kräftig. Die Impulse kamen insbesondere aus den fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Von der Rezession erholt zeigten sich vor allem die USA und der Euroraum. Unter der Annahme, dass sich die Entwicklung der Kapitalmärkte in den Schwellenländern weiter stabilisiert und der russisch-ukrainische Konflikt nicht eskaliert, dürfte sich die gesamtwirtschaftliche Produktion im Verlauf des Jahres 2014 weiter beschleunigen. Vor diesem Hintergrund überprüft das Hessische Statistische Landesamt (HSL) auf Basis der vorläufigen Daten für 2013 sowie der ersten Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Hessen für das erste Quartal des Jahres 2014 und der revidierten Beurteilung der Wirtschaftslage durch die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute (Frühjahrgutachten)¹⁾ seine „Konjunkturprognose Hessen 2014“ für das laufende Jahr²⁾. Diese Überprüfung findet regelmäßig ein halbes Jahr nach der Veröffentlichung der „Konjunkturprognose Hessen“ statt. Detaillierte Informationen über die weitere Entwicklung des Jahres 2014 können allerdings erst nach einer differenzierten, tiefgliedrigen Analyse der konjunkturellen Entwicklung auf Ebene aller Wirtschaftszweige (Viersteller) und nach Vorliegen der realen Bruttowertschöpfung für Hessen für die ersten 2 bzw. 3 Quartale 2014 gemacht werden. Hierzu stehen aktuell noch zu wenig zeitnahe Indikatoren zur Verfügung. Die Ergebnisse dieser Auswertung werden gegen Ende des Jahres als gesonderte Publikation „Konjunkturprognose Hessen 2015“ vorgelegt. **Von Dr. Frank Padberg**

Vorbemerkung

Mit der „Konjunkturprognose Hessen 2014“ gab das HSL in Zusammenarbeit mit der IHK Arbeitsgemeinschaft Hessen und der Arbeitsgemeinschaft der hessischen Handwerkskammern Ende 2013 für Hessen eine Analyse und Prognose der **gesamtwirtschaftlichen konjunkturellen Entwicklung** in tiefer wirtschaftlicher Gliederung heraus. Zielsetzung der Arbeit war die Berechnung und **Schätzung** des Wirtschaftswachstums für das Jahr **2013** und eine **Prognose** der konjunkturellen Entwicklung für das Jahr **2014**. Ergänzt wurde diese durch eine Arbeitsmarktanalyse und -prognose der Bundesagentur für Arbeit (BA Hessen) und des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB Hessen). Ausgangsbasis für die Einschätzung der gesamtkonjunkturellen Entwicklung in **Deutschland** bildete das Herbstgutachten 2013. Hierin gingen die führenden wirtschaftswissenschaftlichen Institute für



© RVNW - Fotolia.com

1) Vgl. Projektgruppe „Gemeinschaftsdiagnose“: Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2014: Deutsche Konjunktur im Aufschwung – aber Gegenwind von der Wirtschaftspolitik.

2) Die Studie „Konjunkturprognose Hessen 2014“ wurde in Zusammenarbeit mit der IHK Arbeitsgemeinschaft Hessen und der Arbeitsgemeinschaft der hessischen Handwerkskammern Ende 2013 erstellt. Die Printversion kann zum Preis von 10,00 Euro inkl. Versandkosten vom Hessischen Statistischen Landesamt, Vertriebsstelle, 65175 Wiesbaden, bezogen werden. Die Onlineversion steht kostenfrei als Download zur Verfügung.

**Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) 2013 bis 2015
nach ausgewählten Wirtschaftsräumen
(Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr in %)**

Wirtschaftsraum	2013	2014 (s)	2015 (p)
Fortgeschrittene Volkswirtschaften ¹⁾	1,2	2,1	2,3
darunter			
USA	1,9	2,7	3,0
Japan	1,5	1,5	1,3
Eurozone	-0,4	1,1	1,5
davon			
Deutschland	0,4	1,9	2,0
Frankreich	0,2	0,9	1,2
Italien	-1,9	0,5	0,9
Spanien	-1,2	0,8	1,3
Niederlande	-0,8	1,2	1,5
Belgien	0,2	1,4	1,7
Österreich	0,4	1,7	1,9
Griechenland	-3,8	-0,7	1,2
Finnland	-1,4	0,0	1,4
Irland	-0,3	0,2	2,2
Portugal	-1,4	1,3	1,5
Slowakei	0,9	1,9	2,7
Slowenien	-1,1	1,5	1,0
Luxemburg	2,0	1,8	1,7
EU 28	0,1	1,5	1,7
darunter			
Großbritannien	1,7	2,6	2,3
Schweden	1,5	2,2	2,6
Dänemark	0,4	1,3	1,9
MOE-Länder ²⁾	1,2	2,2	2,6
Schwellenländer zusammen ³⁾	4,9	4,9	5,1
darunter			
Russland	1,3	0,5	2,0
Ostasien	4,2	4,5	4,8
China	7,7	7,5	7,4
Lateinamerika ⁴⁾	2,1	2,5	2,8
Insgesamt	2,3	2,9	3,1

(s) Schätzung. – (p) Prognose.

1) EU28, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur. – 2) Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Slowenien, Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Litauen, Lettland, Estland. –

3) Gewichteter Durchschnitt aus: Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika. – 4) Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Kolumbien, Venezuela, Chile.

Quellen: OECD, IWF, Eurostat, Berechnungen und Prognosen Wirtschaftsforschungsinstitute.

Deutschland von einem Anstieg der realen Brutto-wertschöpfung für das Jahr 2013 um **0,4 %** gegenüber dem Vorjahr und einem Wachstum von **1,8 %** für das Jahr 2014 aus. Auf dieser Basis wurde vom HSL für **Hessen** für das Jahr 2013 eine Zunahme des Wirtschaftswachstums von **0,8 %** gegenüber dem Vorjahr geschätzt und ein leicht stärkeres Wachstum wie im Bund von **1,9 %** für das Jahr 2014 prognostiziert. Seit dem Herbst 2013 wurden neben der Berechnung der Quartale auch die bisher veröffentlichten Ergebnisse für das Jahr 2013 überarbeitet³⁾. Demnach erhöhte sich die Wertschöpfung in Hessen – wie in der Prognose vorausgesagt – etwas stärker als in Deutschland. Das Jahresergebnis für 2013 lag mit einem Anstieg um 0,9 % sogar nochmal etwas über dem geschätzten Niveau (+ 0,8 %).

Weltwirtschaftliche Entwicklung 2014

Zu Beginn des Jahres 2014 expandierte die Weltproduktion spürbar. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften konnte die Nachfrage durchweg gesteigert werden, wohingegen die Schwellenländer keine einheitliche konjunkturelle Tendenz erkennen ließen. Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute gehen davon aus, dass sich das Tempo der weltwirtschaftlichen Entwicklung aus dem Jahr 2013 auch im Jahr 2014 fortsetzen wird und rechnen mit einem Anstieg der globalen Produktion um 2,9 %.

Die Konjunktur in den **USA** blieb auch Anfang 2014 robust. Das Bruttoinlandsprodukt stieg allerdings im vierten Quartal 2013 mit 0,6 % weniger stark als in den Vorquartalen. Ursache für die schwächere Dynamik war, dass die Wohnbauinvestitionen und die öffentliche Nachfrage negative Wachstumsbeiträge lieferten. Positive Effekte gingen dagegen vom privaten Konsum und den Investitionen aus. Aufgrund der anziehenden konjunkturellen Entwicklung, dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt deshalb im Jahresdurchschnitt 2014 voraussichtlich um 2,7 % zulegen. Auch die Produktion in der **Eurozone** stieg nach zweijähriger Rezession wieder an. Im letzten Quartal 2013 erhielt die Wirtschaft in der Eurozone bereits kräftige Impulse von der Nachfrageseite. Die private Inlandsnachfrage und die Investitionen zogen ebenfalls wieder an. Die konjunkturelle Erholung dürfte sich im ersten

3) Derartige Revisionen werden routinemäßig durchgeführt, um neu verfügbare statistische Informationen in die Berechnungen einzubeziehen. Die Berechnung des BIP wird damit sukzessive auf eine statistisch immer besser fundierte Datenbasis gestellt. Die für eine „finale“ Berechnung der Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) notwendigen Basisstatistiken liegen vollständig spätestens nach 4 Jahren vor, sodass erst dann die Ergebnisse endgültig sind und nicht mehr regelmäßig revidiert werden müssen.

Halbjahr 2014 weiter fortsetzen. Allerdings ist die Binnenwirtschaft in den europäischen Krisenländern nach wie vor Belastungen, wie z. B. anhaltend hoher Arbeitslosigkeit, ausgesetzt, die sich nur langsam abschwächen. Insgesamt erscheint aber im Jahresdurchschnitt 2014 ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um 1,1 % wahrscheinlich. Nachdem sich die wirtschaftliche Dynamik in **China** im Jahr 2013 wieder belebt hatte, verliert die Konjunktur dort seit Anfang 2014 an Fahrt. Neben Überkapazitäten im baugewerblichen Bereich läuft auch der industrielle Sektor schlechter. Die politisch initiierte Ausweitung der Anlageninvestitionen dürfte das Wachstum aber stabilisieren. Für das Jahr 2014 wird ein Zuwachs von 7,5 % erwartet. In **Japan** gab es dämpfende Effekte, die vor allem von der Außenwirtschaft ausgingen. Die private Konsumnachfrage fiel deutlich schwächer aus als erwartet und den privaten Investitionen fehlt es immer noch an Kraft. Im Jahr 2014 dürfte sich die moderate konjunkturelle Entwicklung fortsetzen und das reale Bruttoinlandsprodukts um 1,5 % wachsen.

Konjunkturelle Entwicklung in Deutschland

Die deutsche Wirtschaft war im Frühjahr 2014 weiter auf Wachstumskurs. Die Produktion stieg und dürfte im Verlauf des Jahres 2014 weiterhin zunehmen. Treibende Kraft ist die Binnennachfrage. Sowohl die Wohnungsbauinvestitionen als auch die Unternehmensinvestitionen werden durch die anhaltend niedrigen Zinsen ange-regt. Der größte Beitrag wird aus dem privaten Konsum gespeist, der durch eine beschleunigte Zunahme der verfügbaren Einkommen und den weiteren Aufbau von Arbeitsplätzen gestützt wird.

Die Stabilisierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die außerordentlich guten Finanzierungsbedingungen der Unternehmen sowie die wieder zunehmende Kapazitätsauslastung verbreiten Zuversicht. Der **ifo-Geschäftsklimaindex** für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands ist allerdings nach einem positiven Jahresverlauf im Juni leicht auf 109,7 Punkte zurückgegangen (110,4 im Vormonat). Die aktuelle Geschäftslage wurde unverändert gut bewertet. Jedoch ließ der Optimismus mit Blick auf den zukünftigen

Geschäftsverlauf nach. Die deutsche Wirtschaft befürchtet offensichtlich Auswirkungen der Krisen in der Ukraine und im Irak. Im Verarbeitenden Gewerbe gab der Geschäftsklimaindex deutlich nach. Die Industrieunternehmen bewerteten ihre aktuelle Lage weniger gut als im Mai. Die Erwartungen fielen sogar auf den niedrigsten Stand seit mehr als einem halben Jahr. Dagegen verbesserte sich das Geschäftsklima im Großhandel. Die Beurteilung der aktuellen Lage fiel hier deutlich günstiger aus. Allerdings blickten die Großhändler nicht mehr ganz so optimistisch in die Zukunft. Im Einzelhandel hellte sich das Geschäftsklima ebenfalls merklich auf. Die Beurteilung der aktuellen Lage stieg auf den höchsten Wert seit mehr als 2 Jahren. Auch der Ausblick



auf den weiteren Geschäftsverlauf verbesserte sich. Im Bauhauptgewerbe stieg der Geschäftsklimaindex nach 4 Rückgängen in Folge wieder leicht.

Vom Außenbeitrag gehen nur schwache Impulse aus. So nahmen im Jahr 2013 sowohl die **Exporte** als auch die **Importe** mit 0,8 bzw. 0,9 % vergleichsweise verhalten zu. Anfang 2014 dürften die Importe mit 2,0 % deutlich stärker gewachsen sein als die Exporte. Getragen werden die Importe insbesondere von der kräftigen Expansion der Ausrüstungsinvestitionen. Parallel dazu erhöht der Anstieg der Exporte den Bedarf an Vorleistungsgütern und stimuliert damit die Einfuhren. Für das Jahr 2014 rechnen die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute mit einem Anstieg der Importe um 6,1 %. Da die preisliche Wettbewerbsfähigkeit dämpfend wirkt, dürften die Ex-

porte im Jahr 2014 mit einem Zuwachs um 5,9 % aber leicht unter den Einfuhren liegen.

Die **Investitionen** haben seit Mitte 2013 wieder angezogen. Insbesondere durch die Stabilisierung auf den europäischen Absatzmärkten wuchsen die Ausrüstungsinvestitionen im zweiten Halbjahr 2013 um 1,0 %. Die positive Entwicklung der Aufträge bei den Investitionsgüterproduzenten lässt darauf schließen, dass



© Art Allianz - Fotolia.com

die Ausrüstungsinvestitionen in den nächsten Monaten weiter an Dynamik gewinnen und im Jahr 2014 voraussichtlich um 5,6 % zulegen werden. Auch die Bauinvestitionen dürften mit 4,3 % deutlich stärker als 2013 (+ 0,1 %) steigen.

Die **Verbraucherpreise** stiegen in den vergangenen Monaten nur geringfügig. Im ersten Quartal 2014 stieg der Verbraucherpreisindex im Vergleich zum Vorquartal um 1,1 %. Inflationsdämpfend wirkte sich vor allem der Rückgang der Energiepreise aus. In den nächsten Monaten zeichnet sich aber ein etwas beschleunigter Anstieg der Verbraucherpreise ab. Für 2014 erwarten die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute im Jahresdurchschnitt eine Inflationsrate von 1,3 %.

Die Lage auf dem **Arbeitsmarkt** dürfte sich auch weiterhin robust entwickeln. Die Beschäftigung zieht seit dem Herbst 2013 leicht an, und die Zahl der Arbeitslosen sank leicht. Im Verlauf des Jahres 2014 dürfte sich der Beschäftigungsaufbau fortsetzen, wenngleich nicht mehr so dynamisch wie in den vorangegangenen Monaten. Im Durchschnitt des Jahres 2014 werden voraus-

sichtlich etwa 310 000 bzw. 0,7 % mehr Personen erwerbstätig sein als noch 2013. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen dürfte im Jahr 2014 um 85 000 Personen unter dem Vorjahresstand, die Arbeitslosenquote unverändert bei 6,7 % liegen.

Alles in allem stabilisiert sich der Aufschwung der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2014 weiter. Für den weiteren Jahresverlauf rechnen die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute damit, dass die Konjunktur an Fahrt aufnimmt. Die Gesamtwirtschaft in **Deutschland** wird deshalb im Jahresdurchschnitt 2014 voraussichtlich um 1,9 % wachsen; dies sind 0,1 Prozentpunkte mehr als im Herbst 2013 prognostiziert.

Sektorale Entwicklung in Hessen

Die konjunkturelle Entwicklung in Hessen verlief im Jahr 2013 schwächer als in Deutschland. Nach aktuell verfügbarem Rechenstand hatte sich die Wirtschaft vor allem in den letzten beiden Quartalen 2013 weniger stark als im Bundesdurchschnitt entwickelt. Verantwortlich hierfür war ein schwächeres Abschneiden einzelner Dienstleistungssektoren. Die Stabilisierung von bisher weniger wertschöpfungsstarken Bereichen sowie die allgemeine Belebung der Konjunktur führte im ersten Quartal zu einem Anstieg des BIP und stimmt für die weitere Entwicklung optimistisch. In dieses Bild passt, dass sich die Stimmung deutlich aufgehellt hat. So verbesserte sich das gesamtwirtschaftliche Klima in Hessen in den ersten Monaten des Jahres 2014 weiter. Der **IHK-Geschäftsklimaindex** für Hessen erreichte mit 121 Punkten (+ 5 Zähler) den höchsten Stand seit 2 Jahren. 39 % der Betriebe berichteten von einer guten Geschäftslage (+ 3 Prozentpunkte), nur noch 10 % bezeichneten diese als schlecht (- 2 Prozentpunkte). Zudem sind die hessischen Unternehmen optimistisch, dass die Belebung der Konjunktur in den nächsten Monaten anhält. Der Anteil der Unternehmen, die bessere oder gleichbleibende Geschäfte erwarten, stieg um 2 Prozentpunkte auf 88 %. Stimulierend wirkt auch der weiterhin robuste Arbeitsmarkt, der die privaten Konsumausgaben stützt. Die Prognose vom Herbst 2013, nach der sich die hessische Konjunktur wieder im Aufschwung befindet, hat sich damit als zutreffend erwiesen. Das **hessische BIP** dürfte deshalb im **Jahr 2014** so stark wach-

Bruttowertschöpfung (preisbereinigt) im Baugewerbe 2005 bis 2014
(Kettenindex 2005 = 100)



(s) Schätzung. Rechenstand: 1. Fortschreibung 2014.
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, interne Berechnungen.

sen, wie in der Gemeinschaftsprognose (+ 1,9 %) angenommen.

Die Wirtschaftsleistung im Produzierenden Gewerbe in Hessen war in den ersten Monaten des Jahres 2014 stabil. Sowohl die Industrie als auch das Baugewerbe entwickelten sich positiv. Das **hessische Baugewerbe** wurde durch den milden Winter 2013/14 begünstigt. Im Vorjahr hatten die Temperaturen noch bis in den März 2013 im Minusbereich gelegen und die Bauaktivitäten erschwert. 2014 konnte dagegen eine verhältnismäßig konstante Auslastung des hessischen Bauhauptgewerbes über die Wintermonate erzielt werden. Alle 3 Bereiche des Bauhauptgewerbes, der Wohnungsbau, der gewerbliche und industrielle Bau sowie der öffentliche und Verkehrsbau, konnten ihre Umsätze in den ersten Monaten steigern. Nach wie vor profitiert vor allem der Wohnungsbau von den sehr niedrigen Zinsen und der vergleichsweise robusten Entwicklung der real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Deutlich erholt zeigte sich zu Jahresbeginn auch der Bereich „Öffentlicher und Verkehrsbau“. Alles in allem dürfte sich das Baugewerbe in Hessen im weiteren Verlauf des Jah-

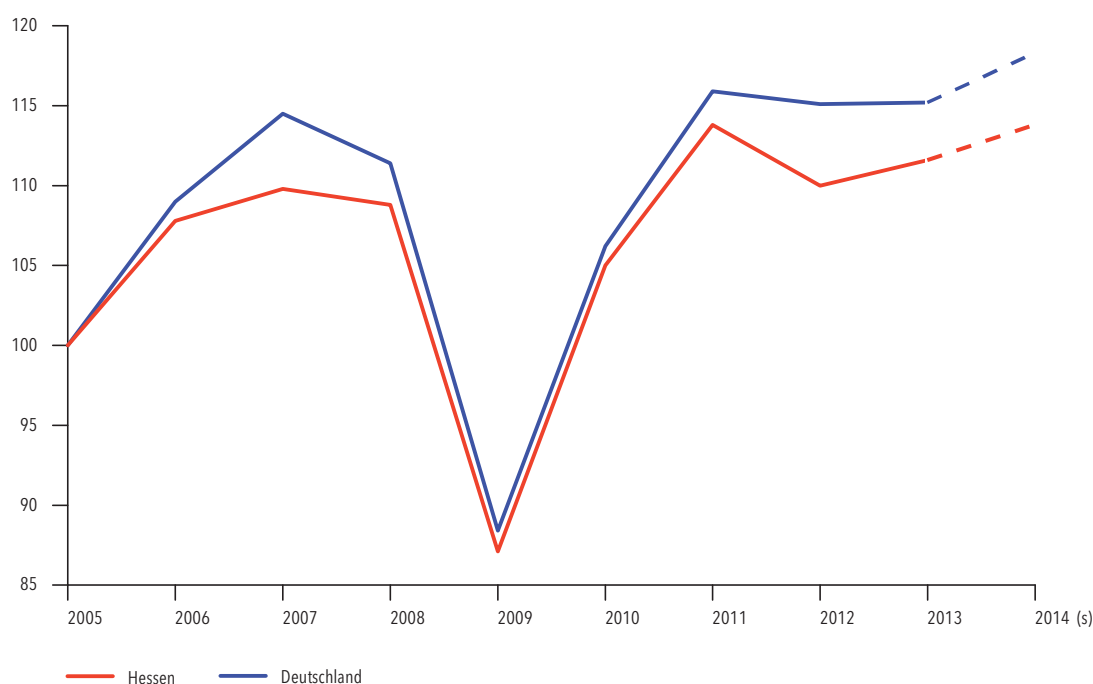
res 2014 wie prognostiziert entwickeln. Bedingt durch den erwartet guten Jahresbeginn wird sich das Wachstum voraussichtlich im Rahmen der Vorgabe der hessischen Gemeinschaftsprognose (+ 3,0 %) bewegen.



© Bogdan Vasilescu - Fotolia.com

Nachdem das **Verarbeitende Gewerbe** im Jahr 2012 – stärker als in der hessischen Gemeinschaftsprognose angenommen – von der nachlassenden weltwirtschaftlichen Nachfrage und der Rezession in Europa betroffen wurde, schwächten sich die negativen Impulse gegen

Bruttowertschöpfung (preisbereinigt) im Verarbeitenden Gewerbe 2005 bis 2014 (Kettenindex 2005 = 100)



(s) Schätzung. Rechenstand: 1. Fortschreibung 2014.
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, interne Berechnungen.

Ende des Jahres 2013 ab. In den ersten Monaten des Jahres 2014 konnte die hessische Industrie sogar wieder an Fahrt aufnehmen. Der Umsatz stieg im ersten Quartal gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal um 5,2 %⁴⁾. Im Durchschnitt der ersten 3 Monate 2014 legte die Nachfrage aus dem Ausland im Vergleich zum ersten Quartal 2013 sogar um 7,0 % und die Binnennachfrage um 2,6 % zu. Das Quartalergebnis fiel für nahezu alle großen Branchen in Hessen positiv aus. Im Durchschnitt verbuchte die Pharmaindustrie mit 24 % den größten Zuwachs an preisbereinigten Auftragseingängen. 6,5 % mehr Neubestellungen kamen aus der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen teilen, 5,2 % aus dem Maschinenbau und 5,0 % aus der Chemischen Industrie. Angesichts der wieder anziehenden Nachfrage nach hessischen Industrieprodukten verbesserte sich auch die Stimmung. Der IHK-Geschäftsklimaindex stieg zu Jahresbeginn um 5 Zähler auf 122 Punkte. Die Zahl der Industrie-Optimisten, die von einer besseren Geschäftslage in den kommenden Monaten ausgingen, zeigte sich um 3 Punkte auf 28 % verbessert. Nur noch 11 % gingen von einer schlechteren Entwicklung aus. Angesichts

des robusten Geschäftsklimas der Unternehmen spricht aus Sicht des HSL einiges für eine stabile Dynamik der Industriekonjunktur. Nach einer Schwächephase im Jahr 2013 dürfte vor allem im zweiten Halbjahr 2013 von einem deutlichen Plus bei der realen Bruttowertschöpfung auszugehen sein. Die Wachstumsrate dürfte im Jahresdurchschnitt voraussichtlich sogar leicht über dem in der Prognose erwarteten Plus von 2,0 % liegen.

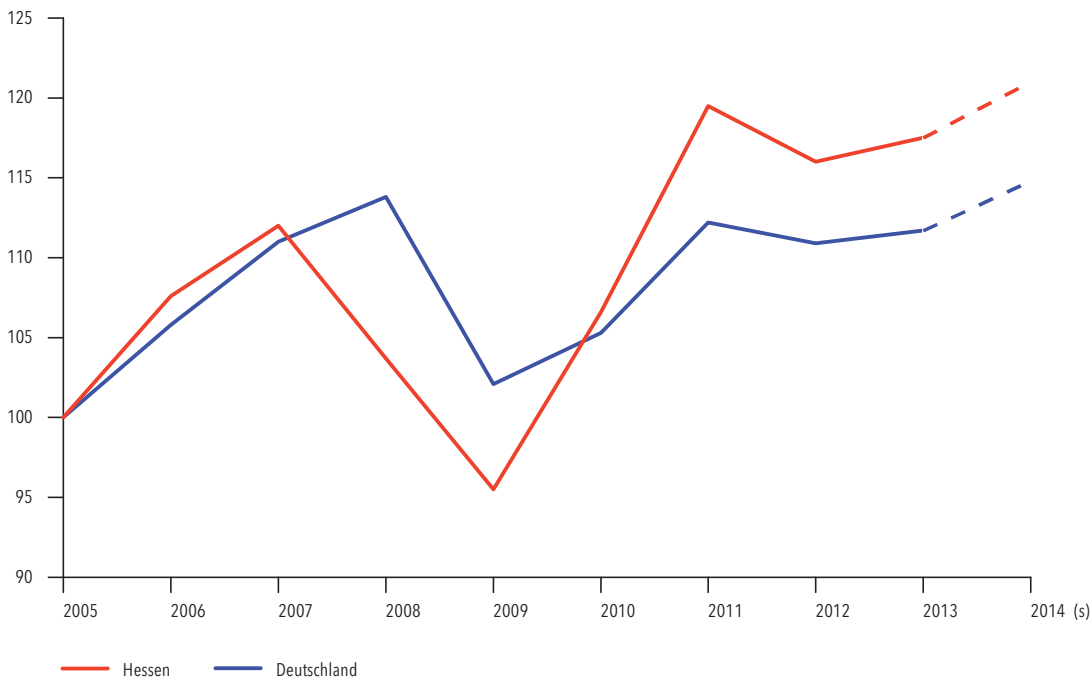
Der **Dienstleistungsbereich** entwickelte sich in Hessen im Jahr 2013 nicht ganz so stark, wie zunächst geschätzt (Gemeinschaftsprognose: + 1,4 %). Mit Blick auf den sich verstärkenden Aufwärtstrend sollte sich die reale Bruttowertschöpfung dieses Sektors im Jahr 2014 aber in etwa im Rahmen der Prognose entwickeln (Gemeinschaftsprognose: + 2,2 %).

Im Jahr 2013 konnten die erwarteten hohen Wertschöpfungsbeiträge im **Handel und Gastgewerbe** aufgrund einer schwachen Entwicklung im zweiten Halbjahr nicht erzielt werden. Obwohl der Wirtschaftsbereich das Jahr 2013 mit einem Dämpfer beendet hat, verbesserte sich das Klima zum Jahresauftakt spürbar. So konnte sich der IHK-Großhandelsindex um 6 Zähler auf 119

4) Bezogen auf Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten.

Bruttowertschöpfung (preisbereinigt) im Bereich „Verkehr und Lagerei“ 2005 bis 2014

(Kettenindex 2005 = 100)



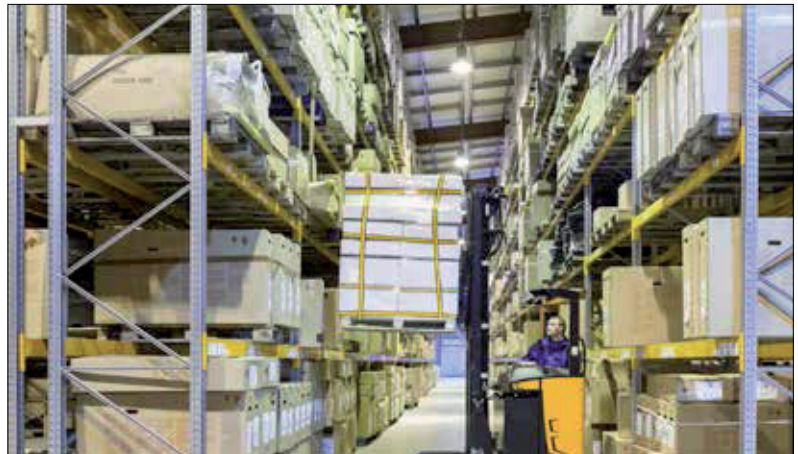
(s) Schätzung. Rechenstand: 1. Fortschreibung 2014.

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, interne Berechnungen.

Punkte verbessern. Vor allem die zukünftigen Geschäftserwartungen der Unternehmen stiegen. Zu Jahresbeginn erwarteten 28 % der Betriebe in den nächsten Monaten bessere Geschäfte. Fast ein Drittel der Einzelhändler beurteilten ihre Geschäftslage positiv. Auch hier fiel der Blick auf die kommenden Monate positiver aus. Immerhin 86 % der Einzelhandelsunternehmen erwarteten bessere oder gleichbleibende Geschäfte. In die gleiche Richtung entwickelt sich das Gastgewerbe. Der Index stieg um 9 Zähler auf 110 Punkte. Ein Fünftel der Betriebe rechnete laut Umfrage mit besseren Geschäften (+ 4,0 Prozentpunkte). Alles in allem dürfte sich das Wachstum des gesamten Wirtschaftsbereichs auch im Jahr 2014 fortsetzen. Die auf Basis der im Herbst 2013 prognostizierte Rate von 2,4 % dürfte mit Blick auf den vergleichsweise guten Start im Frühjahr 2014 erreicht werden.

Der Bereich „**Verkehr und Lagerei**“ hatte seit 2012 – bedingt durch die nachlassende Nachfrage auf den Gütermärkten – an Schwung verloren. Trotz zwischenzeitiger Erholung zu Beginn des Jahres 2013 fiel der Wertschöpfungsbeitrag im Jahresdurchschnitt erwartungsgemäß nur

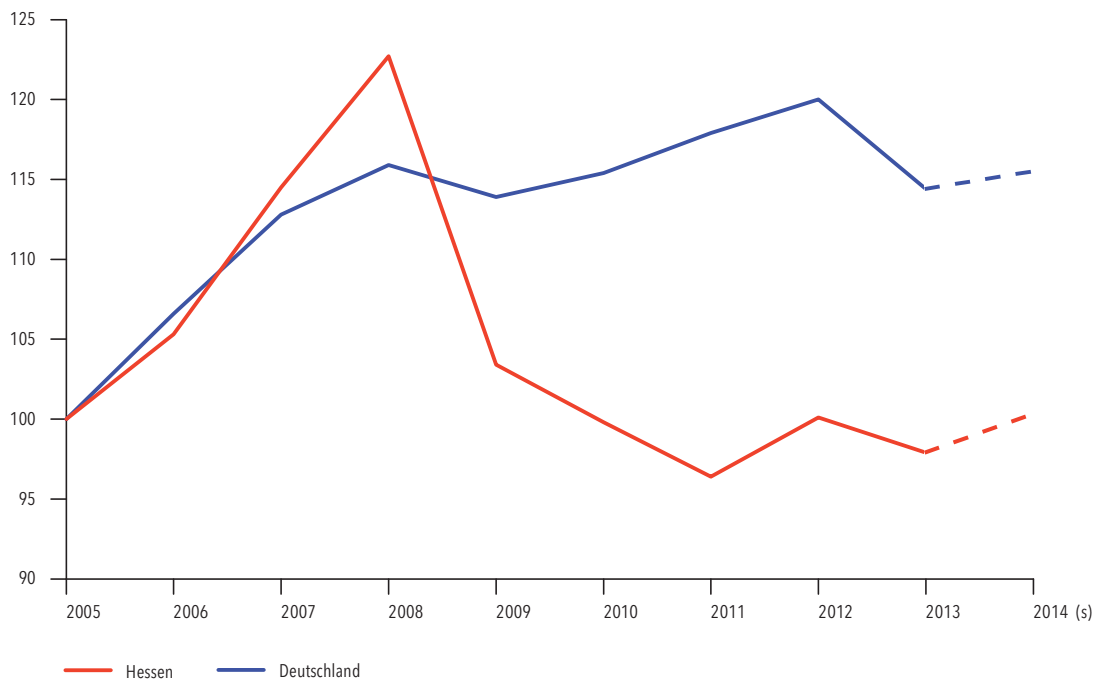
schwach aus. Insbesondere die straßengebundenen Logistikdienstleister und der Luftverkehr blieben hinter ihren langjährigen Wachstumspotenzialen zurück. Bereits zu Beginn des Jahres



© maxoidos - Fotolia.com

2014 setzte dann aber die prognostizierte Belegung ein. Laut IHK-Branchenindex schätzten 90 % der Betriebe zu Jahresbeginn ihre aktuelle Geschäftslage als gut oder befriedigend ein, eine Zunahme um 8 Prozentpunkte. Noch stärker verbessert zeigten sich die Erwartungen der Unternehmen. 87 % rechneten mit besseren oder gleichbleibend guten Geschäften in den kommenden Monaten.

Bruttowertschöpfung (preisbereinigt) im Bereich „Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“ 2005 bis 2014
(Kettenindex 2005 = 100)



(s) Schätzung. Rechenstand: 1. Fortschreibung 2014.
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, interne Berechnungen.

Nach einem schwachen Jahresausklang 2013 und einer starken Belebung im ersten Quartal 2014 dürfte sich der Wirtschaftsbereich – aufgrund der zu erwartenden weiteren Beschleunigung in der zweiten Jahreshälfte – im Jahresdurchschnitt in etwa so dynamisch entwickeln

res 2013 nicht so gut wie zunächst erwartet. Im ersten Halbjahr rutschte der Bereich deutlich ins Minus und konnte erst im letzten Quartal 2013 wieder spürbar zulegen. Der positive Trend setzte sich in den ersten Monaten des Jahres 2014 fort. Parallel dazu stieg die Stimmung. Der IHK-Geschäftsklimaindex kletterte um 3 Zähler auf 123 Punkte. Vor allem die derzeitige Geschäftslage verbesserte sich von ihrem hohen Niveau aus weiter. So berichteten 52 % der Unternehmen von guten Geschäften (+ 8 Prozentpunkte), während die Zukunftsaussichten von der Branche unterschiedlich bewertet wurde. Jeweils 19 % der Unternehmen erwarteten bessere bzw. schlechtere Geschäfte. Mit Blick auf den zu erwartenden Jahresverlauf erscheint die prognostizierte Entwicklung (hessische Gemeinschaftsprognose: + 2,5 %) im Durchschnitt des Jahres 2014 realistisch.



© yanlev - Fotolia.com

wie gegen Ende letzten Jahres angenommen (Gemeinschaftsprognose: + 2,4 %).

Der Bereich „**Finanz- und Versicherungsdienstleistungen**“ entwickelte sich im Verlauf des Jah-

Die konjunkturelle Entwicklung in der Sparte der **Unternehmensdienstleister** blieb 2013 in Hessen (hessische Gemeinschaftsprognose: + 2,8 %) aufgrund eines schwächeren ersten Halbjahres etwas hinter den Erwartungen zurück. Erst das dritte und vierte Quartal führten zu einer

Bruttowertschöpfung (preisbereinigt) im Bereich „Unternehmensdienstleister“ 2005 bis 2014

(Kettenindex 2005 = 100)



(s) Schätzung. Rechenstand: 1. Fortschreibung 2014.

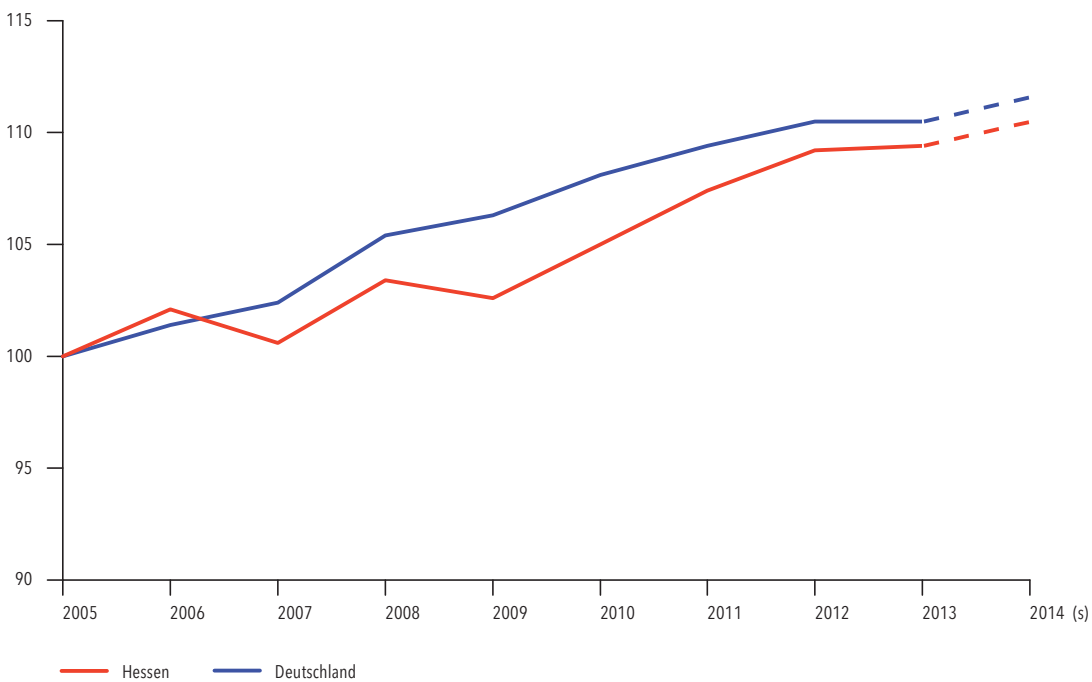
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, interne Berechnungen.

Erholung. Die robuste Verfassung dieser hessischen Branche verbesserte sich in den ersten Monaten des Jahres 2014 nochmals. Die positive Grundstimmung nahm weiter zu, sodass sich der

IHK-Geschäftsklimaindex zu Jahresbeginn um 3 Zähler auf 131 Punkte erhöhte. 48 % der Unternehmen berichteten von guten Geschäften, nur 9 % von schlechten. Insbesondere die wissens-

Bruttowertschöpfung (preisbereinigt) im Bereich „Öffentliche und Private Dienstleister“ 2005 bis 2014

(Kettenindex 2005 = 100)



(s) Schätzung. Rechenstand: 1. Fortschreibung 2014.

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, interne Berechnungen.

intensiven Dienstleistungsbranchen und Unternehmensberatungen erwiesen sich zunehmend als konjunkturelle Stütze. Deshalb dürfte die für das Jahr 2014 prognostizierte Entwicklung (hessische Gemeinschaftsprognose: + 3,3 %) erreicht werden.

Die **Öffentlichen und Privaten Dienstleister** entwickelten sich in Hessen im Jahr 2013 wie in der Gemeinschaftsprognose erwartet. Mit Blick auf die revidierten Daten verlief die Entwicklung damit in etwa so stark wie angenommen, wobei die ersten beiden Quartale stärker und die beiden letzten Quartale schwächer ausfielen als erwartet. Zu Jahresbeginn 2014 setzte sich die in der Prognose unterstellte Entwicklung fort. Vor diesem Hintergrund ist für den gesamten Wirtschaftsbereich auf ein Wachstum von in etwa 1 % zu schließen. Die Wertschöpfung liegt somit voraussichtlich im Bereich des prognostizierten Referenzwerts (hessische Gemeinschaftsprognose: + 1,0 %).

Ausblick

Die Prognose vom Herbst 2014 erwies sich bisher insgesamt – aber auch mit Blick auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche – als weitgehend zutreffend. Die Frühindikatoren und die unterjährige Berechnung der Wertschöpfung belegen, dass sich die Wirtschaft in Hessen in den ersten Mona-

ten des Jahres 2014 weiter aufwärts entwickelte. Für den weiteren Verlauf des Jahres 2014 bleibt das HSL optimistisch. Die derzeitige Aufhellung der Weltkonjunktur dürfte sich wieder zunehmend positiv auf die Exporttätigkeit hessischer Unternehmen auswirken. Flankiert wird dies im späteren Verlauf des Jahres voraussichtlich dadurch, dass die Unternehmen die extrem günstigen Finanzierungsbedingungen zu Investitionen nutzen. Aus diesem Grund rechnet das HSL über den gesamten Jahresverlauf hinweg mit spürbaren Zuwächsen bei der Wirtschaftsleistung. Auch die gute Lage auf dem Arbeitsmarkt und steigende Löhne tragen zu einer verbesserten Entwicklung bei den privaten Konsumausgaben bei und stützen die Konjunktur ebenfalls. Damit deuten sowohl die statistischen Parameter als auch die zuversichtliche Stimmungslage darauf hin, dass die Entwicklung der hessischen Wirtschaft in den kommenden Monaten aufwärtsgerichtet bleiben wird. Sollten sich die revidierten Wachstumserwartungen der Wirtschaftsforschungsinstitute bestätigen (die für Deutschland um 0,1 Prozentpunkte nach oben angepasst wurden), würde die hessische Wirtschaft – wie prognostiziert – um 1,9 % wachsen.

Dr. Frank Padberg; Tel: 0611 3802-822;
E-Mail: frank.padberg@statistik.hessen.de

Alterssicherung und die Entwicklung in Europa^{*)}

Bericht über die Jahrestagung des Forschungsnetzwerkes Alterssicherung (FNA) 2014

Wie viel politischen und rechtlichen Einfluss soll Europa, die Europäische Union auf die sozialen Sicherungssysteme der Nationalstaaten haben? Die Entwicklung der Alterssicherungssysteme vor und während der Finanzkrise zeigt ein Zusammenspiel von nationaler Eigenständigkeit und Kooperation auf europäischer Ebene. Ein Ergebnis ist eine zunehmende Angleichung der Alterssicherungssysteme bei Beibehaltung zentraler Unterschiede. Ein weiteres Ergebnis ist der gestiegene Schutz des Einzelnen durch europäische Gerichte vor Gefährdungen infolge nationalstaatlicher Reformen der Alterssicherungssysteme.
Von Dr. Bernd Eggen

Europa ist auch ein sozialer Auftrag, seine rechtliche Form als Europäische Union ein sozialpolitisches Projekt. Winston Churchill forderte in Zürich am 19. September 1949 die Vereinigten Staaten von Europa, in denen „seine drei- oder vierhundert Millionen Einwohner Glück, Wohlstand und Ehre in unbegrenztem Ausmaße genießen“. Denn „nur auf diese Weise (würden) Hunderte von Millionen sich abmühender Menschen in die Lage versetzt, jene einfachen Freuden und Hoffnungen wiederzuerhalten, die das Leben lebenswert machen“¹⁾. Schon der Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) 1951 enthielt in den Artikeln 2 bis 4 sozialpolitische Forderungen nach Hebung der Lebenshaltung, Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter sowie Schutz der Verbraucher. Auch die in den folgenden Jahrzehnten geschlossenen Gründungsverträge enthalten wirtschaftliche Freiheiten und wirtschaftspolitische Grundsätze, die umfassend für alle Bereiche des Lebens gelten. Gleichzeitig verfügt die Europäische Union (EU) bis heute nur über begrenzte rechtliche und faktische Möglichkeiten zur Ausformung sozialstaatlicher Strukturen. Der soziale Schutz bleibt im Verantwortungsbereich der Staaten. Der Sozialstaat gilt als nationale Errungenschaft und nationale Angelegenheit²⁾. Doch unbestritten



© jorisvo - Fotolia.com

ist, dass spätestens seit dem Vertrag von Lissabon – 2009 in Kraft getreten – und im Zuge dessen mit den sozialen Rechten der Europäischen Grundrechtecharta die politische Gestaltungsmacht der EU in Bezug auf die Sozialpolitik der Mitgliedstaaten erheblich gewachsen ist, ohne

*) Der vorliegende Beitrag ist in der Zeitschrift „Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 6/2014“ erschienen und wird mit freundlicher Genehmigung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg abgedruckt. Für unsere Leser haben wir in den Schaubildern 3 und 4 die baden-württembergischen Vergleichswerte durch die hessischen ersetzt. Der Autor des Aufsatzes, Dr. Bernd Eggen, ist Referent im Referat „Sozialwissenschaftliche Analysen, Familienforschung“ des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

1) www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/Basis/Geschichte/bis1950/Pdf/Churchill_Rede_Zuerich.pdf

2) Beispielsweise sucht man vergeblich im Rentenversicherungsbericht 2013 der Bundesregierung die Worte „Europa“ und „europäisch“.

jedoch die einzelstaatlichen Gepflogenheiten im Kern zu bestimmen³⁾. Der sozialpolitische Einfluss der EU auf ihre Mitgliedstaaten zeigt sich vor allem in einer eigenständigen Antidiskriminierungspolitik, in der Unterstützung besonders bedürftiger Personengruppen und bei der rechtlichen Durchsetzung des gleichen Zugangs zu

Entwicklung in Europa“ und wurde anhand von 3 Punkten behandelt:

- jüngere Entwicklungen der Alterssicherung in Europa,
- Auswirkungen der europäischen Politik auf die deutsche Sozialpolitik,
- Entwicklung von Solidarität in Europa.



© DOC RABE Media - Fotolia.com

Auswirkungen der Finanz- und Schuldenkrise auf die Alterssicherungssysteme

In seinem Überblick über die systematische Rechtsentwicklung der Alterssicherungssysteme in Europa betont Ulrich Becker (Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik) zunächst 2 Sachverhalte. Erstens: Die Reform der Alterssicherungssysteme ist eine Dauerbaustelle. Nicht erst seit der Finanzkrise, sondern schon seit den Neunzigerjahren reformieren die meisten europäischen Staaten laufend ihre gesetzlichen Rentensysteme. Zweitens: In den europäischen Staaten gibt es eine große Anzahl und Vielfalt bei den Alterssicherungssystemen. Grundformen sind die öffentlich-rechtliche, umlagefinanzierte Rentenversicherung, die betriebliche Altersvorsorge und die private Vorsorge. Erst das Zusammenspiel dieser 3 Bestandteile bestimmt das Niveau der Sicherung. Allerdings unterscheiden sich die Mischungsverhältnisse zwischen den einzelnen Vorsorgesystemen von Staat zu Staat erheblich. Gleichzeitig gleichen sich die Systeme zunehmend an als Folge der EU-Mitgliedschaft und der Koordinierung der Staaten⁵⁾.

Sozialleistungen. Die Gerichtsbarkeit der EU kontrolliert die Handlungsspielräume der Mitgliedstaaten in ihren Sozialleistungssystemen. Die Urteile des Gerichtshofes der Europäischen Union (EuGH) reichen mittlerweile weit in das nationale Sozialrecht hinein und stellen unionsrechtliche Anforderungen beispielsweise an Freizügigkeit, Aufenthalt und Zugang zu Sozialleistungen mit rechtlichen und finanziellen Folgen etwa für die einzelstaatlichen Rentenversicherungs- und Grundsicherungssysteme⁴⁾.

Dieser politische und rechtliche Rahmen, ergänzt um die jüngsten Rentenreformen in Deutschland und die weiterhin virulenten weltweiten ökonomischen Krisen, bildete den Hintergrund für die Jahrestagung des Forschungsnetzwerkes Alterssicherung (FNA) Anfang dieses Jahres in Berlin. Das Thema lautete „Alterssicherung und die

Reformen schon vor der Finanzkrise

Umfassende nationale Reformen, schon lange vor der Schulden- und Finanzkrise, weisen trotz unterschiedlicher Hintergründe und Motive gewisse Gemeinsamkeiten auf.

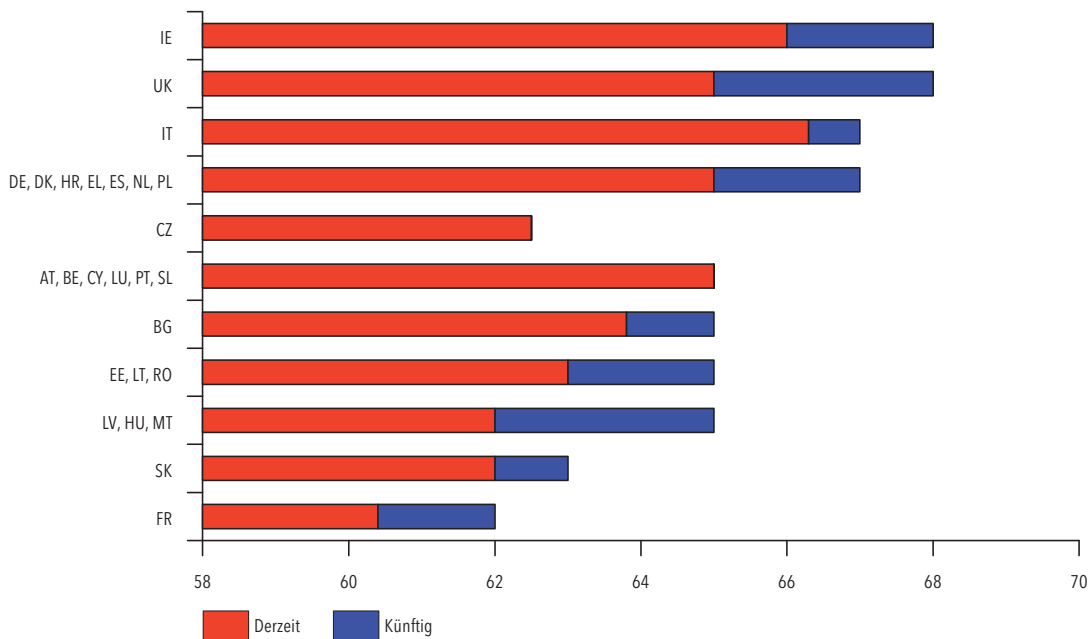
- Die Alterssicherung stützt sich zunehmend auf mehrere Säulen. Der Aufbau und Ausbau betrieblicher und privater Vorsorge soll vor allem Leistungskürzungen in den staatlichen umlagefinanzierten Systemen auffangen.
- Der Bezug zwischen Beiträgen und Leistungen, die sogenannte Beitragsäquivalenz, wurde gestärkt und damit das Versicherungsprinzip. Für die Berechnung der Höhe der

3) Siehe hierzu auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Vertrag von Lissabon, nach dem die sozialpolitischen Entscheidungen primäre Aufgabe der Mitgliedstaaten bleiben und in eigener Verantwortung der Gesetzgebungsorgane getroffen werden müssen; BVerfG, 2 BvE 2/08 vom 30. Juni 2009, Absatz-Nr. (1–421).

4) Siehe z. B. das Urteil des EuGH, Rs. C-140/12 vom 19. September 2013, www.curia.europa.eu; sowie den von der Europäischen Kommission im Januar 2014 bereitgestellten Leitfaden zur Feststellung des gewöhnlichen Aufenthaltsortes für die Zwecke der sozialen Sicherheit; www.europa.eu

5) Siehe auch Becker, Ulrich (2012): Leistungen für langjährige Rentenversicherte in Südeuropa – eine rechtsvergleichende Analyse. Zeitschrift für ausländisches und internationales Arbeits- und Sozialrecht, 26(1): 1–120.

1. Anhebung der gesetzlichen Altersgrenzen in der Rentenversicherung im europäischen Vergleich¹⁾



Abkürzungen: IE = Irland, UK = Vereinigtes Königreich, IT = Italien, DE = Deutschland, DK = Dänemark, HR = Kroatien, EL = Griechenland, ES = Spanien, NL = Niederlande, PL = Polen, CZ = Tschechische Republik, AT = Österreich, BE = Belgien, CY = Zypern, LU = Luxemburg, PT = Portugal, SL = Slowenien, BG = Bulgarien, EE = Estland, LI = Litauen, RO = Rumänien, LV = Lettland, HU = Ungarn, MT = Malta, SK = Slowakische Republik, FR = Frankreich.

1) Der Vergleich der gesetzlichen Altersgrenzen in der Rentenversicherung beschränkt sich auf 26 Staaten der EU, Schweden hat keine obere Altersgrenze und in Finnland liegt sie zwischen 63 und 68 Jahren.

Datenquelle: European Commission: Social policy reforms for growth and cohesion: Review of recent structural reforms 2013, Report of the Social Protection Committee, Tabelle 9, S.38.

Renten wurden Beitragszeiten ausgedehnt oder beitragsfreie Zeiten gekürzt oder nicht mehr anerkannt⁶⁾.

- Für die Erstberechnung der Renten oder deren Anpassung sind Faktoren eingeführt worden, welche die demografischen Entwicklungen berücksichtigen.
- Die Altersgrenzen für den gesetzlichen Rentenzugang sind in vielen Staaten angehoben worden aufgrund einer politisch gewollten Gleichstellung von Frauen und Männern, aber auch wegen der steigenden Lebenserwartung. Das künftige Regelrentenalter ist in immer mehr europäischen Ländern 67 Jahre oder älter (Schaubild 1). Dabei ist nach Becker nicht immer ausreichend der Zusammenhang zur Arbeitsmarktpolitik und der Sicherung bei Erwerbsunfähigkeit sowie zur Gesundheitspolitik beachtet worden. So gehen die meisten Beschäftigten vor dem jeweilsgültigen gesetzlichen Renteneintrittsalter mit entsprechenden Abschlägen in Rente (Schaubild 2). Ergänzend zu Becker sei an

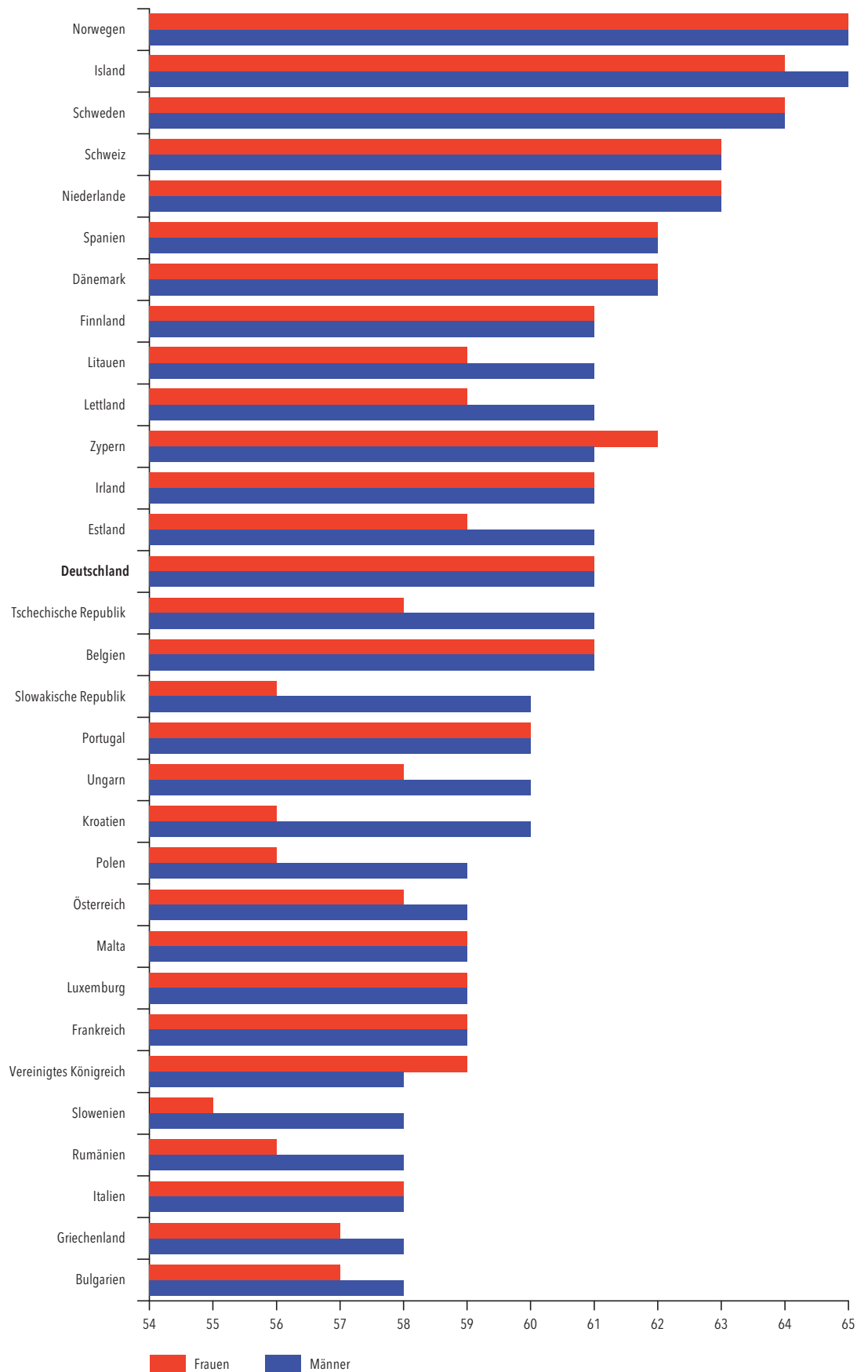
dieser Stelle auch angemerkt, dass bei der zunehmenden Angleichung der Altersgrenzen demografische Unterschiede zwischen den Staaten wohl nicht ausreichend berücksichtigt werden. Beispielsweise hat Frankreich mit seinen vergleichsweise hohen Geburtenraten nicht die gleichen Notwendigkeiten, das Renteneintrittsalter an die Regelungen anzupassen, wie sie derzeit beispielsweise in Deutschland gelten. Berücksichtigte man die demografischen Unterschiede, so könnte in Frankreich das mögliche Renteneintrittsalter „bis zu mehr als vier Jahren unter dem in Deutschland liegen“⁷⁾.

Die Reformen erschweren in ihrer Tendenz eine Frühverrentung und stellen die Nachhaltigkeit der (umlagefinanzierten) Rentensysteme sicher. Gleichzeitig federn Ausnahmen soziale Härten ab. So führten einige Staaten eine Flexibilisierung der Altersgrenzen und einen vorgezogenen Bezug unter bestimmten Bedingungen wie Versicherungszeiten, Mindestalter und Entwicklung der Lebenserwartung ein.

6) Z. B. werden in Deutschland seit 2009 Zeiten einer Schul- und Hochschulbildung nicht mehr bei der Berechnung der Rentenhöhe anerkannt.

7) Schreiber, Sven/Beyerle, Hubert (2014): Europas künftige Rentenkluft. IMK Policy Brief. Düsseldorf. www.boeckler.de/imk_5036.htm

2. Renteneintrittsalter¹⁾ im europäischen Vergleich 2012



1) Dargestellt ist das durchschnittliche Alter bei erstmaligem Bezug einer Altersrente von Frauen und Männern zwischen 50 und 69 Jahren.
Datenquelle: Eurostat

Finanzkrise beschleunigt Reformen

Welche Auswirkungen hat nun die Finanz- und Schuldenkrise auf die europäischen Alterssicherungssysteme besonders in Südeuropa? Hier sind Maßnahmen zu unterscheiden, die kurzfristig zur Sicherung der Systemstabilität beitragen, von jenen, die langfristig die Nachhaltigkeit der Alterssicherungssysteme gewährleisten. Ad hoc gab es starke Einschnitte als Teil der vereinbarten Konsolidierungsprogramme der Europäischen



© Birgit Reitz-Hofmann - Fotolia.com

Kommission. Sowohl in Griechenland als auch in Spanien löste erst die Schuldenkrise zentrale Reformen aus. Daneben wurden z. B. in Italien und Portugal bereits vor der Krise durchgesetzte Reformen korrigiert und beschleunigt⁸⁾. Zur kurzfristigen Sicherung wurden Renten eingefroren oder gekürzt. Die mittel- und osteuropäischen Staaten (z. B. Ungarn) stärkten die staatlichen umlagefinanzierten Systeme durch Verschiebungen von erworbenen Ansprüchen aus der kapitalgedeckten Vorsorge. Gleichzeitig schränkten sie die umlagefinanzierten Leistungen ein und stärkten deren Nachhaltigkeit. Notwendige Versicherungszeiten für den Rentenzugang wurden ausgedehnt, das Standardrentenalter erhöht und Anpassungen laufender Renten verringert.

Erhöhte Gefährdungen infolge der Reformen

Die Reformen haben Gefährdungen ausgelöst. Auf dem Spiel stehen etwa der Schutz vor Umwidmung von Anwartschaften aus der kapitalgedeckten Vorsorge oder der Schutz vor Rentenkürzungen und damit Eigentums- und Sozialrechte des Einzelnen. Die nationalen Gerichte und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte

(EGMR) verhinderten in ihrer Rechtsprechung zwar nicht Reformen, aber sie prüften sie auf ihre Verhältnismäßigkeit und ihre Untergrenze⁹⁾. Hervorzuheben sind die Entscheidungen des EGMR zur Sicherung eines Existenzminimums im Alter durch nationalstaatliche Mindestleistungen. In ihnen zeigt sich der gewachsene Einfluss Europas auf die sozialen Sicherungssysteme der Mitgliedstaaten, und damit der Schutz des Einzelnen durch Europa vor nationalstaatlichen Entscheidungen¹⁰⁾.

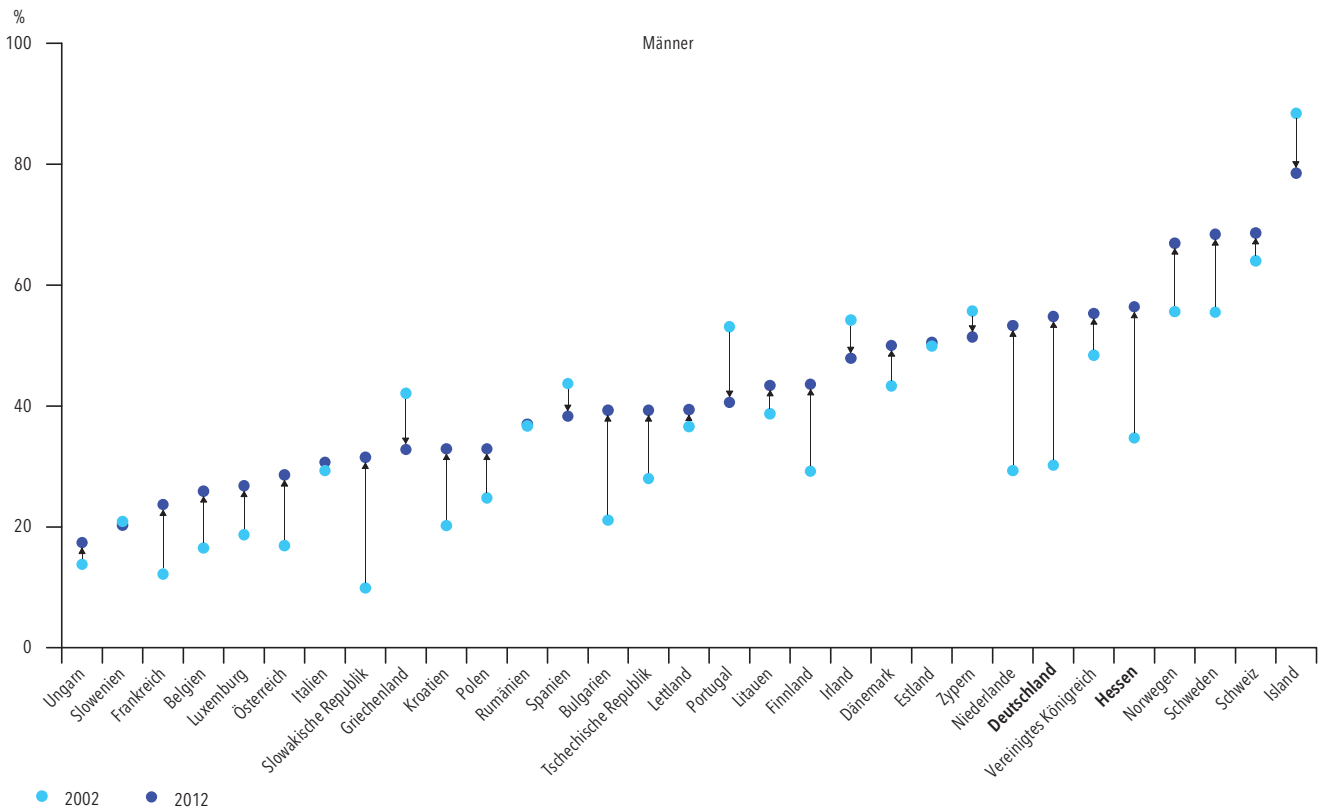
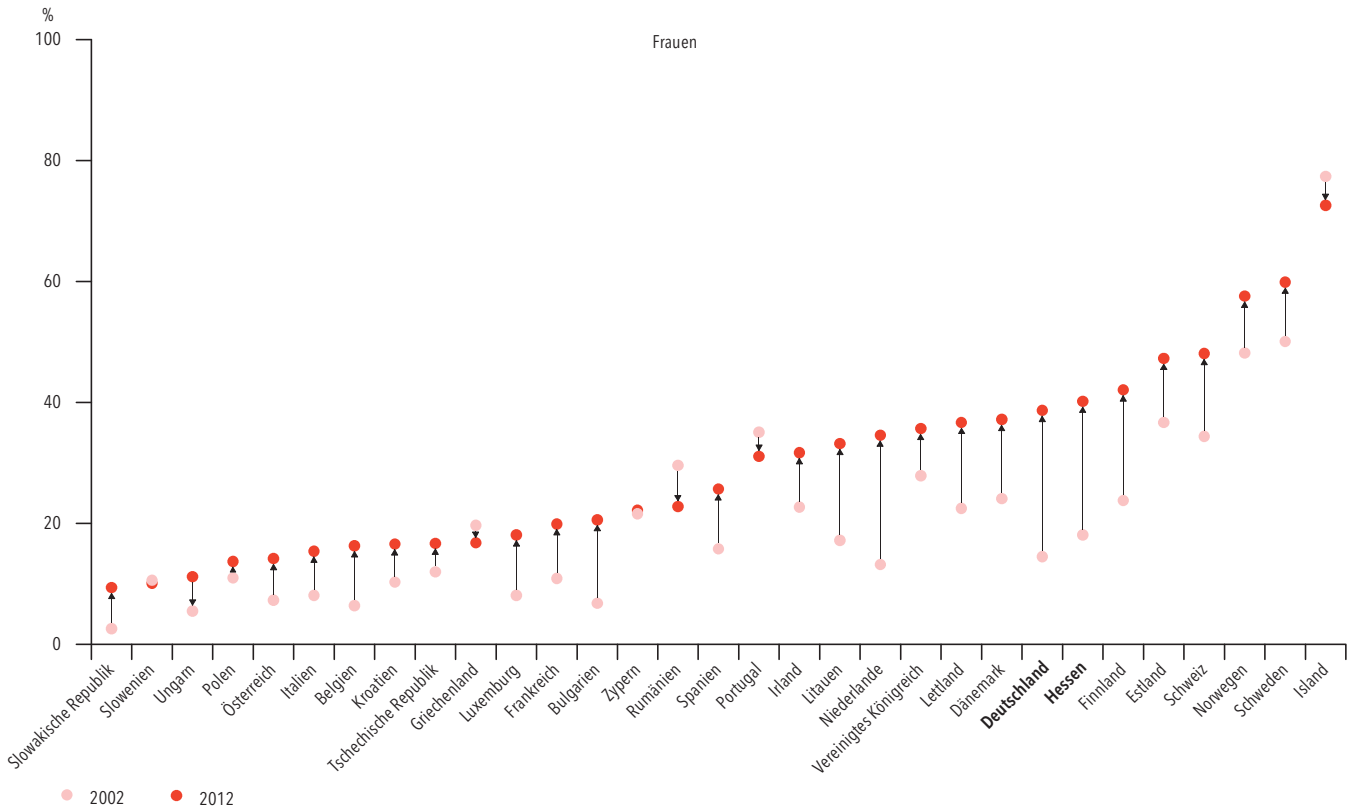
Die jüngsten Rentenformen senken fast überall in Europa das Sicherungsniveau und verringern dadurch den Abstand zwischen Regelsicherung und Mindestsicherung. Indem die Reformen gleichzeitig das Versicherungsprinzip stärken, nach dem die Höhe der Rentenleistungen von den Beitragszahlungen abhängt, ist dort ein ausreichendes Sicherungsniveau zusätzlich gefährdet, wo eine Erwerbsbeteiligung zu keinen dauerhaften und ausreichenden Erwerbseinkommen führt. Durch den derzeitigen Wandel der Alterssicherung und Alterseinkommen in Europa entsteht nach Bernhard Ebbinghaus (Universität Mannheim) ein Zielkonflikt zwischen finanzieller und sozialer Nachhaltigkeit besonders in den staatlichen Rentensystemen. Europa verfolgt trotz aller Anpassungen, hauptsächlich durch das Einführen der Mehrsäulenarchitektur, weiterhin unterschiedlich das Doppelziel von Armutsvermeidung und Einkommenssicherung im Alter. Ungeachtet dessen bleiben jedoch die gleichen Gefährdungen: die Instabilität und Pluralisierung der individuellen Biografien mit Blick auf Familie, Erwerbstätigkeit und individuelle Vorsorge. Zu nennen sind hier beispielsweise Scheidung, Arbeitslosigkeit und die Unterbrechung der Prämienzeiten. Hinzu kommt die Trendumkehr in der Frühverrentung mit der Notwendigkeit eines längeren Arbeitslebens. Die Erwerbsbeteiligung älterer Menschen ist in den meisten europäischen Staaten im letzten Jahrzehnt gestiegen (Schaubild 3 und 4). All dies erfordert politische Maßnahmen, wie die Einführung/Fortführung einer Mindestsicherung, eine Integrationspolitik für ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, welche ihre Beschäftigungsfähigkeit verbessert und erhält, sowie gesetzliche Regelungen für den Zugang und die Ausgestaltung privater Zusatzver-

8) Zu den Reformen in den einzelnen Staaten siehe Hinrichs, Karl/Brosig, Magnus (2013): Die Staatsschuldenkrise und die Reformen von Alterssicherungssystemen in europäischen Ländern. ZeS-Arbeitspapier, No. 2 sowie OECD (2013): Pensions at a Glance 2013: OECD and G20 Indicators. OECD publishing.

9) Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg ist eine Institution des Europarates, der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg ist das oberste Gericht der Europäischen Union. Alle Mitgliedstaaten der EU sind Vertragsparteien des EGMR.

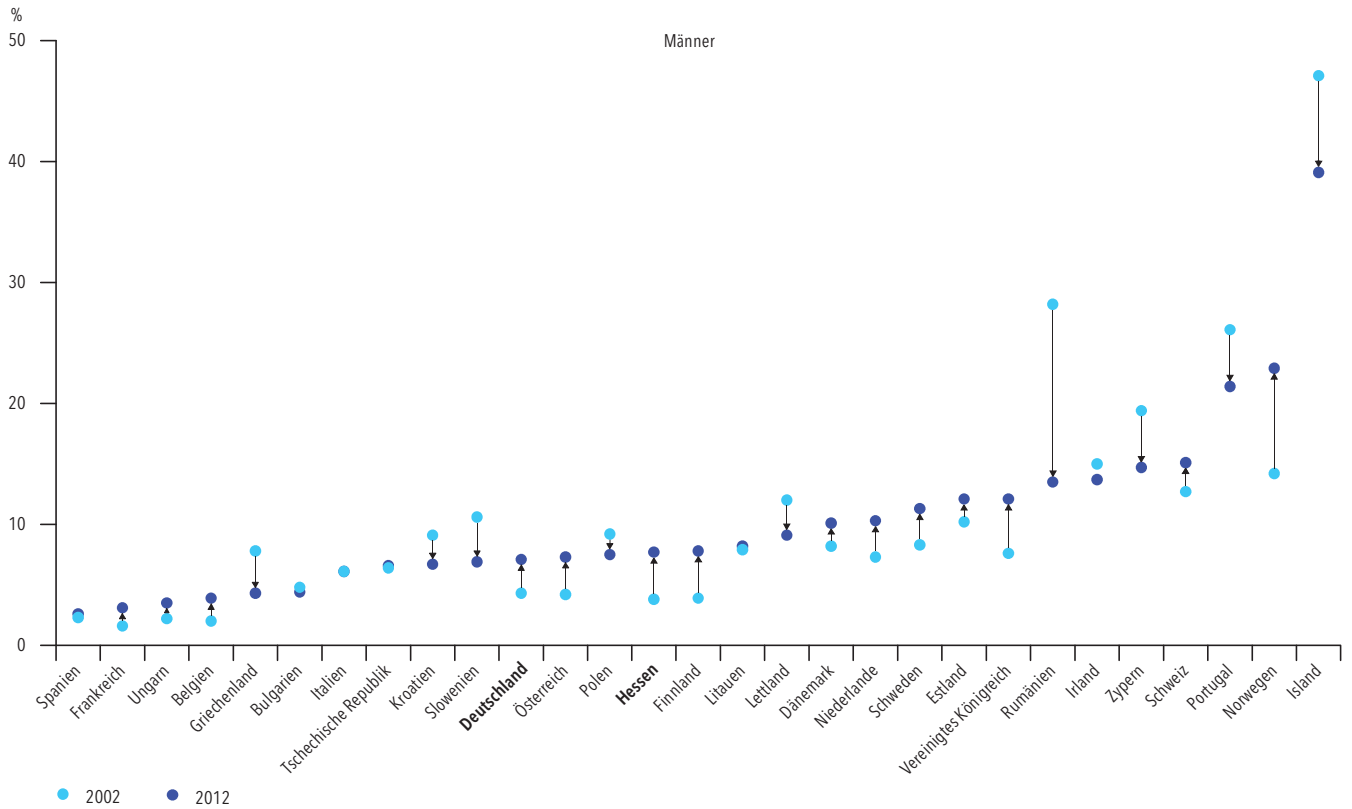
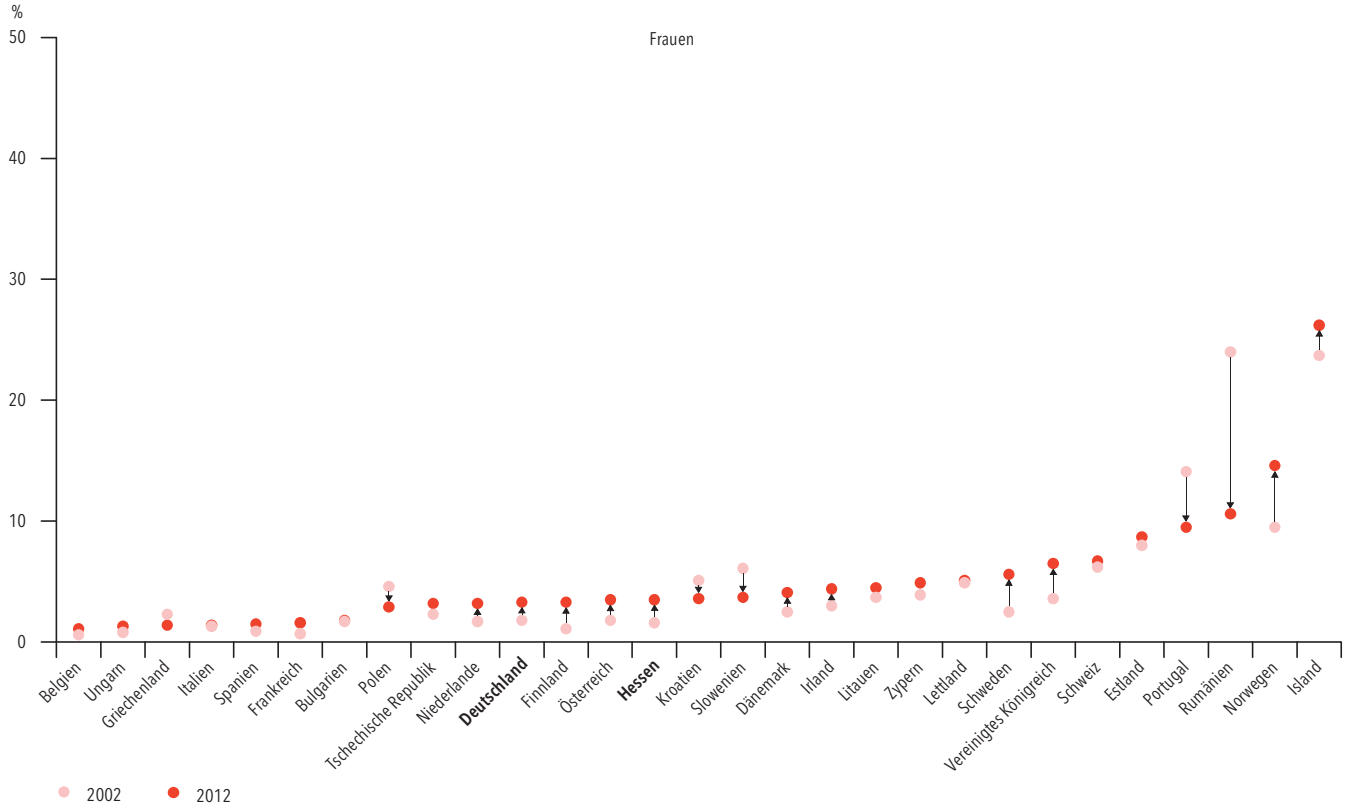
10) Z. B.: Koufak and Adedy v. Greece (dec.) – 57665/12, 57557/12 ECHR (7.5.2013) sowie Da Conceição Mateus and Santos Januário v. Portugal (dec.) – 57725/12, 62235/12 ECHR (8.10.2013).

3. Erwerbsbeteiligung der 60- bis 64-Jährigen im Europäischen Vergleich 2002 und 2012)



1) Die hier dargestellte Erwerbstätigenquote (üblicherweise in % ausgedrückt) ergibt sich aus dem Anteil der erwerbstätigen Personen im Alter zwischen 60 und 64 Jahren an der Gesamtbevölkerung derselben Altersklasse. Erwerbstätig ist eine Person, die in der Woche irgendeine Tätigkeit gegen Entgelt oder Ertrag mindestens 1 Std. ausgeübt hat oder die nicht gearbeitet hat, weil sie vom Arbeitsplatz vorübergehend abwesend war, z. B. wegen Krankheit.
Datenquelle: Eurostat.

4. Erwerbsbeteiligung der 65-Jährigen oder Älteren im Europäischen Vergleich 2002 und 2012¹⁾



1) Die hier dargestellte Erwerbstätigenquote (üblicherweise in % ausgedrückt) ergibt sich aus dem Anteil der erwerbstätigen, 65-jährigen oder älteren Personen an der Gesamtbevölkerung derselben Altersklasse. Erwerbstätig ist eine Person, die in der Woche irgendeine Tätigkeit gegen Entgelt oder Ertrag mindestens 1 Std. ausübt hat oder die nicht gearbeitet hat, weil sie vom Arbeitsplatz vorübergehend abwesend war, z. B. wegen Krankheit.
Datenquelle: Eurostat.

sicherungen. Diese Maßnahmen entscheiden je nach ihren Ausprägungen über soziale Ungleichheiten und über die Gefahr einer Individualisierung finanzieller und sozialer Risiken.

Auswirkungen der europäischen Politik auf die deutsche Sozialpolitik

Auf eine weitere Gefährdung hat Gustav Horn (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung) aufmerksam gemacht, als es im zweiten Teil der Tagung um die Auswirkungen der europäischen Politik auf die deutsche Sozialpolitik ging. Die Krise des Euroraums ist eine Wirtschafts-, Finanz- und Staatschuldenkrise, die zusammen zu einer Vertrauenskrise geführt haben. Die bis-

schon der Garantiezins ein großes Problem dar. Deshalb müssten nach Horn die bisherigen Sparmaßnahmen ergänzt werden durch Investitionen, also durch Ausgaben des Staates, der Wirtschaft und des einzelnen Beschäftigten in Infrastruktur und Wissen. Solche Investitionen dürften nicht nur zu höheren Renditen in der Zukunft führen, sondern auch zu höheren Renditen und Renten in der Gegenwart.

Intensivere Kooperation der EU-Staaten

Auf die sozialpolitischen Folgen der europäischen Steuerpolitik ging ebenso Ralf Jakob von der Europäischen Kommission ein. Neben den bereits getroffenen Konsolidierungsmaßnahmen mit Vorschlägen und möglichen Sanktionen auch für die nationalen Rentensysteme beabsichtigen zahlreiche neue Instrumente und Frühwarnsysteme der EU, die wirtschafts- und sozialpolitische Koordinierung der Mitgliedstaaten zu stärken, um derartige Krisen rechtzeitig zu erkennen und zu vermeiden. Hervorzuheben ist hier das 2010 eingeführte „Europäische Semester“, das sicherstellt, dass die Mitgliedstaaten ihre haushalts- und wirtschaftspolitische Planung zu bestimmten, über das ganze Jahr verteilten Zeitpunkten mit den EU-Partnern erörtern. Die Kommission kann dadurch zeitnah politische Leitlinien vorlegen, bevor auf nationaler Ebene Entscheidungen fallen. Außerdem hat die Europäische Kommission 2012 ein Weißbuch zu angemessenen, sicheren und nachhaltigen Pensionen und Renten veröffentlicht. Das Augenmerk liegt darauf, was die EU und die Mitgliedstaaten tun können, um die wesentlichen Herausforderungen in den Ruhestandssystemen zu bewältigen. Des Weiteren ist die langfristige EU-Wachstumsstrategie „Europa 2020“ zu nennen, mit der die Europäische Kommission beobachtet, ob die Mitgliedstaaten auf die dort festgelegten Ziele für Beschäftigung, Bildung, Innovation, Klimaschutz und Armutsminderung hinarbeiten.

Derzeit läuft das Europäische Semester 2014. Die länderspezifischen Empfehlungen bieten konkrete Ratschläge auch für die nationale Rentenpolitik an. Im Mittelpunkt steht die nachhaltige Finanzierbarkeit der Rentenversicherungen mit ihren Risiken für die Haushalte der Staaten. An Bedeutung gewonnen hat die Angemessenheit



© bluedesign - Fotolia.com

herige Bewältigung dieser Krise hat Folgen für die Alterssicherungssysteme. Die Sparmaßnahmen der Wirtschaft durch ausbleibende Investitionen, Entlassungen und Lohnzurückhaltungen, die Sparanstrengungen der Staatshaushalte durch Reduzierung der Defizite und Zuschüsse, die Zurückhaltung der Finanzsysteme bei der Kreditvergabe sowie eine expansive Geldpolitik mit niedrigen Zinsen führen insgesamt zu niedrigen Renten in den staatlichen Umlagesystemen und zu historisch niedrigen Renditen bei den Kapitaldeckungsverfahren. Sind die staatlichen Umlagesysteme bislang dennoch weniger von der Krise betroffen, so leiden nach Auffassung von Horn besonders die Kapitaldeckungsverfahren unter den niedrigen Zinsen. Bei zahlreichen Lebensversicherungen, die weiterhin zentral für die private Altersvorsorge sind, stellt mittlerweile

der Renten vor dem Hintergrund eines steigenden Renteneintrittsalters und neuer Armutsrisiken im Alter. In den prüfenden Blick der Europäischen Kommission rücken daneben zunehmend andere Faktoren, die das reale Einkommen und den Lebensstandard der Menschen im Alter beträchtlich beeinflussen. Hierzu gehören Vermögen und Hausbesitz, der „Gender Pension Gap“, das Zusammenleben im Haushalt, Ermäßigungen etwa bei der Miete, in öffentlichen Verkehrsmitteln oder bei kulturellen Angeboten und schließlich für die ältere Generation besonders wichtig: Leistungen der Gesundheits- und Pflegedienste.

Solidarität und Demokratie in Europa

Die nationale Rentenpolitik, lange Zeit auf europäischer Ebene ein Tabuthema, ist jetzt dort ein zentrales Thema. Doch wie viel europäische Sozialversicherung braucht es? Anregungen für eine Antwort auf diese Frage können aus dem dritten Teil der Tagung zu Solidarität und Demokratie in Europa gewonnen werden. Solidarität in Europa findet zuerst in der Familie statt, etwa in der gegenseitigen Unterstützung zwischen Eltern und Kindern, zwischen der mittleren Generation und der älteren Generation. Die Unterstützung Älterer durch ihre Kinder reicht von der alltäglichen sporadischen Hilfe bis zu einer intensiven Pflege. Die Unterstützung der Familienmitglieder, vornehmlich der Töchter, für die ältere Generation ist sachlich, zeitlich und sozial in Europa sehr unterschiedlich ausgeprägt (Martina Brandt, Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik). Ursächlich dafür sind neben kulturellen und ökonomischen Unterschieden vor allem der jeweilige Ausbau des Sozialstaates und die damit einhergehenden Dienstleistungen. So zeigt sich in den skandinavischen Staaten, dass ihre umfangreichen Dienstleistungen entlastend wirken, sodass die Hilfe der Familienangehörigen weniger zeitintensiv, aber eher häufiger ist als in Südeuropa mit seinen eher rudimentären Sozialsystemen. Gleichzeitig wird die Hilfe im Norden Europas eher als freiwillig wahrgenommen und im Süden Europas eher als verpflichtend. Im Zusammenspiel von Familie und Staat kann dieser weniger durch ersetzende, sondern mehr durch ergänzende Hilfe die Solidarität der Familienmit-

glieder untereinander stärken. Art und Umfang der „geteilten Verantwortung“ für die Unterstützung Älterer bedingen die Motivation zu helfen, sodass z. B. auch Söhne eher helfen. Eine solche Arbeitsteilung zwischen Staat und Familie ist dort wichtig, wo die Erwerbsbeteiligung der Frauen zunimmt und die Renten sinken. Wo es funktioniert, können die anderen Staaten in Europa von dieser „good practice“ lernen.

Die Unterstützung älterer Menschen durch andere Menschen folgt aus der wechselseitigen Abhängigkeit der Menschen untereinander. Sie begründet die Solidarität, die wiederum das „Rückgrat der sozialrechtlichen Berechtigungen



© Berchtesgaden - Fotolia.com

und Verpflichtungen“ ist (Eberhard Eichenhofer, Friedrich-Schiller-Universität Jena). Das Alter ist als soziales Risiko in der Grundrechte-Charta der EU gesetzlich anerkannt; und das Recht auf soziale Sicherheit im Alter verlangt geachtet, geschützt und verwirklicht zu werden. Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, auskömmliche Leistungen durch die Errichtung von Sozialversicherung, Beitragserhebung und Verwaltung für dieses Risiko zu schaffen. Die Demokratie kommt ins Spiel, da die Durchsetzung des individuellen Rechts auf soziale Sicherheit sich immer auch „an andere Menschen oder an Gruppen richtet, die freiwillig oder auf Grund Gesetz verbunden sind“. Das Recht auf eine gesetzliche Alterssicherung ist, so Eichenhofer, „auf die Vergemeinschaftung gleichartig Gefährdeter gerichtet und zu richten“. Die Rechtsprechung des EGMR begreift die sozialen Rechte als Eigentum, das als Individualrecht stets sozial gebunden ist, „weil es

mit den Eigentumsrechten der anderen wie den Belangen der Allgemeinheit in Einklang steht und der Gebrauch der Freiheit des einen mit den Freiheiten des anderen verträglich zu machen ist". Wie dies im Einzelnen auszugestalten ist, obliegt den Mitgliedstaaten und folgt den jeweiligen konkreten Vorstellungen von öffentlicher Wohlfahrt und der jeweiligen Leistungsfähigkeit der sie ermöglichenden Gesellschaft. Diese nationale Eigenständigkeit erklärt die Unterschiede und die Vielfalt der sozialen Sicherungssysteme in Europa. Durch ihre Mitgliedschaft in der EU haben sich die Staaten verpflichtet, sich an sozialen Standards zu messen. Die EU überprüft und sichert durch ihre Einrichtungen mittlerweile umfassend, dass die Staaten die von ihnen übernommenen europarechtlichen Garantien befolgen. So ist eine Diskriminierung in den nationalen Alterssicherungssystemen aufgrund der Staatsangehörigkeit strikt untersagt. Bei Kürzungen sozialer Leistungen wachen Gremien der EU darüber, dass die Verhältnismäßigkeit gewahrt bleibt, dass sie beispielsweise nicht zur einseitigen Belastung der Leistungsempfänger unter Verschonung der Leistungsträger führen.

In dem die Tagung abschließenden Vortrag ergänzte Ingolf Pernice (Humboldt-Universität zu Berlin) die Aspekte Solidarität und Demokratie in Europa. Solidarität beruht nach seiner Auffassung nicht auf Nächstenliebe, sondern auf Ei-

gennutz. Es ist das Versprechen, sich gegenseitig zu unterstützen. Weil der Einzelne bei Bedürftigkeit auch geschützt werden möchte, verspricht er zu helfen, solange er nicht bedürftig ist. Die Unterstützung folgt dem Subsidiaritätsprinzip als Spiegel einer gestuften Solidarität. So sind bestimmte Aufgaben auf europäischer Ebene leichter zu handhaben als in der Familie und auf nationaler Ebene. Die Vergemeinschaftung der Aufgaben beruht deshalb nicht auf freiwilliger, sondern auf notwendiger Solidarität, die vertraglich festgelegt und durchsetzbar gemacht ist. Die Demokratie in der Union löst damit auch Defizite in den Mitgliedstaaten.

Im Übrigen ist eines auf der Tagung deutlich sichtbar geworden: Trotz Krise und krasser Ungleichgewichte in der EU ist das Zusammenspiel von autonomem nationalem Handeln und Kooperation auf EU-Ebene beispielhaft für erfolgreiche Globalisierung. Oder mit den Worten einer Amerikanerin, die Europa von außen betrachtet: „Postwar Europe has been the most politically benign and prosperous example of globalization that the world has ever known, everyone should hope it does.“¹¹⁾

11) Foroohar, Rana: How to end the crisis now. Time, 15. Januar 2014.

Bernd Eggen; Tel: 0711 641-2953;
E-Mail: Bernd.Eggen@stala.bwl.de

Daten zur Wirtschaftslage

Die Entwicklung der hessischen Wirtschaft gestaltet sich weiter positiv: Die Umsatzentwicklung und die Auftragseingänge der hessischen Industrie erreichten im zweiten Quartal zwar nicht das Vorjahresniveau, dafür stiegen im Bauhauptgewerbe die Umsätze. Die Zahl der genehmigten Mehrfamilienhäuser nahm zu, der Einzelhandel konnte bei den Umsätzen zulegen, der Arbeitsmarkt verzeichnete einen weiteren Beschäftigungsaufbau und die Inflation blieb stabil. Die Umsatzentwicklung und die Auftragseingänge der hessischen Industrie erreichten im zweiten Quartal nicht das Niveau der Vorjahresperiode. Im Bauhauptgewerbe verlief das zweite Quartal, im Vergleich zum analogen Vorjahresquartal, durchwachsen: Während die Umsätze stiegen, sank das Auftragsvolumen und die Beschäftigung war leicht rückläufig. Im Wohnbau nahm im zweiten Quartal die Zahl der genehmigten Mehrfamilienhäuser zu, während für Ein- und Zweifamilienhäuser weniger Genehmigungen erteilt wurden als noch ein Jahr zuvor. Im selben Zeitraum nahm der Flächenbedarf im Nichtwohnbau deutlich zu. Der Einzelhandel schnitt bei den Umsätzen im zweiten Quartal das vierte Mal in Folge besser ab als im gleichen Vorjahreszeitraum. Im Großhandel kam es im beobachteten Zeitraum zu einem leichten Beschäftigungsaufbau, die Umsätze gingen jedoch etwas zurück. Positive Entwicklungen waren zum Jahresauftakt am hessischen Arbeitsmarkt zu beobachten. Im ersten Quartal nahm die Erwerbstätigkeit leicht zu und die Zahl der Erwerbstätigen erreichte einen neuen Höchststand in einem ersten Quartal. Die Arbeitslosigkeit sank im Vergleich zum Vorquartal und auch im Vergleich zum Vorjahresquartal. Von April bis Juni 2014 gingen Unternehmensinsolvenzen um fast ein Fünftel, verglichen mit dem entsprechenden Vorjahreszeitraum, zurück. Die Inflationsrate blieb im zweiten Quartal nahezu unverändert. Deutliche Preissenkungen gegenüber dem zweiten Quartal 2013 waren im Bereich der Unterhaltungselektronik, und hier insbesondere bei Mobiltelefonen, Notebooks, Tablets und Fernsehern, zu beobachten.

Zweites Quartal bleibt hinter den Erfolgen des Auftaktquartals 2014 zurück

Nach einem starken ersten Quartal 2014 verzeichnete die hessische Industrie im zweiten Quartal rückläufige preisbereinigte Auftragseingänge. Gegenüber der Vergleichsperiode April bis einschl. Juni 2013 lag das Niveau der preisbereinigten Auftragseingänge im zweiten Quartal 2014 um 3,6 % unter dem Vorjahresergebnis. Sowohl die Neubestellungen aus dem Inland, als auch die aus dem Ausland sanken um 5,5 bzw. um 2,3 %.

Auch die reale Umsatzentwicklung (ohne sonstige Umsätze, wie Handelsware etc.) verfehlte das Niveau der Vergleichsperiode. Gegenüber dem Vorjahresquartal verringerte die hessische Industrie ihr Umsatzvolumen im zweiten Quartal um 0,7 %. Dabei waren die Einbußen aus dem Ausland mit einem Rückgang von 0,3 % nur geringfügig unter dem Niveau des Vergleichs quartals. Die Binnennachfrage fiel dagegen um 1,1 %. Gegenläufig verhielt sich der Konjunktur-

indikator der Beschäftigung. Dieser gilt als ein Wirtschaftsindikator, der zeitverzögert auf Konjunkturschwankungen reagiert. Entgegen den rückläufigen Auftragseingängen und Umsatzzahlen stieg die Beschäftigung der hessischen Industrie im zweiten Quartal um 1,2 %.

Reale Auftragseingänge der hessischen Industrie

Art der Angabe	2013 ¹⁾			2014	
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Grundzahlen					
Volumenindex ²⁾ des Auftragseingangs insgesamt	102,2	96,6	97,5	101,8	98,5
Inland	99,4	93,4	91,4	96,1	93,9
Ausland	106,1	100,7	103,9	107,9	103,7
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Volumenindex ²⁾ des Auftragseingangs insgesamt	6,0	4,4	6,0	5,1	- 3,6
Inland	1,3	- 1,7	1,3	2,4	- 5,5
Ausland	9,5	9,3	9,5	6,9	- 2,3

1) Korrigiert nach Jahreskorrektur. - 2) 2010 = 100.

Der Rückgang der preisbereinigten Auftragseingänge im zweiten Quartal betraf nahezu alle großen Branchen der hessischen Industrie. Zwar konnten sowohl die Pharmaindustrie (insgesamt: + 4,9 %; Ausland: + 6,5 %; Inland: - 1,0 %), als auch die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (insgesamt: + 3,7 %; Ausland: + 5,9 %; Inland: + 0,8 %) das Niveau des zweiten Vorjahresquartals übertreffen, doch die übrigen großen Branchen verzeichneten zum Teil stark rückläufige Auftragseingänge. Besonders stark sank das Niveau bei den Herstellern von elektrischen Ausrüstungen; insgesamt verlor die Branche 7,4 % gegenüber dem Vergleichsquartal. Dabei fiel die Nachfrage aus dem Ausland um 10,1 %, während die Binnennachfrage um 4,7 % zurückging. Um 5,5 % sanken die preisbereinigten Auftragseingänge im Maschinenbau, wobei das Inland ein leichtes Plus von 0,3 % verzeichnete. Bedingt durch den starken Rückgang der Aufträge aus dem Ausland von 9,4 % gab es in diesem Bereich eine insgesamt fallende Bilanz. Auch die Hersteller von Metallerzeugnissen und die Chemische Industrie verbuchten Rückgänge von insgesamt 4,6 % (Ausland: - 7,7 %; Inland: - 3,1 %) bzw. 2,5 % (Ausland: - 3,2 %; Inland: - 1,0 %).

Heterogene Umsatzentwicklung

Die Umsatzentwicklung des zweiten Quartals verlief für die großen Branchen der hessischen Industrie unterschiedlich. Während die Pharmaindustrie ein kräftiges Plus von 6,6 % verzeichnete

und 3,2 Mrd. Euro umsetzte, verfehlten die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen das Niveau des Vorjahresquartals mit einem Umsatz von 974 Mill. Euro um 11,8 %. Ebenfalls rückläufig verhielten sich die Umsätze in der Chemischen Industrie, die mit 3,5 Mrd. Euro 6,3 % weniger Umsatz erzielte, und den Herstellern von Metallerzeugnissen, deren Umsatz auf 1,4 Mrd. Euro fiel, was einem Rückgang von 2,6 % entsprach. Ein positives Umsatzergebnis brachte das zweite Quartal hingegen für die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, die Umsätze in Höhe von 4,2 Mrd. Euro – ein Plus von 4,0 % – erzielten, und dem Maschinenbau, der mit 2,5 Mrd. Euro Umsatz das Niveau um 5,3 % übertraf.

Beschäftigung steigt kräftig

Durchweg positiv verhielt sich die Beschäftigung. Trotz schwankender Auftragseingänge und Umsatzzahlen bauten alle großen Branchen die Beschäftigung aus. Ein besonders kräftiges Beschäftigungsplus von 2,9 % verzeichnete die Pharmaindustrie. Zwischen April und Juni fanden im Durchschnitt 19 800 Mitarbeiter eine Beschäftigung in dieser Branche. Mit 49 700 Mitarbeitern expandierten auch die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen und beschäftigten 2,6 % mehr Mitarbeiter. Auch die Hersteller von Metallerzeugnissen bauten die Beschäftigung um über 2 % aus und beschäftigten 30 900 Mitarbeiter. Der Maschinenbau erhöhte die Beschäftigung um 1,3 % auf 39 000. Um je 1,2 % stieg die Mitarbeiterzahl bei den Herstellern von elektrischen Ausrüstungen auf 24 100 und bei den Herstellern von Gummi- und Kunststoffwaren auf 32 400. Nahezu konstant, mit einem leichten Anstieg von 0,1 %, verhielt sich das Beschäftigungsniveau der Chemischen Industrie, die im zweiten Quartal 2014 durchschnittlich 37 200 Mitarbeiter beschäftigte.

Bauhauptgewerbe steigert Umsatz auch im zweiten Quartal

Das Bauhauptgewerbe verzeichnete im zweiten Quartal 2014 einen Umsatz von 998 Mill. Euro, was einem Zuwachs von 5,5 % gegenüber dem Vorjahresvergleichsquartal entsprach. Rückläufig hingegen verhielt sich das Volumen der Auf-

Reale Umsätze und Beschäftigte der hessischen Industrie ¹⁾					
Art der Angabe	2013 ²⁾			2014	
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Grundzahlen					
Volumenindex ³⁾ der Umsätze insgesamt	101,7	102,8	104,5	100,8	101,0
Inland	97,2	100,6	99,9	96,0	96,1
Ausland	108,3	107,0	111,3	107,6	108,0
Beschäftigte	354 331	358 482	358 649	357 394	358 568
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Volumenindex ³⁾ der Umsätze insgesamt	0,9	1,5	2,6	5,8	- 0,7
Inland	- 3,1	- 1,9	0,2	4,1	- 1,1
Ausland	4,7	4,9	4,9	7,3	- 0,3
Beschäftigte	- 0,0	0,2	0,6	1,0	1,2

1) Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten. – 2) Korrigiert nach Jahreskorrektur. – 3) 2010 = 100.

tragseingänge, das um 5,5 % fiel und sich auf 911 Mill. Euro belief. Ebenfalls rückläufig war die Beschäftigung im Bauhauptgewerbe. Von April bis Juni gingen im Durchschnitt 25 120 Beschäftigte einer Tätigkeit im Bauhauptgewerbe nach. Das Niveau fiel um 1,6 %.

Die Auftragseingänge entwickelten sich insgesamt negativ und sanken von April bis Juni im Durchschnitt um 5,5 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Allerdings war dieser Rückgang allein auf das um 11,9 % gesunkene Niveau im Hochbau zurückzuführen, dessen Entwicklung die besonders hohen Einbußen im öffentlichen und Verkehrsbau (- 34,9 %) sowie im gewerblichen und industriellen Bau (- 31,7 %) prägten. Diesen Rückgang konnten die Auftragseingänge im Wohnungsbau trotz eines starken Anstiegs (+ 27,7 %) nicht aufwiegen. Anders hingegen verhielt sich der Tiefbau mit einer insgesamt positiven Auftragseingangsbilanz von 1,0 %. Diese Steigerung speiste sich ausschließlich aus gestiegenen Auftragseingängen im Bereich gewerblicher und industrieller Bau (+ 17,0 %), denn diesem Teilergebnis standen gesunkene Auftragseingänge im öffentlichen und Verkehrsbau (- 15,4 %) sowie im Straßenbau (- 1,0 %) gegenüber.

Das Umsatzwachstum von insgesamt 5,5 % speiste sich vor allem aus dem erfolgreichen Quartalsabschluss des öffentlichen und Verkehrsbaus. Mit einem Umsatz von 386,5 Mill. Euro wurde das Vorjahresquartal um 15,9 % übertroffen. Auch der Wohnungsbau konnte den Umsatz um 10,1 % auf 183 Mill. Euro steigern. Lediglich der gewerbliche und industrielle Bau verfehlte das Vorjahresquartalsniveau um 4,0 % und fiel auf ein Umsatzvolumen von 428,1 Mill. Euro.

Mit mehr als 25 100 Beschäftigten im zweiten Quartal 2014 sank das Niveau gegenüber dem Vorjahr um 1,6 %. Analog ging auch die Zahl der Arbeitsstunden um 1,4 % auf insgesamt 7700 Std. zurück.

Konsolidierung im Hochbau

Der Umfang der genehmigten Hochbauvorhaben stieg im zweiten Vierteljahr 2014 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um fast ein Fünftel. Die genehmigte Wohn- und Nutzfläche stieg

Bauhauptgewerbe ¹⁾ in Hessen					
Art der Angabe	2013			2014	
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Grundzahlen					
Auftragseingang (1000 Euro)	964 016	1 059 223	922 015	864 074	911 231
Umsatz (1000 Euro)	945 759	1 143 015	1 236 224	735 818	997 494
Beschäftigte	25 528	25 996	26 261	24 949	25 119
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Auftragseingang	- 11,7	7,8	5,2	- 3,7	- 5,5
Umsatz	- 1,8	- 0,6	4,8	12,1	5,5
Beschäftigte	0,6	1,6	- 0,7	- 1,5	- 1,6
1) Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten.					

um 197 900 m² auf 1 325 200 m². Die dafür veranschlagten Baukosten summierten sich auf 1 683 Mill. Euro. Das waren 297 Mill. Euro bzw. 21 % mehr als im zweiten Quartal 2013. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahreszeitraum beruht in erster Linie auf dem starken Engagement der privaten Unternehmen.

Im **Wohnbau** nahm die genehmigte Fläche um 0,2 % ab. Dabei senkte die Wohnungswirtschaft den Umfang ihrer Vorhaben stärker als die privaten Haushalte. Demgegenüber lagen die veranschlagten Kosten um 4,7 % über dem Wert des Vorjahresquartals. Sie stiegen bei den Unternehmen um 5,3 % und bei den privaten Haushalten um 1,5 %. Die Investitionssumme lag bei den privaten Haushalten 44 % über der gewerblichen.



Für den Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern wurden 24 Genehmigungen weniger erteilt als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der genehmigten Mehrfamilienhäuser stieg im Gegenzug um

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise		Arbeitsmarkt ⁷⁾			
	Volumenindex des Auftrags- eingangs ²⁾ 2010 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags- eingangs ⁴⁾ 2010 = 100	Beschäftigte	Index der Umsätze ⁵⁾ 2010 = 100	Verbraucherpreisindex ⁶⁾ 2010 = 100	Arbeitslose ⁸⁾	Arbeitslosenquote ⁹⁾	Gemeldete Arbeitsstellen ¹⁰⁾	Kurzarbeit (Personen) ⁸⁾
	insgesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen ¹¹⁾												
2011 D	102,5	104,9	102,4	351 320	117,7	24 557	102,9	101,9	182 518	6,6	38 964	7 943
2012 D	96,4	97,7	97,1	355 765	126,4	25 537	104,1	103,9	178 320	6,4	35 542	6 809
2013 D	98,3	94,5	102,9	356 310	126,4	25 781	102,8	105,3	185 607	6,6	34 164	...
2013 Mai	92,4	89,0	96,5	354 114	109,5	25 498	103,7	105,1	186 448	6,6	34 435	5 675
Juni	110,0	111,0	111,0	355 080	135,1	25 610	101,6	105,3	183 493	6,5	34 639	6 233
2. Vj. D	102,2	99,4	106,1	354 331	126,9	25 528	103,4	105,0
Juli	104,1	98,4	110,3	357 002	165,7	25 825	103,2	105,7	189 714	6,7	35 627	3 780
August	88,3	87,0	90,9	358 915	116,7	26 149	102,3	105,6	189 320	6,7	35 800	3 163
September	97,3	94,8	100,9	359 528	135,7	26 013	98,9	105,6	181 506	6,4	35 744	4 143
3. Vj. D	96,6	93,4	100,7	358 482	139,4	25 996	101,5	105,6
Oktober	100,1	94,3	106,3	359 490	143,8	26 765	105,6	105,4	177 936	6,3	35 134	4 465
November	102,6	94,2	108,4	359 249	107,4	26 311	109,4	105,6	175 662	6,2	34 628	5 068
Dezember	89,8	82,6	96,9	357 209	112,9	25 707	117,3	106,0	177 804	6,3	33 818	...
4. Vj. D	95,9	91,4	101,0	358 649	121,3	26 261	110,8	105,7
2014 Januar	102,5	92,5	111,9	357 029	83,2	24 991	96,2	105,5	192 729	6,8	32 269	10 586
Februar	101,9	92,6	110,8	356 842	115,2	24 806	91,1	105,9	192 994	6,8	32 968	11 034
März	101,1	103,2	101,1	358 311	161,6	25 051	104,5	106,2	189 721	6,7	33 747	...
1. Vj. D	101,8	96,1	107,9	357 394	120,0	24 949	97,3	105,9
April	95,1	91,2	99,8	358 147	141,2	25 128	106,3	106,0	186 050	6,6	34 356	...
Mai	100,0	95,4	105,2	358 323	124,4	25 034	106,3	105,8	184 653	6,5	33 849	...
Juni	100,3	95,0	106,1	359 234	114,1	25 195	99,8	106,2	182 154	6,5	35 424	...
2. Vj. D	98,5	93,9	103,7	358 568	126,6	25 119	104,1	106,0
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾												
2011 D	2,5	4,9	2,4	3,5	24,2	5,1	2,9	1,9	-7,8	.	23,5	-75,0
2012 D	-6,0	-6,9	-5,2	1,3	7,5	4,0	1,2	2,0	-2,3	.	-6,6	-14,3
2013 D	2,0	-3,3	6,0	0,2	-0,0	1,0	-1,2	1,3	4,1	.	-9,0	12,2
2013 Mai	-6,2	-13,0	-0,7	-0,0	-8,6	0,5	-1,2	1,4	5,4	.	-5,6	20,5
Juni	10,8	12,9	9,0	0,1	-21,3	0,2	-4,3	1,6	4,8	.	-5,1	67,8
2. Vj.	6,0	1,3	9,5	-0,0	-11,7	0,6	-1,0	1,3
Juli	9,3	0,7	16,2	0,3	43,2	1,2	3,6	1,7	4,0	.	-2,9	51,1
August	-4,1	-7,9	-0,9	0,1	-21,0	2,0	-1,3	1,1	5,2	.	-0,1	27,9
September	8,0	2,2	12,6	0,2	9,2	1,6	-2,1	1,1	5,1	.	0,7	-27,9
3. Vj.	4,4	-1,7	9,3	0,2	7,8	1,6	0,1	1,2
Oktober	-0,9	-7,3	4,0	0,4	12,4	0,0	0,1	0,9	3,0	.	-0,2	-39,4
November	7,0	3,0	9,7	0,7	6,9	-1,4	1,4	1,1	3,0	.	0,6	-37,6
Dezember	13,7	11,0	15,8	0,7	-4,1	-0,9	-0,4	1,2	2,0	.	9,2	-10,0
4. Vj. D	6,0	1,3	9,5	0,6	5,2	-0,7	0,4	1,1
2014 Januar	4,1	-0,9	7,4	0,9	-30,1	-1,2	2,4	1,2	0,5	.	7,3	-26,6
Februar	6,7	1,0	10,8	0,9	-1,7	-2,0	2,6	1,0	0,2	.	1,6	-25,5
März	4,4	6,9	2,3	1,2	17,3	-1,4	0,0	1,0	-0,5	.	-0,5	...
4. Vj.	5,1	2,4	6,9	1,0	-6,3	-1,5	1,6	1,0
April	-8,8	-7,1	-9,8	1,2	-1,6	-1,4	1,5	1,3	-2,2	.	2,0	...
Mai	8,2	7,2	9,0	1,2	7,6	-1,8	2,5	0,7	-1,0	.	-1,7	...
Juni	-8,8	-14,4	-4,4	1,2	-20,0	-1,6	-1,8	0,9	-0,7	.	2,3	...
2. Vj.	-3,6	-5,5	-2,3	1,2	-5,5	-1,6	0,7	1,0
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾												
2013 Mai	-11,4	-9,4	-12,8	0,1	-19,4	0,1	5,8	0,5	-2,0	.	8,3	-17,7
Juni	19,0	24,7	15,0	0,3	23,3	0,4	-2,0	0,2	-1,6	.	0,1	...
2. Vj.	5,5	6,0	5,0	0,2	7,4	0,7	1,8	0,2
Juli	-5,4	-11,4	-0,6	0,5	22,7	0,8	3,6	0,4	3,4	.	0,5	-39,4
August	-15,2	-11,6	-17,6	0,5	-29,6	1,3	-0,9	-0,1	-0,2	.	-2,4	-16,3
September	10,2	9,0	11,0	0,2	16,3	-0,5	-3,7	0,0	-4,1	.	-0,2	31,0
3. Vj.	-5,5	-6,0	-5,1	1,2	9,9	1,8	2,6	0,6
Oktober	2,9	-0,5	5,4	-0,0	5,9	2,9	4,0	-0,2	-2,0	.	-1,7	7,8
November	2,5	-0,1	2,0	-0,1	-25,3	-1,7	3,6	0,2	-1,3	.	-1,4	13,5
Dezember	-12,5	-12,3	-10,6	-0,6	5,1	-2,3	7,2	0,4	1,2	.	-2,3	42,1
4. Vj.	-0,7	-2,1	0,3	0,0	-13,0	1,0	-5,5	0,1
2014 Januar	14,1	12,0	15,5	-0,1	-30,1	-2,8	-18,0	-0,5	8,4	.	-4,6	47,0
Februar	-0,6	0,1	-1,0	-0,1	38,4	-0,7	-5,3	0,4	0,1	.	2,2	4,2
März	-0,8	11,4	-8,8	0,4	40,3	-1,0	14,7	0,3	-1,7	.	2,4	...
4. Vj.	6,2	5,1	6,8	-0,3	-6,3	-1,5	-6,9	0,2
April	-5,9	-11,6	-1,3	-0,0	-12,6	0,3	9,2	-0,2	-1,9	.	1,8	...
Mai	5,2	4,6	5,4	0,0	-11,9	-0,4	6,8	-0,2	-0,8	.	-1,5	...
Juni	0,3	-0,4	0,9	0,3	-8,3	0,6	-6,1	0,4	-1,4	.	4,7	...
2. Vj.	-3,2	-2,3	-3,9	0,3	5,5	0,7	4,3	0,1

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 Erfassung nach WZ 2008. - 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden. - 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. - 4) Wertindex. - 5) Ohne Mehrwertsteuer. - 6) Alle privaten Haushalte. - 7) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen (vorläufige Werte); Ergebnisse ab Januar 2004 nach geänderten Verfahren (Data Warehouse - Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. Ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende; ab September 2005 Unterefassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. - 8) Bei Monatswerten Stand: Monatsmitte. Änderung der methodischen Grundlagen. - 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. - 10) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. - 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

29 und die der darin vorgesehenen Wohnungen um 102. In Wohnheimen sollen 496 Wohnungen entstehen. Damit waren 4658 Wohnungen in Neubauten vorgesehen; das waren 12 % mehr als im Vorjahresquartal. Weitere 717 Wohnungen sollen durch Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden entstehen, 192 Wohnungen wurden in Nichtwohngebäuden genehmigt. Mit insgesamt 5567 neuen Wohnungen wurden 13 % mehr genehmigt als im gleichen Quartal des Vorjahres; die durchschnittliche Wohnfläche betrug 98 m². Die durchschnittlichen Kosten je Wohnung nahmen um 7,8 % ab, während die Kosten je m² Wohn- und Nutzfläche um 4,7 % zunahmen.

Der Flächenbedarf im **Nichtwohnbau** erhöhte sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 43 % auf 641 000 m² insgesamt. Die dafür veranschlagten Kosten stiegen um 46 % auf 817 Mill. Euro. Der stärkste Zuwachs war mit 98 % bei Handels- und Lagergebäuden festzustellen. Deutliche Zunahmen an genehmigten Flächen waren für Anstaltsgebäude, Fabrik- und Werkstattgebäude sowie nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude festzustellen. Während der Flächenbedarf bei Büro- und Verwaltungsgebäuden, Hotels und Gaststätten sowie bei den übrigen nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäuden und sonstigen Nichtwohngebäuden nur leicht zunahm, ging er bei landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden um 29 % deutlich zurück.

Insgesamt erhöhte sich im ersten Quartal 2014 das Engagement der Organisationen ohne Erwerbszweck im Nichtwohnbau und in der Privatwirtschaft merklich, und zwar um 155 bzw. 52 %. Die genehmigten Flächen der öffentlichen Bauherren gingen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 15 % zurück. Ähnlich wie im Wohnbau blieben die Vorhaben der privaten Haushalte (- 22 %) unter dem Vorjahresniveau.

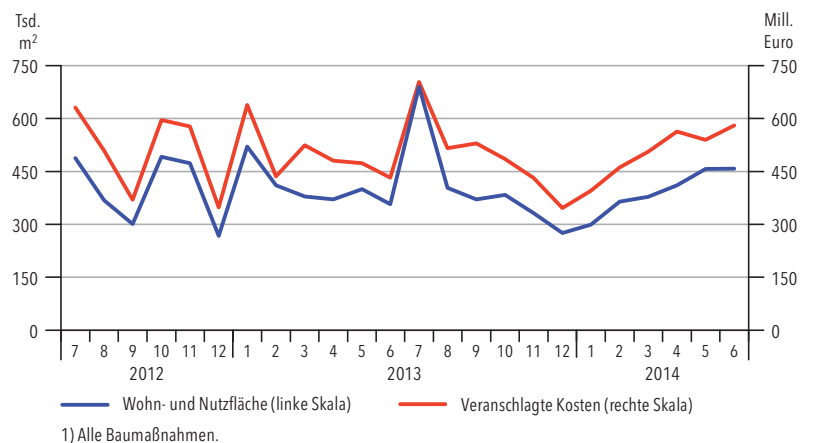
Stabilisierung im Einzelhandel

Die monatliche Einzelhandelsstatistik basiert auf einer Stichprobenerhebung. Monatlich werden Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 250 000 Euro oder höher befragt. In Hessen sind das momentan rund 2000 Unternehmen. Erfragt wird neben dem Umsatz auch die Anzahl

Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau in Hessen					
Art der Angabe	2013			2014	
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Grundzahlen					
Wohnbau ¹⁾					
Wohnungen	4 167	5 230	3 615	3 456	4 658
Wohnfläche (1000 m ²)	450	505	372	377	454
Nichtwohnbau ¹⁾					
Rauminhalt (1000 m ³)	2 528	3 586	2 641	2 864	3 876
Nutzfläche (1000 m ²)	394	602	392	427	563
Wohnungen insgesamt ²⁾	4 929	5 944	4 149	5 074	5 567
Wohn- und Nutzfläche insgesamt ²⁾ (1000 m ²)	1 127	1 464	991	1 041	1 325
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Wohnbau ¹⁾					
Wohnungen	18,8	49,9	- 12,5	- 27,4	11,8
Wohnfläche	13,0	32,3	- 6,2	- 14,9	1,0
Nichtwohnbau ¹⁾					
Rauminhalt	- 33,2	22,8	- 34,2	- 39,6	53,3
Nutzfläche	- 34,6	20,4	- 35,6	- 24,3	42,9
Wohnungen insgesamt ²⁾	12,3	48,6	- 14,1	- 1,9	12,9
Wohn- und Nutzfläche insgesamt ²⁾	- 12,1	26,7	- 19,6	- 20,5	17,6

1) Errichtung neuer Gebäude. - 2) In Wohn- und Nichtwohngebäuden (einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden).

Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau¹⁾



der Voll- und Teilzeitbeschäftigten im jeweiligen Berichtsmonat. Auf dieser Basis erstellt das Hessische Statistische Landesamt (HSL) die monatliche Konjunkturstatistik für den hessischen Einzelhandel.

Nachdem die Umsätze der Einzelhändler im ersten Quartal 2014 nominal um 1,6 % und preisbereinigt um 0,5 % gestiegen waren, sah die Umsatzentwicklung im zweiten Quartal 2014 ebenfalls positiv aus. Die nominalen Umsätze

verzeichneten ein Plus von 0,7 %, die preisbereinigten Umsätze stiegen um 0,3 %.

Der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (z. B. Supermärkte, SB-Kaufhäuser und Verbrauchermärkte) verzeichnete im zweiten Quartal 2014 nominale Umsatzsteigerungen von 2,4 % (preisbereinigt: + 1,5 %).

Im Einzelhandel mit sonstigen Gütern (z. B. Bekleidung, Apotheken, kosmetische Erzeugnisse und Körperpflegemittel) war die Entwicklung heterogener. Hier nahmen die nominalen Umsätze im zweiten Quartal 2014 im Vergleich zum Vorjahresquartal um 0,3 % zu; die preisbereinigten Umsätze verringerten sich im zweiten Quartal 2014 um 0,7 %.

Auch der Einzelhandel mit Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf konnte das zweite Quartal 2014 mit einem Umsatzplus beenden. Hier stiegen die nominalen Umsätze um 1,5 % und die preisbereinigten um 0,9 %.

Die Zahl der im Einzelhandel Beschäftigten nahm im zweiten Quartal 2014 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal um 0,8 % zu.

Handel mit Kraftwagen im Aufwind

Die monatliche Kfz-Handelsstatistik wird seit Beginn des Berichtsmonats September 2012 nicht mehr als Stichprobenerhebung durchgeführt. Jeden Monat befragt das HSL daher alle Kfz-Händler mit einem Jahresmindestumsatz von 10 Mill. Euro oder mindestens 100 Beschäftigten. Dies sind derzeit rund 240 Unternehmen. Die Daten der übrigen Unternehmen stammen



© Industrieblick - Fotolia.com

aus Verwaltungsdaten (Bundesagentur für Arbeit und Oberfinanzdirektion).

Gegenüber dem Vorjahresquartal nahm der preisbereinigte Umsatz der Kfz-Händler im zweiten Quartal 2014 um 7,7 % zu. Die nominalen Umsätze stiegen im Vergleichszeitraum um 7,2 %. Damit setzte sich die positive Umsatzentwicklung des ersten Quartals 2014 fort.

Umsätze und Beschäftigte im Handel in Hessen nach Wirtschaftszweigen

Art der Angabe	2013			2014	
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Messzahlen; Monatsdurchschnitt 2010 = 100					
Nominale Umsätze					
Einzelhandel ¹⁾	103,4	101,5	110,8	97,3	104,1
Kfz-Handel ²⁾	115,0	108,4	112,1	115,2	123,3
Großhandel ⁴⁾	101,8	103,8	105,9	99,8	99,3
Reale Umsätze ³⁾					
Einzelhandel ¹⁾	98,3	96,9	105,4	92,4	98,6
Kfz-Handel ²⁾	112,2	105,9	109,5	112,6	120,8
Großhandel ⁵⁾	97,9	100,7	103,2	97,0	96,5
Beschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	101,3	101,9	103,1	101,6	102,1
Kfz-Handel ²⁾	105,6	106,8	107,8	106,7	107,2
Großhandel ⁴⁾	104,6	105,3	105,8	106,6	107,3
darunter Teilzeitbeschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	102,1	102,5	103,4	101,8	102,5
Kfz-Handel ²⁾	119,5	120,8	121,7	121,0	122,9
Großhandel ⁴⁾	108,8	109,3	109,8	113,1	114,1
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Nominale Umsätze					
Einzelhandel ¹⁾	- 1,0	0,1	0,4	1,6	0,7
Kfz-Handel ²⁾	- 2,6	- 2,5	2,3	8,5	7,2
Großhandel	- 7,5	- 10,7	- 13,7	0,4	- 2,5
Reale Umsätze ³⁾					
Einzelhandel ¹⁾	- 2,7	- 1,4	- 0,7	0,5	0,3
Kfz-Handel ²⁾	- 2,9	- 2,4	2,5	8,4	7,7
Großhandel ⁵⁾	- 5,1	- 7,8	- 12,0	1,9	- 1,4
Beschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	- 1,1	- 0,4	-	0,4	0,8
Kfz-Handel ²⁾	1,0	0,8	1,0	1,3	1,5
Großhandel	5,9	5,0	4,9	1,8	2,6
darunter Teilzeitbeschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	- 1,0	- 0,5	- 0,2	-	0,4
Kfz-Handel ²⁾	3,7	3,6	3,1	3,1	2,8
Großhandel	4,8	3,4	3,1	4,0	4,9

1) Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. – 2) Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3) In Preisen des Jahres 2010. – 4) Messzahlen; Monatsdurchschnitt 2005 = 100. – 5) In Preisen des Jahres 2005.

Der umsatzstärkste Bereich, der Handel mit Kraftwagen, verzeichnete sowohl nominal als auch preisbereinigt ein starkes Umsatzplus von 11 %.

Der Kfz-Handel im Bereich Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen konnte keine Umsatzsteigerungen verbuchen, sondern musste nominal sowie preisbereinigt ein Minus von 3,1 % hinnehmen. Die Anzahl der Beschäftigten nahm gegenüber dem zweiten Quartal 2013 um 1,5 % zu.

Einbußen im Großhandel

Hessenweit werden monatlich rund 500 Großhandelsunternehmen durch das Statistische Bundesamt befragt. Dabei handelt es sich ausschließlich um Großhändler mit einem Jahresumsatz von mindestens 20 Mill. Euro oder mindestens 100 Beschäftigten. Die Daten der übrigen Unternehmen werden – wie bei der monatlichen Kfz-Handelsstatistik – aus Verwaltungsdaten (Bundesagentur für Arbeit und Oberfinanzdirektion) entnommen.

Im zweiten Quartal 2014 gingen die Umsätze im Großhandel gegenüber dem Vorjahresquartal nominal um 2,5 % und preisbereinigt um 1,4 % zurück. Der umsatzstärkste Bereich des hessischen Großhandels ist der Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern. In diesem Bereich nahmen die nominalen Umsätze um 1,1 % und die preisbereinigten um 1,4 % ab.

Der hessische Großhandel beschäftigte im Beobachtungszeitraum 2,6 % mehr Personen als im zweiten Quartal 2013.

Gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt setzt sich auch im zweiten Quartal 2014 fort – Arbeitsmarkt bleibt stabil

Das wirtschaftliche Umfeld hat sich im Verlauf des vergangenen Jahres aufgehellt. Der Euroraum ist auf einen Erholungspfad eingeschwenkt und verzeichnet seit dem zweiten Quartal 2013 ein leichtes Wachstum. Die anderthalbjährige Phase der Rezession wurde beendet. Gestützt wurde diese Entwicklung durch die wirtschaftliche Belebung in wichtigen Ländern des Euroraumes, insbesondere auch in Deutschland. Lediglich in Zypern und in Italien sind die Wachs-

tumsraten im ersten Quartal 2014 weiterhin negativ. In Deutschland hat sich die wirtschaftliche Aktivität in den ersten Monaten des neuen Jahres deutlich verstärkt. Schon im Abschlussquartal 2013 erholte sich hier die gesamtwirtschaftliche Leistung gegenüber dem Vorquartal saison- und kalenderbereinigt um 0,4 %. Nach dem Jahreswechsel hat die positive Entwicklung an Dynamik gewonnen. Die Wachstumsrate verdoppelte sich auf 0,8 % im ersten Quartal 2014. Dazu trug auch der milde Winter bei, der vor allem die Außenberufe begünstigte. Die Stimmung in der Wirtschaft leidet allerdings etwas unter den geopolitischen



© moonrun - Fotolia.com

Entwicklungen (Entwicklungen in der Ukraine) und der damit verbundenen Zunahme von Unsicherheiten.

Das gesamtwirtschaftliche Umfeld wirkte sich auch auf Hessen aus. Laut Frühsommerumfrage der hessischen Industrie- und Handelskammern zog das Klima in der Wirtschaft deutlich an¹⁾. Noch im Frühsommer 2013 war der Index mit rund 109 Punkten unter das Vorjahresniveau gefallen. Ab dem dritten Quartal 2013 stieg der Geschäftsklimaindex kontinuierlich auf 124 Punkte, eine Zunahme von 15 Zählern gegenüber dem Vorjahr. Mit Blick auf die Geschäftslage stieg auch der Anteil der Unternehmen, die ihre momentane Lage positiv beurteilten, gegenüber dem Vorjahreswert um 11 Prozentpunkte auf fast 42 %. Das gute Geschäftsklima wirkt sich auch auf die Beschäftigung aus. Nach der aktuellen Frühjahrsumfrage planen 88 % der befragten hessischen Unternehmen zusätzlich Beschäftigungsverhältnisse aufzubauen oder ihren Personalbestand zu halten. Die positive Entwicklung

1) „Die Konjunktur in Hessen – Frühsommer 2014“, Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft hessischer Industrie- und Handelskammern.

am Arbeitsmarkt setzt sich fort und erhält zusätzliche Impulse durch die Konjunktur und den milden Winter.

In Hessen waren im ersten Quartal 2014 rund 3,25 Mill. Personen erwerbstätig, 27 300 oder 0,8 % mehr als im entsprechenden Vorjahresquartal. Damit war die Beschäftigung genauso hoch wie im Durchschnitt aller Bundesländer. Im Vergleich zu den alten Ländern (ohne Berlin) war die hessische Entwicklungsrate weiterhin schwächer. Der Abstand verringerte sich aber und betrug im ersten Quartal 2014 nur 0,1 Prozentpunkte.

Nach den vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR) setzte sich in Hessen die ab dem zweiten Quartal 2010 einsetzende positive Entwicklung im ersten Quartal 2014 fort. Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte in einem ersten Quartal einen neuen Höchststand. Die Entwicklung des Beschäftigungsaufbaus wurde



© pressmaster - Fotolia.com

durch den milden Winter und durch den Wirtschaftsaufschwung begünstigt. Im Vergleich zum Vorquartal nahm die Zahl der Erwerbstätigen in Hessen im ersten Quartal 2014 um 31 000 Personen oder knapp 1,0 % ab. Ein Rückgang der Erwerbstätigenzahl ist im ersten Quartal saisonal üblich; allerdings war die Abnahme im ersten Quartal 2014 gegenüber dem Vorquartal geringer als im Durchschnitt der letzten 4 Jahre.

Zum Beschäftigungsaufbau im ersten Quartal 2014 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum trugen insbesondere die Dienstleis-

tungsbereiche bei. Entgegen dem allgemeinen Trend verstärkte sich dort der Erwerbstätigenzuwachs gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 24 900 (+ 1,0 %). Insgesamt arbeiteten im Dienstleistungssektor gut 2,5 Mill. Personen, das sind knapp 78 % aller Erwerbstätigen in Hessen. Die stärkste Dynamik beim Stellenaufbau innerhalb des Dienstleistungssektor ging im ersten Quartal 2014 vom Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister einschließl. Grundstücks- und Wohnungswesen“ mit dem höchsten prozentualen Stellenzuwachs von 2,4 % aus. Im ersten Quartal 2013 gab es hier im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum noch einen leichten Rückgang.

Das Baugewerbe hatte einen Zuwachs von 1730 neuen Stellen zu verzeichnen (+ 1,0 %). Das Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) meldete einen Zuwachs an Arbeitsplätzen von 900 (+ 0,2 %), nachdem hier im dritten und vierten Quartal 2013 noch Rückgänge zu verzeichnen gewesen waren (jeweils im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal). In der Land- und Forstwirtschaft; Fischerei sank die Erwerbstätigenzahl um 200 Personen oder 0,7 %.

Der Arbeitsplatzaufbau im ersten Quartal 2014 gegenüber dem Vorjahresquartal ist maßgeblich auf den Anstieg der Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer zurückzuführen. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Zeitarbeitsbranche, die als Frühindikator der Beschäftigtenentwicklung gilt, in Hessen seit dem ersten Quartal 2013 kontinuierlich zu. Nach vorläufigen Angaben der Bundesagentur für Arbeit steigerte sich der Zuwachs im Mai 2014 gegenüber dem Jahreswert auf 2680 Personen oder 5,6 %, sodass zurzeit über 50 000 Arbeitnehmer in der Zeitarbeitsbranche tätig sind. In konjunkturellen Aufschwungphasen werden vermehrt Zeitarbeiter eingestellt. Mit zunehmender Festigung und einem damit einhergehenden wachsenden Vertrauen in den wirtschaftlichen Aufschwung sind die Arbeitgeber bereit, auch ihr Stammpersonal zu verstärken.

Die hessische Arbeitslosigkeit folgte im aktuellen Quartal der saisonüblichen Entwicklung. Im Ver-

Arbeitsmarkt in Hessen nach Quartalen¹⁾

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2013			2014	
		2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1.. Vj.	2. Vj.
Erwerbstätige						
Erwerbstätige (Inland) i n s g e s a m t	1000	3 237,9	3 256,9	3 277,0	3 246,0	...
Zu- bzw. Abnahme (-) der Erwerbstätigenzahlen gegenüber dem Vorjahresquartal	%	0,3	0,5	0,6	0,8	...
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	1000	2 291,7	2 315,7	2 328,2	2 311,4	...
Arbeitslose						
Arbeitslose i n s g e s a m t	Anzahl	186 753	186 847	177 134	191 815	184 286
und zwar						
Männer	"	100 130	97 896	93 535	104 462	98 292
Frauen	"	86 623	88 951	83 599	87 353	85 993
in der Altersgruppe von ... Jahren						
15 bis unter 25	"	17 623	20 497	16 154	18 114	16 779
dar. 15 bis unter 20	"	3 097	3 934	3 152	3 316	3 033
50 oder älter	"	57 434	56 281	55 398	59 559	58 267
dar. 55 oder älter	"	34 864	34 331	33 872	36 111	35 775
Ausländer	"	49 216	49 169	48 347	52 293	51 615
im Rechtskreis III	"	64 288	64 581	58 763	68 771	61 717
im Rechtskreis II	"	122 465	122 266	118 371	123 043	122 568
Zu- bzw. Abnahme (-) der Arbeitslosenzahlen gegenüber dem Vorjahresquartal	%	5,1	4,8	2,6	0,1	-1,3
Arbeitslosenquote ²⁾ i n s g e s a m t	"	5,9	5,8	5,6	6,0	5,7
und zwar						
Männer	"	6,0	5,8	5,5	6,2	5,7
Frauen	"	5,8	5,9	5,5	5,8	5,7
in der Altersgruppe von ... Jahren						
15 bis unter 25	"	5,4	6,2	4,9	5,5	5,2
dar. 15 bis unter 20	"	3,4	4,5	3,6	3,8	3,5
50 oder älter	"	6,4	6,1	6,0	6,5	6,1
dar. 55 oder älter	"	6,9	6,7	6,6	7,0	6,7
Ausländer	"	13,1	12,9	12,6	13,6	13,1
Deutsche	"	4,9	4,9	4,6	5,0	4,7
Gemeldete Stellen						
Gemeldete Stellen (Bestand) ³⁾	Anzahl	32 743	33 465	32 001	30 621	31 894
Kurzarbeit						
Kurzarbeiter ⁴⁾	"	6 267	3 695	5 578

1) Durchschnittswerte des Quartals. – 2) Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. – 3) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. – 4) Daten liegen erst 5 Monate nach den Quartalsergebnissen vor.
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnung sowie „Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“.

gleich zum Vorquartal und auch im Vergleich zum Vorjahresquartal sind die Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung gesunken. Nach dem milden Winter und der Möglichkeit der frühzeitigeren Einstellungen bei den Außenberufen fiel der Rückgang der Arbeitslosigkeit schwächer aus als im Durchschnitt der letzten Jahre. Im Durchschnitt des zweiten Quartals waren in

Hessen 184 300 Personen arbeitslos gemeldet. Das waren 2470 Personen oder 1,3 % weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Gegenüber dem Vorquartal nahm die Arbeitslosenzahl ebenfalls ab, aber auch hier nicht so stark wie in den Vorjahren in den jeweils zweiten Quartalen. Die übliche Frühjahrsbelebung verlor damit an Kraft. Deutlich wird dies bei der Betrachtung

der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit, die seit September letzten Jahres abwärts gerichtet war, jedoch im Mai wieder eine Zunahme notierte und zum Ende des aktuellen Quartals gegenüber dem Vormonat stagnierte. Der Anstieg im Mai und die Stagnation im Juni hängen damit zusammen, dass aufgrund der außergewöhnlich milden Witterung die Arbeitslosigkeit im Winter weniger stark stieg und dann schneller abgebaut wurde. Auch die Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen fiel im Berichtsquartal schwächer aus als im entsprechenden Vorjahresquartal. Im Durchschnitt des zweiten Quartals waren rund 240 800 Personen unterbeschäftigt



© style-photography - Fotolia.com

(ohne Kurzarbeit). Das waren 3930 Personen weniger als im Vorjahreszeitraum.

Die Arbeitslosigkeit entwickelte sich erneut im Vorjahresvergleich weniger günstig als die Erwerbstätigkeit. Die zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren sowie die Zuwanderung überkompensieren die Auswirkungen der Alterung der Bevölkerung. Das dämpft den Abbau der Arbeitslosigkeit.

Die bundesweite Zahl der Arbeitslosen sank ebenfalls im Berichtsquartal sowohl gegenüber dem Vorjahresquartal als auch gegenüber dem Vorquartal. Beide relative Abnahmen waren höher als in Hessen. Dies hängt damit zusammen, dass in den neuen Ländern einschl. Berlin die

Arbeitslosenzahlen stärker abnahmen als in den alten Ländern. In den neuen Ländern verringerte sich im Jahresvergleich die Arbeitslosenzahl insgesamt um 5,7 %, während diese in den alten Ländern nur marginal um 0,2 % abnahm. Im Gebiet der alten Länder war die Entwicklung unterschiedlich: Zunahmen gab es in Hamburg und in Nordrhein-Westfalen, die übrigen alten Länder verzeichneten Rückgänge in der Spanne von 0,5 % (Schleswig-Holstein) bis 2,6 % (Baden-Württemberg). In den neuen Ländern (einschl. Berlin) konnten alle Länder einen Rückgang der Arbeitslosenzahl melden.

Die hessische Arbeitslosenquote, bezogen auf alle Erwerbspersonen, war mit 5,7 % weiterhin günstiger als die Quote der alten Länder (5,9 %) und deutlich niedriger als die für Gesamtdeutschland (6,6 %). Den vierten Platz im Länderranking hinter Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz konnte Hessen weiterhin behaupten.

Für internationale Vergleiche liegen von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Union, Angaben bis Mai vor. Nach diesen Angaben lag die harmonisierte und saisonbereinigte Arbeitslosenquote²⁾ im Euroraum (EU 18) bei 11,6 % und in der Europäischen Union (EU 28) bei 10,3 %. Die schon seit Monaten zu beobachtenden Abnahmen der Arbeitslosenquoten für diese Regionen setzen sich auch am aktuellen Rand fort, obwohl die Entwicklung in den Mitgliedstaaten unterschiedlich war. Von den Mitgliedstaaten der EU verzeichneten Österreich (4,7 %), Deutschland (5,1 %), Malta (5,7 %) die niedrigsten Quoten. Luxemburg, das bisher den dritten Platz innehatte, muss sich gemeinsam mit der Tschechischen Republik den vierten Platz teilen (jeweils 6,3 %). Die höchsten Quoten meldeten wie schon im Vorquartal Griechenland (27,3 %), Spanien (25,1 %) und Kroatien (16,3 %). Die entsprechende hessische Quote lag bei 4,4 %. In den USA lag die Quote bei 6,3 % und in Japan bei 3,5 %.

In Spanien und in Griechenland ist die Jugendarbeitslosigkeit (jünger als 25 Jahre) mit jeweils über 50 % weiterhin sehr hoch (zum Vergleich Deutschland: 7,8 %, Hessen: 7,5 %). In Österreich lag die Quote bei 8,9 % und in den Niederlanden

2) Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen. Stand: 29. Juli 2014. Dabei werden die Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zugrunde gelegt.

bei 10,8 %. Der Durchschnitt der Mitgliedstaaten (EU 28) lag bei 22,2 %, das sind 1,4 Prozentpunkte niedriger als im Vorjahreszeitraum. Der Euroraum (EU 18) meldete durchschnittlich eine Quote von 23,3 %; das ist eine Abnahme gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Prozentpunkte.

Vom Rückgang der Arbeitslosigkeit in Hessen konnten im Berichtsquartal im Vergleich zum Vorjahreszeitraum nicht alle Personengruppen profitieren. Der größte prozentuale Rückgang im zweiten Quartal im Vergleich zum Vorjahresquartal konnte bei der Jugendarbeitslosigkeit und bei der Gruppe der Deutschen verzeichnet werden. Dagegen gab es wiederum Zunahmen bei den Ausländern und bei den Älteren (50 bis unter 65 Jahre). Ihre Anteile an den Arbeitslosen insgesamt liegen bei 28,0 % (Ausländer) bzw. bei 31,6 % (Älteren). Die Anteile steigen schon seit Jahren und haben im zweiten Quartal Rekordwerte erreicht. Im Vorquartalsvergleich konnten alle Personengruppen bei der Zahl der Arbeitslosen Rückgänge verzeichnen.

Von den 184 300 Arbeitslosen im zweiten Quartal 2014 wurden in Hessen im Rechtskreis SGB III von einer Agentur für Arbeit gut ein Drittel und im Rechtskreis SGB II von einem Träger der Grundsicherung zwei Drittel betreut. Im Vergleich zum Vorjahresquartal fiel die Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III um 4,0 % auf 61 700 Personen. Dagegen stieg die Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB II leicht. Im Vergleich zum Vorquartal verzeichneten beide Rechtskreise einen Rückgang.

Der Bestand an gemeldeten offenen Arbeitsstellen verringerte sich nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit im Berichtsquartal gegenüber dem Vorjahresquartal um 2,6 % auf 31 900. Die Stellenzugänge, die einen besseren Indikator für die Einstellungsbereitschaft der Betriebe als die Bestandszahlen darstellen, waren weiterhin auf hohem Niveau. Im Durchschnitt des zweiten Quartals wurden 10 260 neue Stellen gemeldet, das sind 260 weniger als im Vorjahresquartal. Am Ende des Berichtsquartals waren mehr als die Hälfte der gemeldeten neuen Stellen sofort zu besetzen. Knapp 93 % der gemeldeten Stellen beziehen sich auf eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und 6,5 % auf gering-

fürige Beschäftigungen. Jede fünfte gemeldete Stelle war eine Teilzeitbeschäftigung, die auch Arbeiten der Heimarbeit und Telearbeit umfasst. Das Gros der gemeldeten Stellen gab es in den Dienstleistungsbereichen und hier vor allem im Bereich „Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen“. Hier werden auch die gemeldeten offenen Stellen der Arbeitnehmerüberlassung (Zeitarbeitsbranche) nachgewiesen. Diese umfassen fast 80 % der hier gemeldeten Stellen. Starke Bedarfe gab es auch in den Bereichen „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ sowie „Gesundheits- und Sozialwesen“.

Keine klare Richtung bei den Insolvenzen

Von April bis Juni 2014 haben die hessischen Amtsgerichte über 380 Anträge auf Insolvenz von Unternehmen entschieden. Das sind zwar gut 1 % mehr als im vorherigen Quartal, aber aufgrund der seit dem dritten Quartal 2013 gesunkenen Zahl von Insolvenzanmeldungen gut 18 % weniger als im zweiten Quartal 2013. Der deutliche Anstieg der Unternehmensinsolvenzen in den ersten beiden Quartalen 2013 hat sich in diesem Jahr nicht wiederholt.



© FMZ - Fotolia.com

Der Anteil der mangels Masse abgewiesenen Anträge lag im zweiten Quartal 2014 mit knapp 34 % auf dem Niveau des vorherigen Quartals. Die voraussichtlichen offenen Forderungen der Gläubiger bezifferten die Gerichte für das zweite Quartal 2014 auf insgesamt 225 Mill. Euro. Dies entspricht knapp 0,6 Mill. Euro je beantragter Insolvenz. Im ersten Quartal 2014 lag dieser Wert mit 0,5 Mill. niedriger, im Durchschnitt des Jahres 2013 mit 1,5 Mill. Euro deutlich höher. Von der Insolvenz ihres Arbeitgebers waren im

zweiten Quartal 2014 insgesamt 1117 Beschäftigte betroffen, merklich weniger als im ersten Quartal (1660 Beschäftigte). Im Jahr 2013 waren es durchschnittlich knapp 1900 Beschäftigte je Quartal.

Die Entwicklung der Insolvenzzahlen verlief in den einzelnen Branchen recht unterschiedlich. Ein besonders deutlicher Rückgang ist in den Bereichen „Grundstücks- und Wohnungswesen“ (– 63 % gegenüber dem zweiten Quartal 2013), „Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen“ (– 52 %) und „Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“ (– 46 %) zu beobachten. Weniger Insolvenzen gab es auch im Verarbeitenden Gewerbe (– 33 %) und im Handel (– 11 %). Entgegen der allgemeinen Entwicklung stieg die Zahl der Insolvenzen in den Bereichen „Information und Kommunikation“ (+ 23 %), „Verkehr und Lagerei“ (+ 18 %) und im „Baugewerbe“ (+ 3 %). Aufgrund der geringen absoluten Fallzahlen sind diese prozentualen Änderungen vorsichtig zu interpretieren.



© Gina Sanders - Fotolia.com

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen lag im zweiten Quartal 2014 mit 1432 Fällen knapp 2 % über dem Ergebnis des vorherigen Quartals und knapp 3 % über dem des zweiten Quartals 2013. Im ersten Quartal waren die Verbraucherinsolvenzen erstmals wieder nach einer zweieinhalb Jahre währenden Periode sinkender Antragszahlen gestiegen. Die voraussichtlichen Forderungen je Verbraucherinsolvenz lagen im zweiten Quartal 2014 mit 54 600 Euro sowohl unter dem Niveau des Vorquartals (63 300 Euro) als auch unter dem des Jahres 2013 (62 000 Euro).

Bei den Insolvenzen der ehemals selbstständig Tätigen wird unterschieden zwischen Personen, die aufgrund nicht überschaubarer Vermögensverhältnisse (mehr als 19 Gläubiger oder Verbindlichkeiten aus Arbeitsverhältnissen) wie Unternehmen das Regelinsolvenzverfahren durchlaufen und Personen mit überschaubaren Vermögensverhältnissen, auf die das vereinfachte Verfahren wie für Verbraucher angewendet wird.

Die Zahl der Regelinsolvenzverfahren ehemals selbstständig Tätiger lag im zweiten Quartal 2014 mit 375 Fällen 6 % über dem Wert des vorherigen Quartals, jedoch 9 % unter dem des entsprechenden Vorjahresquartals. Die voraussichtlichen Forderungen je Regelinsolvenz ehemals Selbstständiger lagen im zweiten Quartal 2014 mit gut 186 000 Euro leicht unter dem Niveau des ersten Quartals (190 000 Euro), aber noch über dem des Jahres 2013 (170 500 Euro).

Die Anträge auf ein vereinfachtes Verfahren ehemals Selbstständiger stiegen mit 184 Fällen im zweiten Quartal gegenüber dem Vorquartal um 19 % und gegenüber dem zweiten Quartal 2013 um 8 %. Die voraussichtlichen Forderungen je Verfahren lagen mit 113 000 Euro unter dem Durchschnitt des ersten Quartals (129 000 Euro), aber über dem des Vorjahres (94 900 Euro).

Inflationsrate unverändert

Der Verbraucherpreisindex lag im zweiten Quartal 2014 wie schon im ersten Quartal um 1,0 % über dem Niveau des jeweils gleichen Vorjahreszeitraums.

Während im ersten Quartal vor allem Preissenkungen bei Mineralölprodukten dämpfend auf die Inflationsrate wirkten, schwächte sich dieser Einfluss im zweiten Quartal merklich ab. Dafür kam im zweiten Quartal der seit längerem zu beobachtende überdurchschnittliche Anstieg der Nahrungsmittelpreise fast zum Stillstand, was einen Anstieg der Inflationsrate verhinderte. Ebenfalls dämpfend auf die Inflationsrate wirkten weiterhin sinkende Preise für Nachrichtenübermittlung und für Produkte der Unterhaltungselektronik sowie weniger als saisonüblich steigende Preise für Bekleidung und Schuhe.

Im April erreichte die Inflationsrate mit 1,3 % aufgrund von einmaligen Basiseffekten u. a. bei Pauschalreisen ihren bisher höchsten Stand im Jahr 2014. Dem deutlichen Rückgang der Inflationsrate im Mai auf 0,7 % folgte ein erneuter Anstieg auf 0,9 % im Juni.

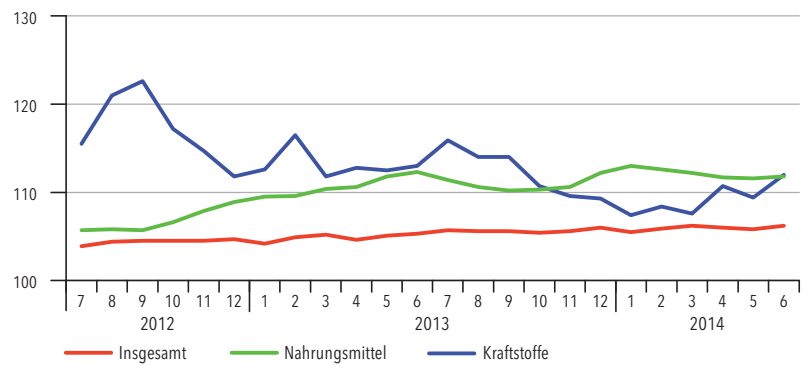
Der Preisindex für Haushaltsenergie (Strom, Heizöl, Gas, feste Brennstoffe, Zentralheizung und Fernwärme) lag im zweiten Quartal 2014 um 0,7 % über dem Wert des vergleichbaren Vorjahresquartals. Die Preisentwicklung der einzelnen Energieträger verlief unterschiedlich. Während der Strom- (+ 2,2 %) und Gaspreis (+ 1,6 %) stiegen, war Heizöl (- 0,7 %) immer noch billiger als vor einem Jahr, trotz wieder steigender Preise im zweiten Quartal.

Die Jahresteuerrate von Nahrungsmitteln sank von 2,6 % im ersten Quartal auf nur noch 0,1 % im zweiten Quartal. Der deutliche Rückgang erklärt sich dadurch, dass in diesem Jahr das Preisniveau für Nahrungsmittel im zweiten Quartal gegenüber dem ersten Quartal um 0,8 % gesunken ist, während im vergangenen Jahr die Preise um 1,6 % stiegen („Basiseffekt“). Deutliche Unterschiede bestehen bei der Jahresteuerrate der einzelnen Produkte. Überdurchschnittlich verteuerten sich binnen Jahresfrist Molkereiprodukte und Eier (+ 7,7 %), Fisch (+ 3,3 %) sowie Brot- und Getreideerzeugnisse (+ 1,7 %). Die Preise für Speisefette und -öle (+ 0,7 %), sowie Obst (+ 0,3 %) lagen nur wenig über dem Niveau des Vorjahres. Für Fleisch und Fleischwaren (- 1,7 %) sowie für Gemüse (- 1,0 %) zahlten die Verbraucher weniger als vor einem Jahr.

Die Preise von Kleidung und Schuhen lagen im zweiten Quartal 2014 mit einem Minus von 0,3 % unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Im ersten Quartal betrug die Jahresteuerrate noch 0,9 %. Der Grund für diese Entwicklung ist, dass der saisonbedingte Anstieg der Preise für Bekleidung und Schuhe im zweiten Quartal 2014 weniger stark ausfiel als vor einem Jahr.

Für Leistungen der Nachrichtenübermittlung (- 1,5 % gegenüber dem zweiten Quartal 2013) und für Unterhaltungselektronik (- 3,9 %) setzte sich der Trend sinkender Preise weiter fort. Deutliche Preissenkungen wurden für Mobiltelefone

Verbraucherpreisindex¹⁾



1) 2010 = 100.

(- 11,6 %), Notebooks einschl. Tablets (- 10,2 %) sowie Fernsehgeräte (- 10,1 %) beobachtet. Allerdings gab es auch in diesem Bereich Produkte, die teurer wurden, z. B. Tintenstrahldrucker (+ 7,8 %) und MP3-Player (+ 4,4 %). Ebenfalls uneinheitlich verlief die Entwicklung bei den anderen Gebrauchsgütern im Haushalt. Glaswaren und Geschirr verteuerten sich im zweiten Quartal 2014 um 1,2 % gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres, Heimtextilien um 1,0 %, Möbel

Verbraucherpreisindex in Hessen

Art der Angabe	2013			2014	
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
2010 = 100					
Verbraucherpreisindex	105	105,6	105,7	105,9	106,0
und zwar					
Nahrungsmittel	111,6	110,7	111,0	112,6	111,7
Kleidung und Schuhe	105,1	101,4	105,6	102,6	104,8
Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten)	104	104,5	104,7	105,3	105,7
Haushaltsenergie	119,2	120,3	119,6	120,0	120,0
Verkehr	106,8	107,5	106,2	106,1	107,2
Kraftstoffe	112,8	114,6	109,9	107,8	110,7
Nachrichtenübermittlung	93,8	93,3	92,8	92,8	92,4
Unterhaltungselektronik	81,1	80,0	78,9	78,1	77,9
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Verbraucherpreisindex	1,3	1,2	1,1	1,0	1,0
und zwar					
Nahrungsmittel	5,0	4,7	3,0	2,6	0,1
Kleidung und Schuhe	1,6	1,2	0,2	0,9	-0,3
Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten)	1,4	1,5	1,4	1,6	1,6
Haushaltsenergie	4,0	3,5	2,4	-0,3	0,7
Verkehr	-0,1	-0,5	-0,5	-0,7	0,4
Kraftstoffe	-3,0	-4,3	-4,1	-5,1	-1,9
Nachrichtenübermittlung	-1,4	-1,4	-1,3	-1,1	-1,5
Unterhaltungselektronik	-6,5	-7,3	-7,4	-5,6	-3,9

um 0,2 %. Die Preise für Haushaltsgeräte (- 1,6 %) sanken binnen Jahresfrist.

Dienstleistungen (ohne Mieten) wurden für private Haushalte durchschnittlich 1,7 % teurer. Darunter stiegen insbesondere die Preise für

Verbundfahrkarten und für Dienstleistungen sozialer Einrichtungen (jeweils + 3,5 %) sowie für Pauschalreisen (+ 3,0 %). Die Jahresteuersatzrate für Wohnungsmieten lag wie im ersten Quartal 2014 bei 1,6 %.

Hebesätze der Realsteuern



Daten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

■ Die jährlich herausgegebene Veröffentlichung „Hebesätze der Realsteuern“ enthält für alle Gemeinden und Städte Deutschlands die Hebesätze der

- Grundsteuer A
- Grundsteuer B
- Gewerbesteuer

Außerdem enthält die Publikation die Einwohnerzahlen zum Stichtag 30. Juni, um die Möglichkeit der Bildung von Einwohnergrößenklassen zu schaffen. Die Hebesätze sind entweder für alle Gemeinden Deutschlands oder gezielt für die Gemeinden einzelner Bundesländer abrufbar.

Die Hebesätze werden von den kommunalen Körperschaften zur Festsetzung der durch den Steuerpflichtigen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A), für sonstige Grundstücke (Grundsteuer B) bzw. als Gewerbetreibender (Gewerbesteuer) zu entrichtenden Steuer autonom bestimmt.

„Hebesätze der Realsteuern“ ist gemeinsam erstellt von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder.

Die Publikation kann im Internet unter www.statistik-portal.de kostenlos heruntergeladen werden.

STATISTIK HESSEN



W-160-14

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei uns.
Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden
Telefon: 0611 3802-950 · Fax: 0611 3802-992
E-Mail: vertrieb@statistik.hessen.de
Internet: www.statistik-hessen.de

Hessischer Zahlenspiegel

Bevölkerung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2012	2013	2012	2013			2014		
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1000	6016,52)	6 045,0	6 016,5	6 017,7	6 017,9	6 046,0	6 045,0
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen	Anzahl	2 310	2 241	3 598	543	669	1 606	3 086
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	4,6	4,4	7,1	1,1	1,4	3,2	6,0
* Lebendgeborene	"	4 301	4 349	5 750	2 901	3 468	4 109	5 688
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	8,6	8,6	11,3	5,7	7,5	8,3	11,1
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	5 155	5 324	6 508	4 689	5 585	5 012	6 648
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,3	10,6	12,8	9,2	12,1	10,1	12,9
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	13	16	19	11	22	15	22
auf 1000 Lebendgeborene	"	3,1	3,7	3,3	3,8	6,3	3,7	3,9
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorenen (-)	"	- 854	- 975	- 758	- 1 788	- 2 117	- 903	- 960
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 1,7	- 2,0	- 1,5	- 3,5	- 4,6	- 1,8	- 1,9
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	"	15 906	17 046	9 935	16 827	13 580	15 706	11 489
* darunter aus dem Ausland	"	8 272	9 258	4 765	8 771	7 410	8 570	5 889
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	13 353	13 907	10 249	14 107	11 455	13 235	11 312
* darunter in das Ausland	"	5 446	5 913	4 498	6 094	5 268	5 953	5 266
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	2 553	3 139	- 314	2 720	2 125	2 471	177
* Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	"	17 817	18 899	14 294	20 813	16 393	18 697	15 819

Arbeitsmarkt ⁴⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2012	2013	2013			2014			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Arbeitslose (Monatsmitte)	Anzahl	178 320	178 320	186 448	183 493	189 714	186 050	184 653	182 154	186 248
und zwar										
* Frauen	"	84 392	84 392	86 607	85 830	89 714	86 280	86 210	85 490	87 992
* Männer	"	93 928	93 928	99 841	97 663	100 000	99 770	98 443	96 664	98 256
* Ausländer	"	46 241	46 241	49 042	48 520	49 294	51 645	51 873	51 328	51 918
* Jüngere von 15 bis unter 25 Jahren	"	17 464	17 464	17 336	17 292	21 428	17 308,0	16 689,0	16 340,0	19 279,0
* Arbeitslosenquote ⁵⁾ insgesamt	%	5,7	5,7	5,8	5,7	5,9	5,8	5,7	5,6	5,8
und zwar der										
* Frauen	"	5,7	5,7	5,8	5,7	6,0	5,8	5,7	5,6	5,8
* Männer	"	5,7	5,7	5,9	5,8	5,9	5,9	5,7	5,6	5,7
* Ausländer	"	13,0	13,0	12,8	12,7	12,9	13,5	13,0	12,9	13,0
* Jüngere von 15 bis unter 25 Jahren	"	5,3	5,3	5,3	5,3	6,5	5,3	5,2	5,0	6,0
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	Anzahl	6 809	6 809	5 675	6 233	3 780
* Gemeldete Arbeitsstellen (Monatsmitte) ⁶⁾	"	35 553	35 553	32 864	33 016	35 627	31 740	31 310	35 424	36 291

Erwerbstätigkeit ⁷⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2011	2012	2011		2012		2013		
		30.6.		Sept.	Dez.	Sept.	Dez.	Juni	Sept.	Dez.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt ^{8/9)}	1000	2 233,4	2 272,3	2 283,7	2 272,5	2 310,9	2 293,9	2 291,7	2 334,3	2 316,1
und zwar										
* Frauen	"	1 006,7	1 027,2	1 030,7	1 029,6	1 046,8	1 043,7	1 041,0	1 061,5	1 057,6
* Ausländer	"	232,4	247,4	238,5	236,1	254,6	250,9	261,6	270,3	266,1
* Teilzeitbeschäftigte ¹⁰⁾	"	458,8	588,8	588,8	599,3	609,5	611,4
* darunter Frauen	"	373,7	469,3	469,3	475,5	484,1	485,4
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen ¹¹⁾										
davon										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	7,9	8,1	8,2	7,2	8,3	7,3	8,4	8,5	7,4
darunter Frauen	"	2,6	2,7	2,7	2,4	2,7	2,4	2,7	2,8	2,4
* Produzierendes Gewerbe	"	563,3	574,7	573,0	565,9	584,5	578,0	578,5	589,6	579,9
darunter Frauen	"	125,3	129,2	127,4	126,1	131,5	130,1	129,6	132,5	130,6
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	"	543,9	554,9	557,0	558,0	566,1	555,5	552,0	562,0	559,1
darunter Frauen	"	239,2	243,0	245,1	245,5	248,1	244,7	243,6	248,7	247,8
* Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	"	570,0	557,0	583,5	576,2	583,9	584,9	589,0	600,6	594,5
darunter Frauen	"	252,8	256,9	259,1	257,4	261,4	263,7	263,6	268,6	266,8
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	"	548,1	557,0	561,1	564,0	567,1	567,2	563,1	572,6	574,1
darunter Frauen	"	386,7	395,0	396,0	397,7	402,7	402,3	401,2	408,6	409,5

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2) Am 31.12. – 3) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. – 4) Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig; die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 5) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen. Beim Nachweis der Merkmale nach Geschlecht sind Fälle „ohne Angaben“ in den „Insgesamt“-Positionen enthalten. – 6) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. – 7) Statistik der Bundesagentur für Arbeit; vorläufige Werte. – 8) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung. – 9) Erstellungsdatum: Juli 2014. – 10) Aufgrund der Umstellung der Erhebungsinhalte hinsichtlich der Angaben zur Tätigkeit („Arbeitszeit“, „Berufsabschluss“ und „ausgeübte Tätigkeit (Beruf)“) ist ein statistischer Nachweis für Stichtage nach dem 30.06.2011 und vor dem 31.12.2012 nicht möglich. – 11) Abgrenzung nach WZ 2008.

Soziales										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2012	2013	2013			2014			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Leistungsbezug nach SGB II ¹⁾ Daten nach einer Wartezeit von 3 Monaten										
Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	403 510	409 601	412 028	411 287	411 762	417 945	418 150
darunter Frauen	"	207 435	210 211	211 119	210 775	211 218	213 840	214 108
davon										
erwerbsfähige Leistungsberechtigte	"	280 239	283 752	285 956	285 392	285 751	289 494	289 568
nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	"	123 271	125 850	126 072	125 895	126 011	128 451	128 582
darunter unter 15 Jahren	"	116 289	118 377	118 630	118 381	118 529	120 681	120 754

Landwirtschaft										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2012	2013	2013			2014			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Schlachtungen ²⁾										
Rinder insgesamt	Anzahl	3 471	3 158	3 230	2 840	2 326	3 235	2 946	2 698	2 299
darunter										
Kälber ³⁾	"	141	129	101	96	78	113	156	97	90
Jungrinder	"	136	110	99	123	85	81	135	106	92
Schweine	"	44 763	43 058	45 927	42 123	39 759	45 152	40 617	40 971	41 860
darunter hausgeschlachtet	"	1 423	1 240	1 349	859	412	1 502	1 092	696	335
Schlachtmenge ⁴⁾										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	5 598	5 389	5 637	5 386	4 876	5 479	5 264	5 119	5 067
darunter										
* Rinder insgesamt	"	1 050	991	979	897	748	970	889	856	741
* darunter										
Kälber ³⁾	"	18	16	10	12	10	14	19	11	11
Jungrinder	"	20	15	15	18	12	10	20	16	14
* Schweine	"	4 131	3 969	4 241	3 918	3 718	4 109	3 730	3 808	3 893
* Geflügelfleisch ⁵⁾	"
* Erzeugte Konsumier ⁶⁾	1000 St.	17 263	18 141	18 489	18 672	18 267	21 042	21 210	20 354	20 354

Verarbeitendes Gewerbe ⁷⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2012	2013	2013			2014			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Betriebe	Anzahl	1 401	1 397	1 398	1 400	1 402	1 404	1 406	1 406	1 404
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	355,8	356,3	353,7	354,0	355,1	358,3	358,1	358,3	359,2
* Geleistete Arbeitsstunden	"	44 907	44 578	46 557	42 236	44 625	47 160	44 491	44 216	42 368
* Entgelte	Mill. Euro	1 421,1	1 454,8	1 517,5	1 562,2	1 480,7	1 464,8	1 582,1	1 602,2	1 553,8
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	8 645,4	8 628,9	8 836,3	8 537,3	8 924,9	9 313,0	8 515,7	8 627,7	8 853,6
* darunter Auslandsumsatz	"	4 493,7	4 536,2	4 657,1	4 587,8	4 730,0	4 903,7	4 382,0	4 586,0	4 791,6
Exportquote ⁸⁾	%	52,0	52,6	52,7	53,7	53,0	52,7	51,5	53,2	54,1
Volumenindex des Auftragseingangs ⁹⁾ insgesamt	2010 = 100 % ¹⁰⁾	- 5,8	1,0	13,4	- 7,2	10,7	4,4	- 8,8	8,2	- 8,8
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 6,4	- 1,9	3,8	- 8,6	- 3,4	2,0	- 10,4	0,7	- 4,4
Investitionsgüterproduzenten	"	- 6,6	4,9	19,5	- 5,6	35,7	8,9	- 9,5	19,5	- 20,1
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 5,4	- 14,1	- 11,2	- 33,5	- 19,6	- 5,2	- 13,7	- 4,1	- 3,7
Verbrauchsgüterproduzenten	"	- 2,0	1,5	31,9	- 5,1	- 0,8	3,2	- 3,6	8	8,7
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	"	- 8,5	3,6	7,8	- 3,9	- 2,4	- 0,1	- 5,3	- 3,8	1,9
Maschinenbau	"	- 7,3	3,9	22,2	0,9	13,6	1,6	- 9,1	7,4	- 12,9
Kraftwagen und -teile	"	- 9,8	0,5	8,0	- 4,5	- 0,6	9,8	3,3	5,6	2,3
Herstellung von Metallerzeugnissen	"	- 9,9	3,8	8,2	- 6,2	3,2	15,8	- 7,8	4,3	- 9,3

Energie- und Wasserversorgung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2012	2013	2013			2014			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Betriebe ¹¹⁾	Anzahl	114	116	115	115	116	115	115	115	116
* Beschäftigte ¹¹⁾	"	16 396	16 477	16 257	16 268	16 295	16 597	16 560	16 578	16 540
* Geleistete Arbeitsstunden ¹¹⁾	1000 h	2 025	2 021	2 102	1 825	2 011	2 117	1 993	2 010	1 892
* Entgelte ¹¹⁾	Mill. Euro	70,1	73,4	71,6	68,7	73,6	68,8	78,3	73,8	78,8
* Stromerzeugung (brutto) der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ¹²⁾	Mill. kWh	939,0	794,0	782,1	727,4	603,6	821,5	754,1	527,9	438,4

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. – 3) Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 4) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Lämmer, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 5) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. – 6) In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Jungghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 7) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten; teilweise vorläufige Werte; rückwirkende Aktualisierungen wurden vorgenommen. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. – 8) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 9) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. – 10) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. – 11) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 12) Mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW.

Handwerk ¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2012	2013	2012		2013				2014
		Durchschnitt		Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März
* Beschäftigte ²⁾	2009 = 100 ³⁾	97,8	97,2	99,6	97,4	96,1	96,6	99,1	96,8	96,5
* Umsatz ⁴⁾	2009 = 100 ³⁾	102,9	102,8	104,4	115,1	82,9	103,6	107,6	117,0	89,7

Baugewerbe ⁶⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2012	2013	2013			2014			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
B a u h a u p t g e w e r b e⁷⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	50,3	51,4	52,0	52,1	52,4	48,8	48,9	48,7	49,1
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	4 745	4 824	5 518	4 957	5 513	4 630	5 001	4 991	5 063
davon										
* Wohnungsbau	"	2 061	2 123	2 355	2 176	2 407	2 094	2 167	2 240	2 297
* gewerblicher Bau	"	1 491	1 536	1 767	1 568	1 722	1 388	1 560	1 418	1 536
* öffentlicher und Straßenbau	"	1 192	1 165	1 396	1 213	1 384	1 148	1 274	1 333	1 230
* Entgelte	Mill. Euro	119,1	123,6	136	128	118	112	124	125	121
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	513,9	553,7	515	518	560	509	519	560	559
davon										
* Wohnungsbau	"	179,2	212,1	200,7	192,5	201,1	203,9	203,7	217,5	205,1
* gewerblicher Bau	"	191,1	190,1	189,8	187,8	205,7	177,2	168,2	178,0	189,0
* öffentlicher und Straßenbau	"	143,6	151,5	124,3	138,0	153,0	127,5	146,5	164,2	165,1
Index des Auftragseingangs ⁸⁾	2010 = 100	126,4	126,4	136,0	109,5	135,1	161,6	141,2	124,4	114,1
darunter										
Wohnungsbau	"	168,8	163,3	137,1	124,0	225,5	187,6	336,6	168,3	174,2
gewerblicher Bau	"	152,3	151,5	168,6	122,2	144,5	172,1	111,8	145,5	125,6
öffentlicher und Straßenbau	"	95,7	97,7	111,2	96,1	103,8	146,7	113,0	96,5	89,3
A u s b a u g e w e r b e⁹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ¹⁰⁾	1000	21,4	22,3	.	.	22,2	23,6	.	.	23,6
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	6 309	6 706	.	.	6 585	7 016	.	.	7 142
* Entgelte	Mill. Euro	172,9	181,5	.	.	180,4	186,3	.	.	197,3
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	672,8	694,1	.	.	657,7	604,4	.	.	738,9

Baugenehmigungen										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2012	2013	2013			2014			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	530	561	488	614	618	562	563	570	599
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	462	481	410	552	537	464	478	492	505
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m ³	687	805	865	823	808	831	846	797	854
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m ²	128	147	153	148	148	153	153	144	157
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	191 860	230 753	250 602	236 210	228 110	245 359	248 106	221 576	254 426
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	127	118	112	105	123	105	125	130	155
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m ³	1 043	1 125	645	837	1 047	1 008	880	1 708	1 287
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m ²	165	163	118	148	127	135	151	203	210
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	175 873	168 302	124 931	144 036	117 449	134 481	182 049	170 126	220 659
* Wohnungen insgesamt ¹¹⁾	Anzahl	1 402	1 683	1 768	1 659	1 502	2 153	1 921	1 785	1 861
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen) ¹¹⁾	"	6 675	7 549	8 084	7 641	7 389	8 564	8 098	7 741	8 178

Großhandel ¹²⁾¹³⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2012	2013	2013			2014			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Index der Umsätze ¹⁴⁾ – real	2010 = 100	108,7	99,2	102,0	95,1	96,6	103,0	95,3	95,2	99,0
* Index der Umsätze ¹⁴⁾ – nominal	"	115,0	102,7	106,4	98,9	100,1	105,9	98,5	98,1	101,4
* Beschäftigte (Index)	"	99,6	105,1	108,8	108,7	108,6	110,9	111,4	111,4	111,6

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Zulassungspflichtiges Handwerk lt. Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten beiden Quartale sind jeweils vorläufig. – 2) Am Ende des Kalendervierteljahres. – 3) Hier: 30.09.2009 = 100. – 4) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). – 5) Hier: Vierteljahresdurchschnitt 2009 = 100. – 6) Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt; frühere Ergebnisse sind weitgehend vergleichbar. – 7) Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u.a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse. – 8) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 9) Bauinstallation und sonstiger Ausbau; Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). – 10) Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 11) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. – 12) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mix-Modell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 13) Einschl. Handelsvermittlung; ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. – 14) Ohne Umsatzsteuer.

Einzelhandel und Gastgewerbe ¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2012	2013	2013			2014			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Einzelhandel²⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ – real	2010 = 100	100,8	98,1	99,6	98,5	96,7	98,7	100,4	100,6	94,7
* Index der Umsätze ³⁾ – nominal	"	104,1	102,8	104,7	103,7	101,6	104,5	106,3	106,3	99,8
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ⁴⁾	"	105,0	106,9	105,8	108,3	105,0	107,8	111,4	110,4	104,9
Apotheken ⁵⁾	"	105,5	110,3	115,3	106,0	106,5	114,2	116,9	113,7	112,5
Bekleidung	"	103,6	104,9	104,6	99,7	105,7	103,5	108,2	108,7	99,9
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ⁶⁾	"	103,9	101,1	102,8	98,6	92,9	117,3	104,0	109,9	98,2
Geräten d. Informations- u. Komm.technik ⁶⁾	"	102,3	95,6	85,8	84,0	88,1	82,6	81,7	83,8	77,7
Versand- u. Internet-Eh.	"	92,9	64,4	66,6	64,9	61,3	68,7	68,2	69,9	65,9
* Beschäftigte (Index)	"	102,4	101,9	101,9	101,1	100,9	101,6	101,9	102,1	102,3
Kfz-Handel⁷⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ – real	"	112,9	107,9	115,5	110,9	110,3	124,6	126,1	122,8	113,3
* Index der Umsätze ³⁾ – nominal	"	115,6	110,4	118,6	113,6	112,6	127,4	128,7	125,3	115,8
* Beschäftigte (Index)	"	105,4	111,6	110,7	110,8	110,6	111,8	112,5	112,6	112,3
Gastgewerbe										
* Index der Umsätze ³⁾ – real	"	101,5	101,6	101,2	102,5	105,6	103,6	98,8	107,4	101,6
* Index der Umsätze ³⁾ – nominal	"	105,0	107,5	106,7	108,1	112,1	111,5	106,3	116,1	109,9
darunter										
Hotels, Gasthöfe u. Pensionen	"	105,5	105,8	106,5	104,2	110,5	114,2	101,5	115,5	102,8
Restaurants, Gastst., Imbissst., Cafés u. Ä.	"	108,0	108,8	107,9	113,2	114,1	106,7	107,1	115,2	109,7
Caterer u. sonst. Verpflegungsdienstleist.	"	99,7	107,9	105,1	104,7	112,4	117,4	110,5	119,5	121,1
Ausschank von Getränken	"	105,3	104,0	103,9	107,3	102,9	104,8	110,4	110,4	104,6
* Beschäftigte (Index)	"	105,3	105,9	104,9	106,8	107,0	107,4	108,1	107,9	108,2

Außenhandel ⁸⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2012	2013	2013			2014			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* A u s f u h r (Spezialhandel) insgesamt⁹⁾	Mill. Euro	4 611,8	4 811,2	4 894,3	4 847,6	4 859,0	5 025,6	4 954,2	4 862,9	4 843,4
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	148,4	163,6	132,3	160,0	143,0	173,2	140,8	170,5	148,2
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 357,2	4 546,5	4 577,5	4 511,2	4 526,5	4 676,8	4 640,7	4 524,5	4 520,2
davon										
* Rohstoffe	"	17,9	16,4	16,5	16,3	14,5	15,0	17,9	19,1	18,5
* Halbwaren	"	353,1	347,8	379,7	416,7	359,2	245,8	291,7	331,9	240,4
* Fertigwaren	"	3 986,2	4 182,4	4 181,4	4 078,2	4 152,8	4 416,1	4 331,1	4 173,6	4 261,2
davon										
* Vorerzeugnisse	"	652,4	636,0	697,6	662,7	662,6	654,1	688,8	648,3	670,6
* Enderzeugnisse	"	3 333,8	3 546,4	3 483,8	3 415,5	3 490,2	3 762,0	3 642,3	3 525,3	3 590,6
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	1 293,1	1 369,1	1 409,8	1 376,6	1 292,0	1 591,8	1 514,1	1 485,1	1 473,2
Maschinen	"	529,6	545,8	513,8	514,9	551,6	556,6	518,9	491,6	527,6
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	455,0	557,8	553,4	543,7	573,0	603,9	725,1	573,0	602,0
elektrotechnische Erzeugnisse	"	470,4	491,5	439,7	479,1	488,3	430,6	404,2	413,6	454,8
Eisen- und Metallwaren	"	303,4	292,8	311,6	280,5	310,9	288,0	276,3	270,2	302,7
davon nach										
* Europa	"	3 067,4	3 193,4	3 256,9	3 197,0	3 270,0	3 203,4	3 206,6	3 098,5	3 204,0
* darunter EU-Länder	"	2 575,6	2 721,0	2 726,3	2 712,5	2 822,2	2 800,8	2 794,2	2 714,2	2 805,4
* Afrika	"	90,7	99,4	106,0	128,6	96,9	117,8	107,1	94,6	115,8
* Amerika	"	649,3	703,2	731,1	694,9	669,4	890,1	756,3	862,1	713,7
* Asien	"	757,2	773,9	755,3	784,9	772,5	776,4	852,6	773,2	779,4
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	46,6	40,6	42,9	41,3	49,4	37,5	31,2	34,1	29,7
* E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt⁹⁾	"	6 490,2	6 691,3	7 044,7	6 896,9	7 107,4	7 255,4	6 734,1	6 682,7	6 945,1
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	237,2	252,4	226,4	243,8	220,3	247,7	244,9	233,3	253,7
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	5 982,1	6 129,4	6 320,7	6 157,3	6 389,6	6 512,0	6 013,1	5 991,7	6 201,8
davon										
* Rohstoffe	"	230,0	465,9	412,2	464,0	483,2	565,9	400,6	417,8	428,2
* Halbwaren	"	730,0	728,9	783,3	742,7	1 015,3	858,1	669,0	760,9	903,9
* Fertigwaren	"	5 022,1	4 934,7	5 125,2	4 950,5	4 891,0	5 088,1	4 943,5	4 813,0	4 869,7
davon										
* Vorerzeugnisse	"	624,8	609,2	653,7	661,1	629,6	567,3	597,4	518,7	544,7
* Enderzeugnisse	"	4 397,2	4 325,5	4 471,5	4 289,4	4 261,4	4 520,8	4 346,1	4 294,3	4 325,0

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mix-Modell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2) Einschl. Tankstellen. – 3) Ohne Umsatzsteuer. – 4) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. – 5) Sowie Fach-einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). – 6) Sowie Hausrat a. n. g. – 7) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 8) Vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. – 9) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch in den Gesamt-Positionen enthalten.

Noch: Außenhandel ¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2012	2013	2013			2014			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Noch: Einfuhr (Generalhandel) insgesamt ²⁾										
davon aus										
* Europa	Mill. Euro	4 096,4	4 298,8	4 512,9	4 499,0	4 668,3	4 554,0	4 149,6	4 210,7	4 194,8
* darunter EU-Länder	"	3 415,6	3 365,6	3 605,3	3 564,4	3 528,1	3 334,5	3 250,1	3 313,0	3 164,5
* Afrika	"	130,1	132,6	188,3	101,1	118,8	167,5	113,3	123,5	141,0
* Amerika	"	715,1	774,7	724,6	960,8	881,3	976,4	961,0	926,5	1 138,9
* Asien	"	1 508,0	1 437,4	1 548,7	1 285,5	1 396,0	1 534,1	1 499,0	1 392,5	1 429,7
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	40,7	47,7	70,3	50,5	43,0	23,5	11,2	29,5	40,6

Tourismus ³⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2012	2013	2013			2014			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Gästekünfte	1000	1 086	1 104	1 069	1 208	1 274	1 061	1 012	1 307	1 263
* darunter von Auslandsgästen	"	270	276	258	290	314	265	247	298	292
* Gästeübernachtungen	"	2 497	2 527	2 405	2 736	2 787	2 416	2 418	2 853	2 794
* darunter von Auslandsgästen	"	519	531	484	547	577	528	480	562	541

Verkehr										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2012	2013	2013			2014			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	855	872	909	941	798	886	852	879	...
davon										
* Gütereingang	"	669	676	719	743	623	683	641	685	...
* Güterversand	"	186	196	190	198	175	203	210	194	...
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ⁴⁾	Anzahl	29 525	28 676	35 845	31 548	32 711	35 617	32 897	36 284	33 897
darunter										
* Personenkraftwagen ⁵⁾	"	26 317	25 442	31 374	27 700	29 024	31 154	28 603	31 916	29 781
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 736	1 792	2 171	1 926	2 011	1 709	2 042	2 385	2 326
Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	976	957	1 837	1 411	1 228	2 207	1 752	1 465	1 315
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	392	366	373	428	356	462	419	425	404
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden ⁶⁾	"	2 485	2 415	2 160	2 437	2 591	2 338	2 401	2 674	2 497
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	1 801	1 710	1 580	1 719	1 940	1 727	1 782	1 966	1 937
* getötete Personen	"	23	18	15	24	22	19	20	19	13
* verletzte Personen	"	2 392	2 293	2 087	2 282	2 528	2 306	2 405	2 549	2 524
Liniennahverkehr der Verkehrsunternehmen ⁷⁾										
Fahrgäste ⁸⁾	1000	136 321	163 764	.	.	483 652	500 727	.	.	.
und zwar mit										
Eisenbahnen	"	93 175	371 110	.	.	.
Straßenbahnen	"	18 354	56 713	.	.	.
Omnibussen	"	25 265	74 370	.	.	.
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	2 671 866	3 337 531	.	.	9 761 066	9 903 606	.	.	.
davon mit										
Eisenbahnen	"	2 426 984	9 151 221	.	.	.
Straßenbahnen	"	77 581	238 275	.	.	.
Omnibussen	"	167 301	514 110	.	.	.
Linienfernverkehr mit Omnibusse ⁷⁾										
Fahrgäste	1000	66	72	.	.	205	175	.	.	.
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	55 550	60 921	.	.	168 173	144 077	.	.	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. – 2) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch in den Ingesamt-Positionen enthalten. – 3) Betriebe ab 9 Betten; einschl. Campingplätzen (Touristik-Camping). Ab Januar 2012: Betriebe ab 10 Betten; einschl. Campingplätzen (Touristik-Camping) ab 10 Stellplätzen. – 4) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 5) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; ab dem Berichtsmonat Oktober 2005 werden auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung wie Wohnmobile und Krankenwagen den Pkw zugeordnet. Im Jahresdurchschnitt 2005 sind die Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung von Jahresbeginn an berücksichtigt. – 6) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel. – 7) Vierteljahresergebnisse (März = 1 Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; Unternehmen, die mindestens 250 000 Fahrgäste im Vorjahr befördert haben (ohne Schienenfernverkehr). – 8) Benutzt ein Fahrgast während einer Fahrt mehrere Verkehrsmittel eines Unternehmens, so ist die addierte Fahrgastzahl im Liniennahverkehr nach Verkehrsmitteln (Verkehrsmittelfahrten) höher als die Fahrgastzahl im Liniennahverkehr zusammen (Unternehmensfahrten).

Geld und Kredit

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2012	2013	2013			2014			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
		B a n k e n¹⁾								
Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. Euro	168 240	163 727	.	.	513 392	475 553	.	.	.
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	"	123 438	119 569	.	.	376 199	344 448	.	.	.
davon										
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"	24 055	21 552	.	.	82 978	52 178	.	.	.
Kredite über 1 Jahr ³⁾	"	99 383	98 017	.	.	293 221	292 270	.	.	.
Einlagen und aufgenommene Gelder ²⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	189 021	201 411	.	.	626 097	595 559	.	.	.
I n s o l v e n z e n										
* Insolvenzen	Anzahl	845	794	811	788	907	837	856	738	845
davon										
* Unternehmen	"	129	138	145	167	153	127	137	118	125
* Verbraucher	"	511	455	464	411	519	494	490	433	509
* ehemals selbstständig Tätige	"	173	181	182	183	216	201	202	164	193
* sonstige natürliche Personen ⁴⁾ , Nachlässe	"	32	20	20	27	19	15	27	23	18
* Voraussichtliche Forderungen	1000 Euro	303 120	262 091	136 476	479 914	176 401	129 054	110 696	97 261	198 423

Gewerbeanzeigen⁵⁾

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2012	2013	2013			2014			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
		* Gewerbeanmeldungen								
	Anzahl	6 032	5 969	6 413	5 827	5 890	5 769	5 251	5 261	4 712
* Gewerbeabmeldungen										
	"	5 877	5 698	5 432	4 826	5 044	5 850	5 234	4 653	4 635

Preise

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2012	2013	2013			2014			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
		Verbraucherpreise								
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2010 = 100	111,8	105,3	104,6	105,1	105,3	106,2	106,0	105,8	106,2
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	120,2	110,3	110,1	111,2	111,7	111,6	111,0	110,9	111,2
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	"	118,4	106,8	105,8	105,9	105,1	109,5	109,2	108,9	110,2
Bekleidung, Schuhe	"	99,2	103,5	105,8	105,3	104,1	107,1	106,6	105,1	102,8
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ⁶⁾	"	115,4	107,3	106,8	106,9	107,1	108,1	108,2	108,3	108,4
* Nettokaltmieten	"	109,2	104,2	103,8	104,0	104,1	105,4	105,6	105,7	105,8
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushalts- zubehör	"	103,1	99,8	100,0	99,9	100,0	100,3	100,3	100,1	99,9
Gesundheitspflege	"	109,6	99,1	99,2	99,1	99,4	99,8	100,1	100,5	100,6
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	120,9	106,8	106,8	106,7	106,8	105,9	107,1	106,8	107,7
Nachrichtenübermittlung	"	84,5	93,4	94,0	93,8	93,7	92,7	92,6	92,4	92,3
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	101,4	102,4	97,7	100,9	102,0	104,2	101,6	100,4	103,0
Bildungswesen	"	104,4	99,9	99,6	99,6	99,7	101,1	101,1	101,1	101,3
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	"	114,2	107,6	107,4	107,1	108,0	109,3	108,2	109,1	109,0
B a u p r e i s e										
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ⁷⁾	"	118,3	106,1	.	106,0	.	.	.	107,7	.

Steuern

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2012	2013	2013			2014			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
		Steueraufkommen insgesamt⁸⁾								
	Mill. Euro	3 882,5 r	3 993,7 r	3 052,2 r	3 836,1 r	5 251,4 r	4 881,9 r	3 273,0 r	3 660,3 r	5 123,5 r
davon										
Gemeinschaftssteuern	"	3 345,7	3 857,3	2 852,5	3 708,0	5 173,6	4 737,2	3 034,5	3 488,5	5 028,3
davon										
Lohnsteuer ⁹⁾	"	1 538,6	1 565,1	1 638,2	1 686,6	1 530,0	1 604,1	1 708,1	1 772,8	1 603,6
veranlagte Einkommensteuer	"	210,3	235,4	55,6	-25,5	716,6	788,0	232,6	98,2	796,8
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	165,9	166,6	226,8	141,7	488,9	161,1	131,9	176,2	417,1
Zinsabschlag ⁹⁾	"	259,1	280,1	285,2	216,7	243,2	262,8	338,9	201,2	147,8
Körperschaftsteuer ⁹⁾	"	132,6	139,0	-559,2	63,4	791,5	618,7	-652,6	-315,2	730,7
Umsatzsteuer	"	1 305,8	1 336,0	1 103,4	1 491,6	1 243,1	1 140,3	1 154,9	1 414,0	1 197,3
Einfuhrumsatzsteuer	"	144,6	135,0	102,6	133,6	160,3	162,2	120,7	141,4	135,0

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Post giro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). – 2) Einschl. durchlaufender Kredite. – 3) Ohne durchlaufende Kredite. – 4) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithäfer. – 5) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. – 6) Und andere Brennstoffe. – 7) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. – 8) Einschl. Gewerbesteuerumlage. – 9) Vor Zerlegung.

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2012	2013	2013			2014			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Noch: Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Mill. Euro
noch: davon	
Bundessteuern	
Landessteuern		94,1 r	105,8 r	114,4 r	124,9 r	77,7 r	144,7 r	150,9 r	167,4 r	95,2 r
darunter	
Erbschaftsteuer		29,2	36,4	29,6	45,8	30,6	42,3	42,4	56,4	30,3
Grunderwerbsteuer		46,9	59,9	60,5	60,9	49,3	80,2	75,8	59,4	54,6
sonstige Landessteuern		18,0 r	9,5 r	24,2 r	18,2 r	- 2,1	22,3 r	32,7 r	51,5 r	10,4 r
Gewerbesteuerumlage		31,6	30,6	85,4	3,2	0,1	0,0	87,6	4,3	0,0

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2012	2013	2012		2013			2014	
		Durchschnitt ²⁾		Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. Euro	2 016,8	2 017,8	2 020,1	2 608,7	1 284,2	1 995,5	2 145,8	2 645,6	1 472,8
davon
Grundsteuer A	„	4,5	4,8	5,8	3,6	4,5	4,3	6,4	3,9	4,8
Grundsteuer B	„	153,0	213,3	239,3	178,0	191,1	206,0	263,5	192,8	220,1
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	„	828,5	1 033,9	1 049,6	1 050,9	998,9	921,0	1 131,5	1 084,1	1 024,8
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	„	658,0	652,3	612,6	1 178,8	69,6	753,6	624,7	1 161,2	199,9
andere Steuern ³⁾	„	20,7	23,7	27,9	18,3	18,6	21,0	33,9	21,3	22,3

Verdienste ⁴⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2012	2013	2012		2013			2014	
		Durchschnitt ²⁾		Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März
* Bruttomonatsverdienste ⁵⁾ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁶⁾ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	Euro	4 200	4 271	3 745	3 788	3 756	3 803	3 810	3 843	3 821
und zwar
* männlich	„	4 484	4 529	3 965	4 011	3 948	4 006	4 012	4 049	4 038
* weiblich	„	3 560	3 669	3 247	3 289	3 307	3 329	3 338	3 365	3 326
* Leistungsgruppe 1 ⁷⁾	„	7 914	8 059	6 698	6 734	6 731	6 827	6 828	6 870	6 713
* Leistungsgruppe 2 ⁷⁾	„	4 983	5 064	4 450	4 497	4 443	4 469	4 503	4 539	4 571
* Leistungsgruppe 3 ⁷⁾	„	3 319	3 380	3 028	3 062	3 047	3 090	3 096	3 124	3 055
* Leistungsgruppe 4 ⁷⁾	„	2 643	2 675	2 459	2 478	2 419	2 491	2 503	2 518	2 430
* Leistungsgruppe 5 ⁷⁾	„	2 108	2 167	1 993	2 019	1 993	2 038	2 053	2 068	2 008
* Produzierendes Gewerbe	„	4 143	4 204	3 703	3 737	3 667	3 733	3 757	3 808	3 750
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	„	3 623	3 650	3 457	3 467	3 327	3 532	3 415	3 400	3 139
* Verarbeitendes Gewerbe	„	4 297	4 375	3 806	3 835	3 820	3 846	3 858	3 921	3 878
* Energieversorgung	„	4 870	5 142	4 269	4 302	4 373	4 472	4 514	4 580	4 716
* Wasserversorgung ⁸⁾	„	3 451	3 508	3 151	3 198	3 209	3 220	3 219	3 262	3 269
* Baugewerbe	„	3 325	3 260	3 170	3 198	2 832	3 098	3 185	3 154	2 927
* Dienstleistungsbereich	„	4 225	4 301	3 764	3 811	3 796	3 834	3 834	3 859	3 854
* Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kfz	„	3 832	3 864	3 401	3 424	3 416	3 436	3 441	3 468	3 375
* Verkehr und Lagerei	„	3 860	3 792	3 518	3 536	3 415	3 488	3 533	3 526	3 453
* Gastgewerbe	„	2 411	2 459	2 246	2 300	2 305	2 351	2 328	2 320	2 345
* Information und Kommunikation	„	5 696	5 787	4 786	4 839	4 953	4 963	4 967	5 009	5 127
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	„	6 884	7 211	5 450	5 520	5 562	5 614	5 626	5 682	5 874
* Grundstücks- und Wohnungswesen	„	5 214	5 929	4 395	4 429	4 727	4 625	4 596	4 540	4 395
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	„	5 156	5 302	4 518	4 596	4 642	4 747	4 683	4 748	4 695
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	„	2 630	2 810	2 460	2 522	2 509	2 645	2 585	2 682	2 700
* Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	„	3 486	3 573	3 353	3 390	3 415	3 415	3 477	3 484	3 500
* Erziehung und Unterricht	„	4 151	4 247	4 049	4 110	4 096	4 094	4 196	4 209	4 189
* Gesundheits- und Sozialwesen	„	3 577	3 706	3 375	3 418	3 446	3 462	3 434	3 446	3 408
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	„	3 992	3 702	3 853	3 635	3 343	3 353	3 467	3 376	3 429
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	„	3 927	3 766	3 631	3 732	3 462	3 417	3 434	3 519	3 678

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. – 2) Vierteljahresdurchschnitte. – 3) Und steuerähnliche Einnahmen. – 4) Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit der Daten mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 5) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte, d. h. März = Durchschnitt aus Jan. bis März, Juni = Durchschnitt aus April bis Juni usw., ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten; er ergibt sich als Durchschnitt der Ergebnisse für die Monate März, Juni, September und Dezember. – 6) Einschl. Beamte. – 7) Leistungsgruppe 1 (LG 1): Arbeitnehmer in leitender Stellung; LG 2: herausgehobene Fachkräfte; LG 3: Fachkräfte; LG 4: angelernte Arbeitnehmer; LG 5: ungelernete Arbeitnehmer. – 8) Einschl. Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzung.

Statistisches Jahrbuch Hessen in zwei Bänden

■ Benötigen Sie

- Strukturdaten über das Land Hessen aus den verschiedensten Fachstatistiken?
- optisch gut aufbereitete Daten in Form von Tabellen, Schaubildern und Texten?
- eine PC-gestützte Weiterverarbeitungsmöglichkeit der Daten?

Dann greifen Sie zum Statistischen Jahrbuch Hessen. Es besteht aus zwei Einzelbänden, die zu unterschiedlichen Terminen zweijährlich erscheinen.

Jeder Band liefert umfangreiches Datenmaterial zum Thema, aufbereitet in optisch ansprechenden und übersichtlichen Tabellen. Das Datenmaterial wird durch zahlreiche Schaubilder, kurze textliche Zusammenfassungen sowie durch methodische Vorbemerkungen mit Begriffserklärungen erschlossen. In jedem Band befindet sich außerdem ein Kapitel mit Vergleichsdaten über die Länder der BRD.

Jeder Band enthält eine CD-ROM mit einer PDF-Datei des kompletten Inhaltes sowie zusätzlich sämtliche Tabellen im Excel-Format.

Band 1:

Wirtschaft, Erwerbstätigkeit und Umwelt

Themenbereiche: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Erwerbstätigkeit, Unternehmen und Insolvenzen, Preise, Verdienste, Produzierendes Gewerbe, Bautätigkeit, Handel und Gastgewerbe, Dienstleistungen, Tourismus, Verkehr, Land- und Forstwirtschaft, Umwelt, Ergebnisse über die Länder der BRD.

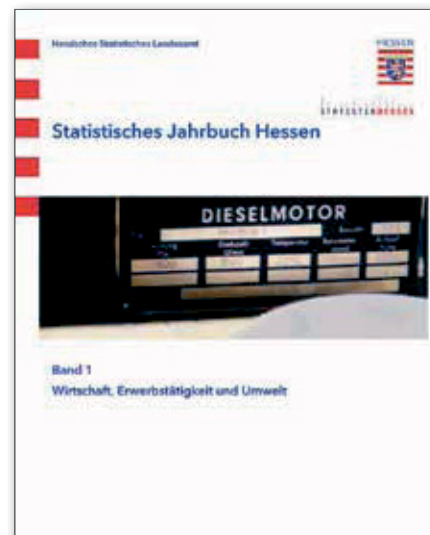
Band 2:

Bevölkerung, Bildung, Soziales und öffentliche Finanzen

Themenbereiche: Gebiet und Fläche, Bevölkerung, Haushalte, Bevölkerungsbewegung, Religionen, Versorgung und Verbrauch, Wohnungswesen, Rechtspflege und öffentliche Sicherheit, Gesundheitswesen, Wahlen, Bildung und Kultur, Sozialleistungen, Finanzen der öffentlichen Haushalte, Personal des öffentlichen Dienstes, Steuern, Ergebnisse über die Länder der BRD.

Die Bände können einzeln bezogen werden.

STATISTIK HESSEN



W-181-14

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei uns.
Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden
Telefon: 0611 3802-950 · Fax: 0611 3802-992
E-Mail: vertrieb@statistik.hessen.de
Internet: www.statistik-hessen.de



Printversion:

Format: 27,3 x 21,5 cm, gebunden
Umfang: Band 1: ca. 300 Seiten
Band 2: ca. 460 Seiten



Online:

PDF-Format
mit Excel-Anhang,
kostenloser Download

Bildnachweis:

printer icon, pdf icon © Alex White - Fotolia.com

Ausgewählte neue Daten für Landkreise und kreisfreie Städte

■ Mit dieser zweimal jährlich herausgegebenen Veröffentlichung ist reichhaltiges Material über jeden Landkreis und seine Struktur, für Kreisvergleiche nach verschiedenen Gesichtspunkten sowie für Untersuchungen über die innere Landesstruktur verfügbar.

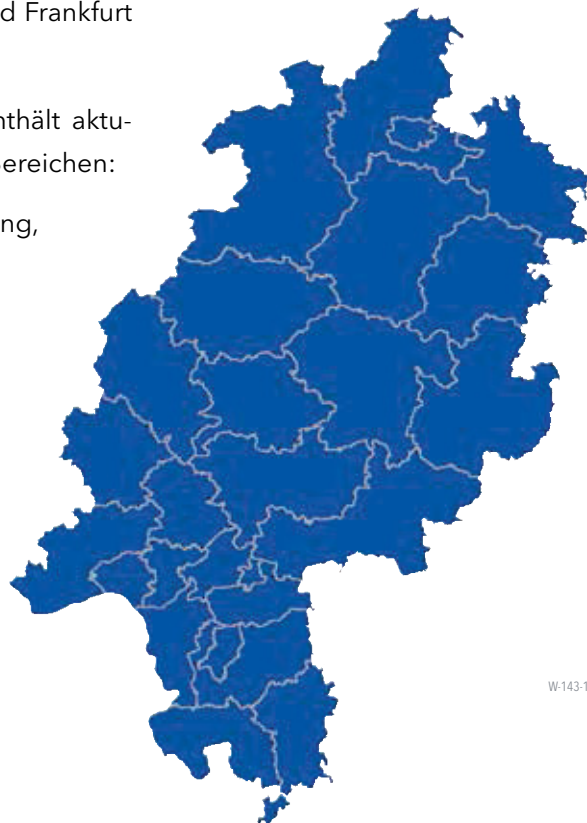
Die „Hessischen Kreiszahlen“ bringen den Beziehern eine erhebliche Arbeits-, Zeit- und Kostensparnis, weil sie regelmäßig neue Kreisdaten bieten, die sonst aus vielen fachstatistischen Veröffentlichungen zusammengestellt werden müssten. Einiges Kreismaterial wird speziell für diese Veröffentlichung aufbereitet. Jeder Band

enthält zusätzlich Daten für die kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 oder mehr Einwohnern und für den Regionalverband Frankfurt RheinMain.

Die Veröffentlichung enthält aktuelle Daten u. a. zu den Bereichen:

- Gebiet und Bevölkerung,
- Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt,
- Bildung und Kultur,
- Gesundheitswesen,
- Landwirtschaft,
- Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe,
- Gewerbeanzeigen,
- Verkehr, Tourismus,
- Geld und Kredit,
- Steuern, Finanzen,
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen,
- Umwelt.

Mit Schaubildern zu ausgewählten Themenbereichen des Inhalts.



W-143-14



Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei uns.
Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden
Telefon: 0611 3802-950 · Fax: 0611 3802-992
E-Mail: vertrieb@statistik.hessen.de
Internet: www.statistik-hessen.de



Printversion:
DIN A 4, kartoniert



Online:
PDF-Format
mit Excel-Anhang,
kostenloser Download

Bildnachweis:
printer icon, pdf icon © Alex White - Fotolia.com

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes im Juli 2013

K = mit Kreisergebnissen
G = mit Gemeindeergebnissen

Statistische Berichte und sonstige Veröffentlichungen – kostenfreie Download-Dateien

Bevölkerungsvorgänge in Hessen im Jahr 2012 (Natürliche Bevölkerungsbewegungen: Eheschließungen, Geburten, Sterbefälle, Ehelösungen); (A II 1 - j/12); (K)¹⁾

Bevölkerungsvorgänge in Hessen im Jahr 2012 (Wanderungen); (A III 1 - j/12); (K)¹⁾

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Hessen am 30. September 2013 (Vorläufige Werte); (A VI 5 - vj 3/13); (K)¹⁾

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Hessen am 31. Dezember 2013 (Vorläufige Werte); (A VI 5 - vj 4/13); (K)¹⁾

Die beruflichen Schulen in Hessen 2013; Teil 2: Berufsfach-, Fach-, Fachoberschulen und Berufliche Gymnasien; Stand: 1. November 2013, (B I 1 - j/13); (K)¹⁾

Auszubildende und Prüfungen in Hessen 2013 (Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik; Stand: 31. Dezember 2013); (B II 5 - j/13)¹⁾

Rechtskräftig abgeurteilte und verurteilte Personen in Hessen 2012 (Ergebnisse der Strafverfolgungsstatistik); (B VI 1 - j/12); 2. korr. Auflage 2014¹⁾

Rechtskräftig abgeurteilte und verurteilte Personen in Hessen 2013 (Ergebnisse der Strafverfolgungsstatistik); (B VI 1 - j/13)¹⁾

Wahlbeteiligung und Wahlentscheidung bei der Europawahl in Hessen am 25. Mai 2014 (Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik); (B VII 5-3 - 5j/14)¹⁾

Die Europawahl in Hessen am 25. Mai 2014 (Endgültige Ergebnisse); (B VII 5-4 - 5j/14); (G)¹⁾

Bodennutzung in Hessen 2014 (Vorläufiges Ergebnis); (C I 1 - j/14)¹⁾

Agrarstrukturhebung 2013; Personal- und Arbeitsverhältnisse in den landwirtschaftl. Betrieben; (C IV 9-6 - 3j/13)¹⁾

Agrarstrukturhebung 2013; Sozialökonomische Betriebsformen und Rechtsformen; (C IV 9-7 - 3j/13)¹⁾

Agrarstrukturhebung 2013; Eigentums- und Pachtverhältnisse; (C IV 9-8 - 3j/13)¹⁾

Agrarstrukturhebung 2013; Berufsbildung in den landwirtschaftl. Betrieben; (C IV 9-9 - 3j/13)¹⁾

Agrarstrukturhebung 2013; Bewässerung in den landwirtschaftl. Betrieben; (C IV 9-10 - 3j/13)¹⁾

Agrarstrukturhebung 2013; Rebland, Wald und KUP; (C IV 9-12 - 3j/13)¹⁾

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Hessen im Mai 2014 (Betriebe mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten); (E I 1 - m 05/14); (K)¹⁾

Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Mai 2014; (E I 3 - m 05/14); PDF-Format

Das Bauhauptgewerbe in Hessen im Mai 2014; (E II 1 - m 05/14); (K)¹⁾

Ergänzungserhebung im hessischen Bauhauptgewerbe vom Juni 2013; (E II 2 - j/13); (K)¹⁾

Energieversorgung in Hessen im Januar 2014; (E IV 1, EIV 2 mit E IV 3 - m 01/14)¹⁾

Energieversorgung in Hessen im Februar 2014; (E IV 1, EIV 2 mit E IV 3 - m 02/14)¹⁾

Hessische Energiebilanz 2011 und CO₂-Bilanz 2011; (E IV 6 - j/11)¹⁾

Das Handwerk in Hessen im 1. bis 4. Vierteljahr 2013 und im Jahr 2013 (Zulassungspflichtiges Handwerk; Endgültige Ergebnisse); (E V 1 - vj 1-4/13)¹⁾

Baugenehmigungen in Hessen im Mai 2014; (F II 1 - m 05/14); (K)¹⁾

Baufertigstellungen in Hessen im Jahr 2013; (F II 2 - j/13); (K)¹⁾

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigten im Kfz- und Einzelhandel sowie in der Instandhaltung und Reparatur von Kfz in Hessen im März 2014 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 03/14)¹⁾

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigten im Kfz- und Einzelhandel sowie in der Instandhaltung und Reparatur von Kfz in Hessen im April 2014 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 04/14)¹⁾

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigten im Großhandel und in der Handelsvermittlung in Hessen im März 2014 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 03/14)¹⁾

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigten im Großhandel und in der Handelsvermittlung in Hessen im April 2014 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 04/14)¹⁾

Die Ausfuhr Hessens im April 2014 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 1 - m 04/14)¹⁾

Die Ausfuhr Hessens im Mai 2014 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 1 - m 05/14)¹⁾

Die Einfuhr nach Hessen im April 2014 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - 04/14)¹⁾

Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im Mai 2014 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - 05/14)¹⁾

Gäste und Übernachtungen im hessischen Tourismus im Mai 2014 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 1 - m 05/14)¹⁾

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigten im Gastgewerbe in Hessen im Mai 2014 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 05/14)¹⁾

Straßenverkehrsunfälle in Hessen im April 2014 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 04/14); (K)¹⁾

Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Mai 2014 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 05/14); (K)¹⁾

Binnenschifffahrt in Hessen im April 2014; (H II 1 - m 04/14); (Häfen)¹⁾

Statistik der Empfänger/-innen von Grundsicherung (4. Kapitel SGB XII) in Hessen 2013; (K I 2 - j/13); (K)¹⁾

Die Kinder- und Jugendhilfe in Hessen im Jahr 2013 (Adoptionen, Pflegschaften, Vormundschaften, Beistandschaften, Pflegeerlaubnis, Sorgeerklärungen, Maßnahmen des Familiengerichts vorläufige Schutzmaßnahmen); (K V 5 - j/13); (K)¹⁾

Die Kinder- und Jugendhilfe in Hessen im Jahr 2013 (Gefährdungseinschätzungen nach § 8a SGB VIII); (K V 9 - j/13)¹⁾

Die Einkommen der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen in den hessischen Gemeinden im Jahr 2010; (L IV 3/S - 3j/10); (G)¹⁾

1) PDF-Datei mit Excel-Anhang.

Noch: Buchbesprechungen

Noch: Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes im Juli 2013

Verbraucherpreisindex in Hessen im Juni 2014; (M I 2 - m 06/14)¹⁾

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Hessen 1992, 1994 bis 2007 nach kreisfreien Städten und Landkreisen; (P I 3 - j/1992, 1994-2007 (rev.)); (K)¹⁾

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Hessen 2008 bis 2012 nach kreisfreien Städten und Landkreisen; (P I 3 - j/08-12 (rev.)); (K)¹⁾

Arbeitnehmerentgelt, Bruttlöhne und -gehälter in Hessen 1991 bis 2007 nach kreisfreien Städten und Landkreisen (Sonderveröffentlichung der revidierten Ergebnisse); (P I 5 - 1/1991-2001 (rev.)); (K)¹⁾

Arbeitnehmerentgelt, Bruttlöhne und -gehälter in Hessen 2008 bis 2012 nach kreisfreien Städten und Landkreisen; (P I 5 - 1/08-12 (rev.)); (K)¹⁾

Hessische Gemeindestatistik 2013; Ausgewählte Strukturdaten aus Bevölkerung und Wirtschaft 2012; 34. Ausgabe (j/12)¹⁾

Verzeichnisse

Anschriftenverzeichnis der Regierungspräsidien, Landkreise, Städte und Gemeinden in Hessen (Verz-3; akt. - 06/14) 10,20 Euro
E-Mail-Versand (Excel-Format) 21,00 Euro

K = mit Kreisergebnissen
G = mit Gemeindeergebnissen

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes im August 2014

Statistische Berichte und sonstige Veröffentlichungen – kostenfreie Download-Dateien

Personal und Habilitationen an Hochschulen im Jahr 2013; (B III 4 - j/13)¹⁾

Der Strafvollzug in Hessen im Jahr 2014. Teil 1: Strafgefangene und Sicherungsverwahrte in den Justizvollzugsanstalten (Stichtagserhebung zum 31. März 2014); (B VI 6 - j/14 - Teil 1)¹⁾

Schlachtungen in Hessen im 2. Vierteljahr 2014 (Vorläufiges Ergebnis); (C III 2 - vj 2/14); (K)¹⁾

Viebestandserhebung – Schweine – im Mai 2014; (C III 1-3 - j/14)¹⁾

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Hessen im Juni 2014 (Betriebe mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten); (E I 1 - m 06/14); (K)¹⁾

Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Juni 2014; (E I 3 - m 06/14); PDF-Format

Das Bauhauptgewerbe in Hessen im Juni 2014; (E II 1 - m 06/14); (K)¹⁾

Energieversorgung in Hessen im März 2014; (E IV 1, EIV 2 mit E IV 3 - m 03/14)¹⁾

Energieversorgung in Hessen im April 2014; (E IV 1, EIV 2 mit E IV 3 - m 04/14)¹⁾

Energieversorgung in Hessen im Mai 2014; (E IV 1, EIV 2 mit E IV 3 - m 05/14)¹⁾

Baugenehmigungen in Hessen im Juni 2014; (F II 1 - m 06/14); (K)¹⁾

Gäste und Übernachtungen im hessischen Tourismus im Juni 2014 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 1 - m 06/14)¹⁾

Binnenschifffahrt in Hessen im Mai 2014; (H II 1 - m 05/14); (Häfen)¹⁾

Die Sozialhilfe in Hessen im Jahr 2013 sowie Ergebnisse der Asylbewerberleistungsstatistik 2013; Teil I: Ausgaben und Einnahmen; (K I 1 mit K VI - j/13 - Teil I); (K)¹⁾

Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege in Hessen am 1. März 2014; (K V 7 - j/14); (K)¹⁾

Verbraucherpreisindex in Hessen im Juli 2014; (M I 2 - m 07/14)¹⁾

Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke in Hessen im Mai 2014; (M I 4 - vj 2/14)¹⁾

Verzeichnisse

Verzeichnis der beruflichen Schulen (Berufs- und Berufsfachschulen – Fach- und Fachoberschulen – Berufliche Gymnasien; einschl. Privatschulen) in Hessen 2013; (Verz-7 - j/13) 13,50 Euro

E-Mail-Versand (Excel-Format) 8,00 Euro

Verzeichnis der allgemeinbildenden Schulen in freier Trägerschaft (Privatschulen) in Hessen (Ausgabe 2013); (Verz-9 - j/13) 5,00 Euro

E-Mail -Versand (Excel-Format) 2,00 Euro

1) PDF-Datei mit Excel-Anhang.

Drohnen und das Recht

Völker- und verfassungsrechtliche Fragen automatisierter und autonomer Kriegführung. Jus Internationale et Europaeum, Band 91. Herausgegeben von Robert Frau, XII, 280 Seiten, kartoniert, 59,00 Euro, Mohr Siebeck, Tübingen 2014.

Drohnen stehen im Mittelpunkt einer gesellschaftlichen Debatte um moderne Kriegführung. Eine rechtliche Analyse fehlt jedoch häufig. Der vorliegende Band untersucht die Rechtsfragen, die sich bei zunehmender Automatisierung und „Autonomisierung“ stellen. Im Fokus stehen nicht nur Drohnen, sondern auch andere unbemannte Systeme, wie etwa Systeme zur See, Schwärme oder „Killer-Roboter“, die Entscheidungen ohne menschliche Einflussnahme treffen. Thematisch reichen die Beiträge vom humanitären Völkerrecht über

Grund- und Menschenrechte bis zum Völkerstrafrecht. Ergänzt wird die völkerrechtliche Perspektive durch verfassungsrechtliche Beiträge, die sich u. a. dem Parlamentsvorbehalt bei Drohneneinsätzen, Staatshaftungsrecht und dem Ankauf von bewaffneten Drohnen durch die Bundeswehr widmen. 7565

Ergänzungslieferungen

Buchführung und Bilanzierung von A–Z

Buchungsfälle und Bilanzierungstipps für Betriebe. Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. Heft 5/2014 rd. 1202 Seiten, in Plastikordner); Erscheinungsfolge der Ergänzungslieferungen: jährlich 4 bis 6 Lieferungen; Rudolf-Haufe-Verlag, Freiburg 2014. 6135